Widerstand gegen Russlandsanktionen S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 25 – 21. Juni 2019 | UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND | ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Die Hisbollah bleibt in Deutschland legal
Bundestag lehnt Verbotsantrag der AfD ab 2

Deutschland

Kann sie Kanzlerin?
So mancher in der CDU traut Annegret Kramp-Karrenbauer nicht besonders 3

Hintergrund

Billigfluglinien
Nur finanzstarke Gesellschaften werden die Kostensteigerungen überleben 4

Preußen / Berlin

Das größte Projekt in Europa
Die Untere Havel wird renaturiert 5

Ausland

Sechs sind noch im Rennen
Wer die Kandidaten sind, die May nachfolgen wollen 6

Kultur

Fluch und Segen
Vom Sinn des Titels »Kulturhauptstadt Europas« 9

Geschichte

»In meinem Reich geht die Sonne niemals unter«
Kaiser Karl V. 10

Ruft zur Toleranz auf: Altbundespräsident Joachim Gauck

Bild: imago images/Kirchner-Media

Die Zeichen von Görlitz

Knapper Sieger Ursu (CDU) will nichts lernen: »Klare Kante« statt echtem Dialog

Joachim Gauck mahnt „mehr Toleranz in Richtung rechts“ an. Der Ruf des Geläuterten wird jedoch kaum gehört.

Das wird viele Bürger überrascht haben: Altbundespräsident Joachim Gauck hat zu „erweiterter Toleranz in Richtung rechts“ aufgerufen. Ausgerechnet Gauck, der während seiner Amtszeit als Staatsoberhaupt mit dem schlimmen Satz vom „hellen“ und „dunklen“ Deutschland sein eigenes Volk auseinanderjagte.

Hier scheint jemand dazugelernt zu haben. Der ehemalige Pfarrer hat offenbar begriffen, in welch finstere Sackgasse eine Nation trudelt, wenn an die Stelle von republikanischem Streit, von freier Debatte nur noch feindselige Sprachlosigkeit oder Propaganda tritt. Am Ende einer solchen Gasse lauert das Gespenst von Bürgerkrieg und/oder Despotie. Die Geschichte lehrt es.

Doch dringt Gauck durch? Kann er mithelfen, den von ihm selbst mit angerichteten Schaden zu reparieren? Die Frage ist leider offen, und die Zeichen dafür, dass man sie mit „Ja“ beantworten kann, nehmen nicht zu, im Gegenteil.

Der jüngste Nackenschlag für Optimisten kam aus Görlitz. Dort gelang es dem CDU-Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters, Octavian Ursu, nur mithilfe einer Riesenkoalition mit allen übrigen Parteien, fast allen Medien und sogar mit Unterstützung aus Hollywood, den Konkurrenten von der AfD, Sebastian Wippel, mit 55,2 zu 44,8 Prozent gerade noch zu schlagen.

> Psychologe nennt Psychose als Wurzel der Intoleranz

Man sollte erwarten, dass Ursu diesen nur unter Aufbietung aller Kräfte jenseits der AfD errungenen Sieg zum Anlass nimmt, nachdenklich zu werden. Weit gefehlt: Er fordert „klare Kante gegen die AfD“. Er wolle Oberbürgermeister aller Görlitzer sein und mit den unzufriedenen Bürgern reden. Allerdings wolle er sich Mehrheiten nicht bei der AfD suchen.

Die Widersprüchlichkeit dieser Sätze schreit den Betrachter förmlich an. Ursu will Oberbürgermeister aller Bürger sein und schließt fast die Hälfte von ihnen faktisch von der Zusammenarbeit aus. Er möchte mit dieser knappen Hälfte reden und droht ihr gleichzeitig „klare Kante“ an. Entweder der CDU-Politiker unterstellt den „unzufriedenen Bürgern“, aus reiner Tapsigkeit den AfD-Kandidaten unterstützt zu haben und zweifelt damit ihre Reife an. Oder er heuchelt. Am wahrscheinlichsten ist, dass der gelernte Solotrompeter Ursu bloß Baukastensätze aneinanderreiht, die er sich aus der großen Politik abgeguckt hat.

Damit ist er der kleine Spiegel der großen Misere. Der Psychologe Holger Richter bezeichnet derlei Verhalten in der „Welt“ als „psychotisch“. Kennzeichnend für die Psychose ist nach Richter die Intoleranz und der völlige Unwille, mit der jeweils anderen Seite wirklich zu reden oder gar pragmatisch zusammen zu arbeiten.

Richter arbeitet in Dresden. Vielleicht kommt Octavian Ursu ihn einmal besuchen. Zusammen mit Joachim Gauck, der Ursu erklären kann, wie man sich aus seiner Psychose befreit. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Selbstanklage

Deutschland bekommt ein weiteres zentrales Zeugnis der nationalen Selbstanklage. Denn die Bundesregierung unterstützt „eine zivilgesellschaftliche Initiative zur Errichtung eines Polen-Denkmals in der Mitte Berlins zum Gedenken an die polnischen Opfer der deutschen Besatzung 1939 bis 1945“. Dem war ein von über 100 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Deutschland unterzeichneter Aufruf zur Schaffung eines solchen Denkmals vorausgegangen.

Darin wird an das „barbarische Unrecht“ der deutschen Besatzung erinnert und ein „würdiges Polen-Denkmal“ auf einer öffentlichen Grünfläche am Askanischen Platz gefordert. Dieser Standort gegenüber dem künftigen Dokumentationszentrum der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung sei nämlich „für die Errichtung eines Polen-Denkmals besonders geeignet“, heißt es weiter. Mit einem solchen Denkmal an dieser Stelle würde „ein deutsch-polnisches Zeichen gesetzt, das Krieg, Vernichtung, Flucht, Vertreibung und Versöhnung in den untrennbaren Zusammenhang von Ursache und Wirkung stellt“. So könne „auch der Streit um das Dokumentationszentrum beendet werden als Voraussetzung einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen in der historischen Aufarbeitung des Krieges und seiner Folgen“.

Zweifellos haben die Initiatoren um den ehemaligen Chef des Bundesbauwesens, Florian Mausbach, recht, wenn sie fordern, dass die Deutschen Polen als Nation „in seiner ganzen Würde und Freiheit“ achten, damit „aus Nachbarschaft Freundschaft werden“ kann, so, wie es mit Frankreich gelungen ist. Eines solchen Denkmals inmitten der deutschen Hauptstadt bedarf es dazu ganz bestimmt nicht.

Marine leitet neue Ära ein

Hochmoderne Fregatten erweitern das Einsatzspektrum

Die Deutsche Marine hat mit der „Baden-Württemberg“ in Wilhelmshaven die erste von vier Fregatten der Klasse F125 in Dienst gestellt. Sie ist das modernste Schiff der Flotte und laut Marineführung ein „Meilenstein in der Geschichte der Deutschen Marine“. Die „Baden-Württemberg“ ist die erste Fregatte, die mit einem Mehrbesatzungskonzept betrieben wird, statt eine feste Besatzung an Bord zu haben. Die hochmoderne und dennoch robuste Technik soll die Intensivnutzung mit bis zu zwei Jahren Stehzeit im Einsatzgebiet ohne planmäßigen Werftaufenthalt möglich machen. Dank des hohen Automatisierungsgrads können die Schiffe zudem mit einer Besatzungsstärke von nur 120 Mann, also etwa der Hälfte der Besatzungsstärke der Vorgänger-Schiffe, zur See fahren.

Mit den Fregatten der Klasse 125 „gewinnt die Marine die Fähigkeiten zur weitreichenden taktischen Feuerunterstützung von Heereskräften an Land sowie zur Abwehr asymmetrischer Bedrohungen“, verkündet die Marine stolz. Mit vier kleinen Motorbooten und den Bordhubschraubern verfüge jede Fregatte neben einer erweiterten Aufklärungs- und Waffenreichweite über umfassende Transportmittel, um eigene Spezialkräfte zur Rettung und Evakuierung, zur bewaffneten Rückführung sowie zu Operationen gegen gegnerische Kräfte einsetzen zu können. Mit zusätzlich eingeschifften Hubschraubern seien sie zudem in der Lage, in einen U-Jagd-Verbund eingebunden zu werden.

Mit den Unterkünften setzt die Flotte neue Maßstäbe. Denn jede Kammer ist mit einer angrenzenden Nasszelle ausgestattet und verfügt über eine Internetverbindung, die es den Soldaten ermöglicht, auch während längerer Abwesenheit mit der Heimat in Verbindung zu bleiben.

Die Indienststellung hat die Marine bewusst auf den 17. Juni, den Tag des 150. Stadtjubiläums des traditionsreichen Marinestützpunkts Wilhelmshaven, gelegt. Damit will sie die enge Verbundenheit zwischen der Marine und dem Heimatstützpunkt aller Fregatten zum Ausdruck bringen. *J.H.*

Solidarität war erfolgreich

Nach Bürger-Protesten: Russische Journalisten kommen frei

Überraschend wurde der russische Journalist Iwan Golunow, der wegen angeblichen Drogenhandels in Moskau festgesetzt worden war, freigelassen. Alle Vorwürfe gegen ihn wurden fallen gelassen. Erstmals beugt sich der Kreml damit dem gesellschaftlichen Druck. In der russischen Hauptstadt war es zu einer Lawine der Solidaritätsbekundungen gekommen. Auch aus dem Ausland hagelte es Kritik. Selbst etablierte Blätter wie die Zeitungen „Kommersant“, „Wedomosti“, „RBK“ und der als regierungsnah geltende Fernsehsender „NTW“ kritisierten die Festnahme, ebenso wie die kremltreue „Russia-Today“-Chefin Margarita Semonjan. 180 000 Menschen unterzeichneten eine Petition, in der sie die Freilassung des Journalisten forderten.

Der Investigativ-Journalist Golunow recherchiert seit Jahren zur Korruption im Beerdigungs- und Baugeschäft in Moskau. In seinem Onlineportal „Medusa“ veröffentlichte er die Namen derer, die sich an öffentlichen Mitteln persönlich bereichert haben. Golunows Fall verdeutlicht, wie korrupt Beamte der mittleren Führungsebene in Putins Russland sind. Dieser hat inzwischen reagiert und Köpfe rollen lassen. Zwei in den Fall Golunow verwickelte Polizeigeneräle wurden gefeuert.

Nichts anderes als Golunow hat der Königsberger Journalist Igor Rudnikow getan, der ab 2017 in Untersuchungshaft saß. Mit dem Unterschied, dass er im Königsberger Gebiet die Korruption der städtischen Eliten in seinem Online-Portal „Novye Koljossa“ anprangerte. Polizei und FSB-Beamte gingen äußerst brutal gegen ihn vor. In Königsberg hat Rudnikow zwar auch viele Unterstützer, doch waren die öffentlichen Proteste bislang weniger medienwirksam als die im Fall Golunows. Im Zuge der Golunow-Freilassung wurde inzwischen auch die Anklage gegen Rudnikow abgemildert. Er erhielt eine Geldstrafe und wurde bereits am ersten Prozesstag in die Freiheit entlassen.

Manuela Rosenthal-Kappi

(siehe auch Seite 13)

MELDUNGEN

Nagelstudios unter der Lupe

Berlin – Polizei und die Finanzkontrolle Schwarzarbeit nehmen derzeit bundesweit Nagelstudios unter die Lupe, meist vietnamesich geführte Salons, deren Betreiber im Verdacht stehen, einem Netzwerk der organisierten Kriminalität anzugehören. Bei Kontrollen in verschiedenen deutschen Städten und Kreisen trafen die Ermittler zahlreiche vietnamesische Frauen und Männer an, die ohne Aufenthaltserlaubnis arbeiteten. In Schwarzarbeit erhielten sie Stundenlöhne weit unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns. Das Berliner Landeskriminalamt hat Erkenntnisse, dass Vietnamesen häufig mit gefälschten Pässen über die polnische Grenze nach Deutschland geschleust werden. Sie müssten zunächst den Preis für ihre Schleusung abarbeiten. Schätzungen zufolge gibt es in Deutschland bis zu 70 000 solcher Salons, die bis zu sechs Milliarden Euro pro Jahr erwirtschaften. *MRK*

Fabritius bei »Jamarka«

Bad Salzuflen – Bernd Fabritius. Beauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten sowie Präsident des Bundes der Vertriebenen, war bei der größten und wichtigsten Veranstaltung der Russlanddeutschen im Jahre 2019 in Bad Salzuflen. Hier war er gemeinsam mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und dem Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland mit einem Stand beim „Russischen Jahrmarkt – Jarmarka“ vertreten. Auf insgesamt 14 000 Quadratmetern Ausstellfläche des Messezentrums boten zahlreiche Aussteller ihre Produkte und Dienstleistungen an. Das Angebot umfasste Lebensmittel, Haushaltgegenstände, Nostalgieartikel, Kosmetik, Parfüm, Möbel, Ausstattung, Kleidung, Schuhe, Freizeitartikel, Schmuck, Spielwaren, bewusste Lebensweise, Druckereierzeugnisse, Verlagswesen, Kunst, Bauen, Recht, Gesundheit, Finanzen, Reisen und Informationen. Im Rahmen dieses „Jahrmarktes der Landsleute“ traten Künstler aus Russland und Deutschland auf. Außerdem wurden Kinderveranstaltungen, verschiedene Ausstellungen und Gewinnspiele durchgeführt. Das alles stand unter dem Zeichen des deutsch-russischen Kulturaustauschs. Fabritius richtete ein kurzes Grußwort an die mehrere Tausend Besucher der Veranstaltung, die zu etwa 80 Prozent russlanddeutsche Spätaussiedler waren. Er sprach seine Anerkennung für die Lebensleistung der Spätaussiedler aus und machte auf ihre besondere Eignung als Brückenbilder zwischen alter und neuer Heimat aufmerksam. Fabritius: „Russlanddeutsche sind in Deutschland zu Hause und herzlich willkommen!“ Er führte während seines Aufenthalts in Bad Salzuflen Gespräche unter anderem mit Valeri Dill, dem ehemaligen Vize-Premierminister Kirgistans und Vorsitzenden des Volksrats der Deutschen in Kirgistan, sowie vielen Bürgern. Die meisten Fragen betrafen die Rentenproblematik bei Spätaussiedlern, die Anerkennung beruflicher Zeugnisse und die nachträgliche Einbeziehung von Familienangehörigen in Aufnahmebescheide. *J.H.*

Diese Ausgabe enthält eine Beilage von Personal-Shop – Servus Handels- und Verlags-GmbH

Hisbollah bleibt in Deutschland legal

Bundestag lehnt Verbotsantrag der AfD ab, obwohl die USA, Israel, der ZdJ und das AJC ein Verbot wollen

Der Bundestag hat einen Antrag, die Hisbollah zu verbieten, abgelehnt, weil er von der AfD eingebracht worden war. Trotz Druck aus Israel und den USA weigert sich die Bundesregierung bislang noch, einen entsprechenden eigenen Antrag selbst einzubringen.

Bild: Imago images/Christian Spicker

Vergebens warb sie im Bundestag für ein Hisbollah-Verbot: Die stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende Beatrix von Storch

In den USA, Großbritannien, Kanada, den Niederlanden, Japan und Israel ist die vom Iran unterstützte schiitische Partei und Miliz im Libanon bereits verboten. In Deutschland hingegen wurde ein entsprechender Verbotsantrag, den die AfD stellte, vom Bundestag abgelehnt. Dabei hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einem Israelbesuch eine besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Judenstaat betont. Die Hisbollah stellt das Existenzrecht Israels infrage.

Bei der Begründung des Antrages durch die stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende Beatrix von Storch war es im Gegensatz zu den sonstigen Anträgen der AfD erstaunlich ruhig in den Reihen der etablierten Parteien, soweit überhaupt Abgeordnete dieser Parteien im Plenum waren. Vielleicht hatten einige ein schlechtes Gewissen, weil sie die Hisbollah nicht offiziell verboten. Das Thema wurde von den Regierungsparteien in die Ausschüsse verwiesen und die Antrag stellende Partei diffamiert. Dabei wiederholten sich die fünf etablierten Parteien mehr oder weniger in ihren Argumenten und Ausführungen.

Fast alle Redner waren sich in der Verurteilung der Hisbollah einig, mit Ausnahme der Redner der Linken. Einig sind sich auch die AfD und der Zentralrat der Juden (ZdJ), dass die von der Bundesregierung wie der EU vorgenommene Unterscheidung zwischen dem militärischen und dem politischen Arm der Hisbollah abzulehnen sei. „Auch der politische Arm der Hisbollah ist extremistisch, islamistisch und antisemitisch und muss verboten werden“, heißt es in einer diesbezüglichen Pressemitteilung der AfD. „Vom Iran großzügig finanziert, stellt die Hisbollah in ihrer Gänze eine Bedrohung für die gesamte Welt dar. Eine Fortsetzung der Unterscheidung zwischen ihren einzelnen Flügeln wäre fahrlässig und sollte daher schnellstens berichtigt werden“, betonte ganz in diesem Sinne der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster, laut der „Jüdischen Allgemeinen“. „Die Hisbollah rekrutiert bei ihren politischen Veranstaltungen in Deutschland trotz Verbots ihres militärischen Arms weitere Unterstützer für ihren terroristischen Kampf“, so nun wieder die AfD.

Auch das Berliner Büro des American Jewish Committee (AJC) fordert schon seit langer Zeit ein Verbot der „antisemitischen Terrororganisation Hisbollah“. Auf Twitter heißt es dazu: „Wir hoffen darauf, dass alle demokratischen Parteien sich endlich um dieses Verbot bemühen.“ US-Außenminister Mike Pompeo hatte bereits eine Woche zuvor verlangt, dass die Bundesregierung die Hisbollah als terroristische Einheit verbietet. *Bodo Bost*

»Uns fehlt das Alleinstellungsmerkmal«

Die Volkparteien erodieren, die AfD stagniert, die Grünen profitieren. Und wo bleibt die FDP?

Angesichts des mäßigen Abschneidens bei der Europawahl, den bescheidenden Resultaten bei den meisten kommunalen Abstimmungen sowie den trüben Aussichten vor den drei Landtagswahlen in Mitteldeutschland wird zunehmend über die passive Haltung der FPD diskutiert. „Feige Demokratische Partei“, titelte die libertäre Plattform „Achse des Guten“ kürzlich. „Es kommt nichts Weltbewegendes. Die FDP ist eben auch im Bundestag. Wie die Saaldiener auch. Nur, dass ein Saaldiener mehr zu melden hat und wahrscheinlich auch länger als die FDP am Platz ist“, heißt es in dem Artikel, der vor Hohn und Spott nur so trieft.

Außer Frage steht, dass es der Partei an einem Aufregerthema mangelt. In einer Online-Abstimmung des Berliner „Tagesspiegel“ gaben kürzlich 54 Prozent der Teilnehmer an, Christian Lindner sei nicht mehr der richtige Parteivorsitzende. Das lässt tief blicken, ist der Parteichef neben Bundestagsvize Wolfgang Kubicki doch der einzige Spitzenfunktionär mit bundesweitem Bekanntheitsgrad.

Die FDP war immer dann stark, wenn sie eine Machtoption hatte. Doch das Zünglein an der Waage ist sie schon lange nicht mehr. Laut einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes YouGov wünscht sich ein Viertel der Bürger eine grün-rot-rote Bundesregierung. Ein Jamaika-Bündnis mit FDP-Beteiligung wollen nur 15 Prozent.

In der Partei wird die Europawahl als Warnschuss wahrgenommen. Der FDP war es im Wahlkampf weder gelungen, die eigenen Themen zu platzieren, noch gelang es ihr, beim dominanten Wahlthema Klimapolitik zu überzeugen. Dass Lindner den Demonstranten von „Fridays for Future“ zurief, sie mögen das doch bitte lieber den Experten überlassen, kam als arrogant und überheblich rüber, ein altes FDP-Kernproblem. Lindner galt lange als Strahlemann der Bundespolitik. Doch diesen Rang hat ihm Grünen-Chef Robert Harbeck längst abgelaufen. Fast schon verzweifelt arbeitet sich Lindner an der populären Konkurrenz ab. Die Grünen seien inzwischen „nach links gegangen“, sagte der FDP-Chef kürzlich. „Sie sprechen von Enteignungen, Steuererhöhungen und Verboten“, ergänzte er. „Hinter philosophischem Vokabular steckt die Option Grün-Rot-Rot.“ Lindners Credo lautet, dass die FDP die einzig relevante liberale Kraft sei. Die Grünen hingegen seien eine Verbotspartei. „Die Frage ist: Träumt man wie Robert Habeck von einer Gesellschaft, in der es keinen Fleischkonsum mehr gibt? Ich sage: Wer vegan leben will, soll es gern tun. Das Schnitzel sollte den anderen aber nicht verboten werden.“ Im Unterschied zu einem „autoritären Ökologismus, der ohne Rücksicht auf Verluste Freiheit aufgibt“, sei es die Vision der Liberalen, dass Freiheit und Wohlstand in einer klimaneutralen Gesellschaft erhalten bleiben. Das hört sich philosophisch an, kommt auch so rüber.

Bild: pa

Er hat Lindner (r.) den Rang als Strahlemann der Bundespolitik abgelaufen: Habeck (l.)

Das zentrale Dilemma ist der Personenkult um Lindner. Damals, als die Partei 2013 aus dem Bundestag flog, war er der einzige, der den Laden zusammenhielt. Und er war der Garant für den Wiedereinzug 2017. Doch seit sich Lindner einer Jamaika-Koalition verweigerte, gilt er als Hemmschuh. „Ich möchte gerade nicht Wahlkampfmanagerin der FDP im Osten sein“, sagt Isabelle Burucki, Politikwissenschaftlerin an der NRW School of Governance, dem Portal „Business Insider“: „Das ist denke ich gerade der schlechteste Job der Welt.“

Nun soll es Linda Teuteberg retten. Die aus dem Osten stammende Rechtsanwältin wurde kürzlich zur Generalsekretärin gewählt und soll bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen in diesem Herbst die wichtigste Wahlkämpferin ihrer Partei sein. Doch mit welchem Thema? Die Klimapolitik wird in Mitteldeutschland keine große Rolle spielen, bei sozialen Themen tat sich die FDP schon immer schwer zu punkten. Die FDP wirbt für einen modernen Industriestandort, dringt aber damit nicht durch. „Als Klimapolitiker ist es hoch frustrierend“, sagt der Bundestagsabgeordnete Lukas Köhler, der das Klimakonzept der Liberalen im Bundestag federführend miterarbeitet hat: „Das absolute Kernproblem der Debatte ist, dass nicht über das Wie debattiert wird.“ Bis auf die AfD seien sich doch die Parteien im Bundestag einig, dass die bisherige Klimaschutzpolitik im Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel nicht ausreiche: „Uns fehlt das Alleinstellungsmerkmal.“ *Peter Entinger*

Die Zweifel wachsen

Kann sie Kanzlerin? – So mancher in der CDU traut Annegret Kramp-Karrenbauer nicht besonders viel zu

In der CDU wachsen Nervosität und die Zweifel an Annegret Kramp-Karrenbauer. Konservative Kreise möchten eine Urwahl darüber, wer die Partei in den kommenden Bundestagswahlkampf führen wird.

Nachdenkliche CDU-Chefin: Die Kritik aus den eigenen Reihen an der Führungskompetenz von Annegret Kramp-Karrenbauer könnte sie hinsichtlich einer möglichen Kanzlerkandidatur zum Umdenken zwingen

Bild: Imago images/ Reiner Zensen

Die Gemeinde Püttlingen im Zentrum des Saarlandes ist wohl nur wenigen Bundesbürgern ein Begriff. 20 000 Einwohner zählt das Städtchen, und der Wahl, wer die Kommune als Verwaltungsoberhaupt führt, sollte eigentlich keiner überregionale Bedeutung zukommen. Wäre da nicht Annegret Kramp-Karrenbauer, die bekannteste Einwohnerin der Gemeinde, die über Jahrzehnte als schwarze Hochburg galt.

Am ersten Juni-Wochenende ist das Undenkbare geschehen, die SPD hat den Rathaussessel erobert, und die kurz „AKK“ genannte Bundesvorsitzende der CDU ist abgetaucht. Sie wolle den Ausgang der Kommunalwahl nicht kommentieren, teilte ein Sprecher mit. Dumm nur, dass sie am Wahlabend Glückwunsche nach Saarbrücken übermittelte, wo es ihrem Parteifreund Uwe Conradt gelang, die SPD-Amtsinhaberin aus dem Amt zu kegeln. „Nicht sehr souverän“, beurteilten regionale Medien die PR-Strategie der CDU-Chefin, und somit bekam die Angelegenheit bundespolitische Bedeutung.

Ein halbes Jahr ist die Saarländerin nun im Amt, und aus dem einstigen politischen Allround-Talent entwickelt sich ein Universalproblem für die CDU. Das Wahlergebnis der Europawahl war bescheiden, die bundesweiten Umfragen sind es mehr denn je. Und vor den Landtagswahlen in drei mitteldeutschen Bundesländern im September wächst die Angst.

Die Stärke der Grünen bereitet den Christdemokraten ebenso Kopfzerbrechen wie das Siechtum der SPD. „Was passiert, wenn die Sozis die Koalition platzen lassen“, fragen sich führende CDU-ler. Dabei hatte alles so gut ausgesehen. Kanzlerin Angela Merkel hatte den parteiinternen Stab an „AKK“ weitergegeben und diese hatte bewusst darauf verzichtet, ins Kabinett einzusteigen. Doch das hat sich mittlerweile als großes Problem herausgestellt.

Die innerparteiliche Debatte über die Führungsqualitäten der Saarländerin hat derart Fahrt aufgenommen, dass sich der Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus bemüßigt fühlte, ein Machtwort zu sprechen. Auf die Frage, ob Kramp-Karrenbauer rasch ins Kabinett von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wechseln solle, sagte er der Deutschen Presse-Agentur, die Vorsitzende habe viel zu tun mit der Neuaufstellung der CDU. Brinkhaus ergänzte: „Und sie wird auch unsere nächste Kanzlerkandidatin sein. Insofern ist das ihre Entscheidung, was der beste Weg dafür ist.“

Doch damit hat Brinkhaus den Schlagabtausch erst richtig eröffnet. Der parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer im Bundestag, Michael Grosse-Brömer, zeigte sich irritiert „Warum soll ich mir zurzeit Gedanken darüber machen, wie man eine Kanzlerkandidatin oder einen Kanzlerkandidaten nominiert, wenn wir noch zwei Jahre die Verpflichtung haben, vernünftig zu regieren?“ Und der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer verwies auf seinen durchaus problematischen Wahlkampf im Freistaat: „Die Menschen erwarten Antworten auf das Hier und Jetzt und keine Personaldebatten über Dinge, die erst 2021 anstehen.“

Brinkhaus, der als Anhänger der Parteivorsitzenden gilt, habe versucht, voreilig Fakten zu schaffen. In Berlin heißt es, der Schuss sei nach hinten losgegangen. So ist es kein Wunder, dass zwei Herren mitmischen, denen durchaus eigene Ambitionen nachgesagt werden. Friedrich Merz, in einer Kampfabstimmung um den Parteivorsitz nur knapp unterlegen, aber an der Basis höchst beliebt, nannte die Debatte „völlig irre“. Der Regierungschef von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, merkte süffisant an, Kramp-Karrenbauer habe selbst erklärt, dass ein Parteitag im kommenden Jahr darüber entscheiden sollte. Doch alle Planspiele könnten Makulatur sein, sollte die SPD im Herbst aus der Regierung aussteigen. Für den Fall fordert die Werteunion, ein Zusammenschluss konservativer CDU-ler, eine Urabstimmung über den Kanzlerkandidaten.

„Die Werteunion fordert angesichts der verheerenden Umfragewerte eine Urwahl des Kanzlerkandidaten durch die Mitglieder und startet kurzfristig eine Initiative zu deren Umsetzung“, sagte der Vereinsvorsitzende Alexander Mitsch der „Welt“. Die Große Koalition sei gescheitert, „sowohl inhaltlich als auch in den Augen der Bürger“.

Mitsch ist ein glühender Befürworter von Merz. Es gibt viele innerhalb der CDU, die glauben, der Finanzexperte würde bei einer Basis-Befragung haushoch gewinnen. Wie groß die Nervosität ist, zeigt sich am Umgang mit dem konservativen Zusammenschluss. Ursprünglich sollte Parteivize Thomas Strobl auf einem Bundestreffen der Werteunion sprechen.

Doch daraus wird nichts. Strobl begründete seine Absage damit, dass die Werteunion vor der Veranstaltung den Fokus ausschließlich auf Personalfragen wie die Zukunft von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gelegt habe. Diese Art von Selbstbeschäftigung halte Strobl für schädlich: „Ich werde alles dafür tun, zu diesen selbstzerstörerischen Selbstbeschäftigungsprozessen keinerlei Beiträge zu leisten – in Baden-Württemberg nicht und auch anderswo nicht.“

Werteunion-Sprecher Mitsch konterte umgehend: „Wir sehen uns dadurch darin bestätigt, dass die CDU auch angesichts der verheerenden Umfragewerte dringend eine neue Diskussionskultur braucht“, erklärte er hörbar verärgert. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Zwei Grüne in Uniform

Munster – Die Grünen-Bundestagsabgeordneten Cem Özdemir und Tobias Lindner haben für einige Tage die Uniform der Bundeswehr angezogen. Sie nahmen im Dienstgrad Oberleutnant am Ausbildungszentrum der Panzertruppen an einer „Dienstlichen Veranstaltung zur Information“ teil, in deren Rahmen zivile Führungskräfte, Multiplikatoren und politische Mandatsträger die Truppe kennenlernen und für die Unterstützung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Aufgaben und Ziele der Bundeswehr gewonnen werden sollen. *J.H.*

Eklat für die Demokratie

Berlin – Der Opferverband „Vereinigung 17. Juni 1953 e.V.“ kritisiert, dass die AfD-Fraktion von dem „Fachgespräch Aufarbeitung der SED-Diktatur“ im Abgeordnetenhaus von Berlin, zu dem die anderen im Parlament vertretenen Parteien gemeinsam Opferverbände, Aufarbeitungsinitiativen, Beratungsstellen und Gedenkstätten eingeladen hatten, ausgeschlossen wurde. Auch einzelne AfD-Abgeordnete durften nicht einmal als Gast teilnehmen. Die Vereinigung erklärt, sie könne „aus ihrem historischen Verständnis heraus die Ausgrenzung einer frei gewählten Partei aus dem politischen Willensbildungsprozess nicht nachvollziehen“. An die Stelle des demokratischen Disputs wieder die Ausgrenzung zu setzen, sei 66 Jahre nach dem Volksaufstand von 1953 und fast 30 Jahre nach dem Fall der Mauer „ein unzumutbarer Eklat für die Demokratie“. Wenn politische Institutionen, Parteien oder sonstige Organisationen die vom Grundgesetz vorgegebenen demokratischen Grundwerte verließen oder ignorierten, leisteten sie den Kräften Vorschub, deren angebliche Bekämpfung wegen undemokratischer Verhaltensweisen sie als Begründung für eigenes fragwürdiges Verhalten anführten. *J.H.*

Von Wahlsiegern lernen

Ex-SPD-Chef fordert robuste Asylpolitik nach dänischem Vorbild

Nach dem Erfolg der dänischen Sozialdemokraten bei den Parlamentswahlen hat der ehemalige SPD-Chef Sigmar Gabriel einen Kurswechsel auch seiner Partei gefordert. Die SPD habe sich den Herausforderungen der Immigrationspolitik nicht gestellt und Realitäten ignoriert, sagte er gegenüber dem „Handelsblatt“.

Die dänischen Sozialdemokraten waren bei den Parlamentswahlen mit 26 Prozent stärkste Partei geworden und hatten vor allem der Dänischen Volkspartei massenhaft Stimmen abgerungen. Dieser Erfolg veranlasste Gabriel zum Vorwurf an seine Partei, sowohl an der Basis, aber auch an der Spitze, unbequemen Fragen aus dem Weg gegangen zu sein.

Der Ex-SPD-Chef forderte seine Partei auf, sich ein Beispiel an den dänischen Sozialdemokraten zu nehmen. Diese hatten in den letzten Jahren vor allem ihre Asylpolitik radikal geändert, während die deutschen Genossen zusammen mit linksgrünen Ideologen weiter dem Postulat einer unbegrenzten Zuwanderung anhängen.

Nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten in Dänemark sollten gemäß dem Modell Australiens Asylbewerber ohne Anhörung in sichere Drittstaaten in die Nähe ihrer Heimat gebracht werden und erst dort einen Antrag stellen dürfen. Als Ausgleich würde Dänemark sich finanziell in den Ländern, in denen Asylsucherlager aufgebaut werden, engagieren.

Mit dem Plan soll verhindert werden, dass sich nur junge Männer mit gewaltbereiten Schleusern einen Weg ins EU-Asyl freikämpfen und Frauen sowie wirklich Schutzbedürftige entweder unterwegs sterben oder in den Heimatländern gar nicht erst die Chance auf Asyl erhalten.

> Ralf Stegner spricht von »Stimmenfang«

Gabriel sieht in der neuen Asylpolitik der dänischen Sozialdemokraten auch neue Impulse für eine gerechtere Gesellschaftspolitik. Die Dänen hätten ihre robuste Ausländerpolitik an einen sozialeren Kurs in der Sozial- und Rentenpolitik gekoppelt und dadurch die gesamte Gesellschaft mit einbezogen und nicht immer nur die Asylsucher. Mette Frederiksen, die junge Vorsitzende der dänischen Sozialdemokraten, hätte gezeigt, dass die Sozialdemokraten Wahlen gewinnen könnten, wenn sie für eine klare Politik stünden. Seine deutschen Genossen seien davon meilenweit entfernt.

Frederiksen habe keine Angst gezeigt, in die Nähe der dänischen „Rechtspopulisten“ zu geraten, lobte der ehemalige SPD-Parteichef weiter. Während seiner Amtszeit hatte er ebenfalls das Gespräch mit der AfD gesucht, war aber dafür massiv in die Kritik geraten. Für Gabriel wie für Frederiksen geht es darum, Menschen zurückzugewinnen, die sich mit einer unkontrollierten Zuwanderungspolitik überfordert fühlen und mitbekommen, wie Integrationsbemühungen scheitern. Frederiksen habe sich einen klaren Blick auf die Realitäten der Gesellschaft bewahrt, während den SPD-Spitzengenossen dieser Blick zumeist fehle, behauptet Gabriel. Er glaubt auch, dass die Wählerschaft der Sozialdemokraten in Dänemark wie in Deutschland nicht so immigrationsfreundlich sei wie das Establishment der Partei.

Als erster reagierte SPD-Vize Ralf Stegner, der als Politiker aus Schleswig Holstein, das direkt an Dänemark grenzt, von der dortigen Asylwende am ehesten Kenntnis haben dürfte. Er bezeichnete die restriktive Asylpolitik der dänischen Genossen als „Stimmenfang“. *Bodo Bost*

Erregte Gemüter

Tschechen fühlen sich durch Sudetendeutschen Tag provoziert

Bei seiner Ansprache auf dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen in Regensburg hatte Bundesinnenminister Horst Seehofer zunächst die Verbesserung der Beziehungen zur Tschechischen Republik gelobt und diese als fast normal bezeichnet. Als er dann jedoch als Beweis der Normalisierung einen Sudetendeutschen Tag in Prag oder anderswo in der Heimat vorschlug, schlugen auf tschechischer Seite die Wellen hoch. „Das würde ich für eine nicht zu akzeptierende Provokation halten“, sagte der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš von der Protestbewegung ANO 2011.

Auch andere linke Politiker in der Tschechei kritisierten das Vorhaben von Seehofer. Der Fraktionsvorsitzende von Babiš' sozialdemokratischem Koalitionspartner CSSD, Jan Chojka, bezeichnete derartige Gesten „so viele Jahre nach dem Krieg“ als unnötig. Miroslav Kalousek von der konservativen Oppositionspartei TOP 09 glaubt, dass die Zeit für derartige Gesten, die unnötig die Gemüter erregen könnten, noch nicht gekommen sei.

Dabei scheint man in Prag zu vergessen, dass die Friedliche Revolution sich in diesem Jahr zum 30. Mal jährt und dass die Tschechei seit 15 Jahren Mitglied der EU ist, in der auch für Vertriebene Freizügigkeit herrscht. Die Erlebnisgeneration muss wohl erst wegsterben, bevor von tschechischer Seite ein solches Angebot erfolgt. Dabei treffen sich Vertriebene aus anderen Vertreibungsgebieten, etwa aus Ungarn, der Slowakei, Litauen oder auch aus Rumänien, schon seit Jahrzehnten in ihrer Heimat.

Zustimmung fand der Vorschlag von Seehofer nur bei den oppositionellen tschechischen Christdemokraten (KDU-CSL) und der Piratenpartei. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren rund drei Millionen Deutsche aus der damaligen Tschechoslowakei vertrieben worden. Die meisten von ihnen fanden in Bayern eine neue Wohnstätte. „Die Sudetendeutschen sind ein wichtiger Teil der bayerischen Identität“, betonte Ministerpräsident Markus Söder zum 70. Sudetendeutschen Tag in Regensburg. „Die Sudetendeutschen sind der vierte Stamm in Bayern. Sie gehören wie die Altbayern, Schwaben und Franken fest zu unserer Heimat“, sagte Söder.

> Vorschlag Seehofers stößt auf Kritik

„Die Sudetendeutschen haben einen großen Anteil daran, dass Bayern heute so gut dasteht: Als Vertriebene haben sie sich im Freistaat neue Existenzen aufgebaut. Ihre Handwerksbetriebe und Unternehmen haben Bayern mit zu Wachstum und Wohlstand verholfen“, sagte Söder.

Vor drei Jahren hatte es beim Sudetendeutschen Tag in Nürnberg einen ersten Aufschrei von tschechischer Seite gegeben, als mit Kulturminister Daniel Herman erstmals ein aktiver tschechischer Minister auf einer solchen Veranstaltung auftrat. Babiš' ANO 2011 gehörte damals noch zu denen, die diesen Schritt begrüßten. Heute ist Babiš auf die Kommunisten als Mehrheitsbeschaffer angewiesen und muss seine Politik entsprechend anpassen. Allerdings steht Babiš auch unter dem Druck der Straße. Prag erlebt seit einigen Tagen die größten Massendemonstrationen seit 1989. Die Demonstrationen richten sich gegen Babiš, dem sie Korruption und Zweckentfremdung von EU-Subventionen vorwerfen. Seine Breitseite gegen die Sudetendeutschen und Bayern könnte also auch ein Ablenkungsmanöver im innenpolitischen Kampf gewesen sein. *B.B.*

Zeitzeugen

Bild: pa

Sir Freddy Laker – Der britische Unternehmer gehört zu den Erfindern des Konzepts der Billigfluglinie. Er bot 1977 mit „Skytrain“ als erster konkurrenzlos billige Flüge von London-Gatwick zur US-amerikanischen Ostküste an. 1978 schlug ihn die britische Königin zum Ritter. Allerdings geriet er schon im gleichen Jahr in Schwierigkeiten, weil er für seine geplanten Langstreckenflüge keine Konzessionen bekam. 1982 kam das Aus.

Peter Berster – „Wir haben im vergangenen Winterhalbjahr eine neue Rekordsaison der Low Cost Carrier ab Deutschland erlebt“, sagt der Leiter der Gruppe Luftverkehrsentwicklung beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Köln-Porz über den Luftverkehrsmarkt. Das Team des Geografen erarbeitet den halbjährlich erscheinenden „Low Cost Monitor“ („LCC“), der seit 2006 die Entwicklung auf dem Sektor der Billigflieger verfolgt und analysiert.

Bild: World Travel & Tourism Council

Michael O'Leary – Der irische Geschäftsmann arbeitet seit 1988 für Ryanair, zunächst als Chef des Rechnungswesens, bis er schließlich Geschäftsführer (CEO) der irischen Fluglinie wurde. Er analysierte das Geschäftsmodell von Southwest Airlines und übertrug es 1992 auf Ryanair. Er machte aus dem Unternehmen Europas erfolgreichste Billigfluggesellschaft. Er liebt provozierende Auftritte. So parkte er 2003 einen Panzer vor dem Firmensitz von EasyJet.

Brian Pearce – „Es gibt einen sehr langen Schwanz von schlecht wirtschaftenden Fluglinien“, sagt der Chefvolkswirt des Internationalen Luftverkehrsverbandes (IATA) über den europäischen Luftfahrtmarkt. Er verfolgt die wirtschaftlichen und politischen Trends, welche die globale Luftverkehrswirtschaft prägen. Pearce lehrt außerdem am Institut für Luftverkehr der britischen Cranfield-Universität und gehörte zahlreichen Expertenkommissionen zu Luftfahrt- und Verkehrsfragen an.

Bild: Imago/Photo Press

Carolyn McCall – Während ihrer Amtszeit als Vorstandsvorsitzende vom Juli 2010 bis zum Januar 2018 vervierfachte sich der Wert der Easyjet-Aktie. Die Sendung „Women's Hour“ auf BBC 4 kürte sie zu einer der 100 einflussreichsten Frauen in Großbritannien.

Wachstumsmarkt mit Risiken

Nur finanzstarke Gesellschaften werden die Kostensteigerungen überleben

Die sogenannten Billigfluggesellschaften haben im Winterhalbjahr 2018/2019 einen weiteren Rekord eingeflogen. Laut dem aktuellem „Low-Cost-Monitor“ des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) verzeichneten sie 5323 Starts pro Woche. Das ist eine Steigerung von zehn Prozent.

Andererseits zeigt die Insolvenz und Zerschlagung von Germania im ersten Quartal dieses Jahres, wie unberechenbar der Markt ist. Zumal die Fluggesellschaften weiterhin mit steigenden Kosten kämpfen müssen. Die Ölpreise steigen, und auch der Pfeil bei den Personalkosten zeigt nach oben.

Nach der Insolvenz von Air Berlin hat sich der Markt beruhigt. „Wir haben im vergangenen Winterhalbjahr eine neue Rekordsaison der Low Cost Carrier ab Deutschland erlebt“, sagt Peter Berster vom DLR-Institut für Flughafenwesen und Luftverkehr in Köln, „699 Ziele sind nun ab Deutschland per Low-Cost-Flieger erreichbar, gegenüber 642 Strecken im Vorjahr.“ Ryanair fliegt inzwischen von Deutschland aus fast 250 Ziele an. Die Nummer zwei in Deutschland, Eurowings, bietet 235 Verbindungen an. Easyjet bietet 107 Destinationen, Wizz 83. EasyJet und Eurowings übernahmen zahlreiche Air-Berlin-Verbindungen. Bei den Flugzielen liegt Spanien an der Spitze, gefolgt von Großbritannien. Britische Fluggesellschaften reagieren auf den wahrscheinlich kommenden Brexit, indem sie auf dem europäischen Festland Tochtergesellschaften gründen, so etwa Easyjet mit Easyjet Europe in Österreich.

Die Ticketpreise sind gesunken – von Spitzenwerten zwischen 53 und 117 Euro im letzten Jahr auf 50 bis 106 Euro. Günstigster Anbieter im Frühjahr 2019 war Wizz mit rund 50 Euro pro Ticket, gefolgt von Easyjet mit 56 Euro und Ryanair mit 59 Euro. Ryanair konnte seine Position als Marktführer verteidigen, EasyJet blieb auf Platz zwei. Auch europaweit sind die Billigflieger weiter auf Erfolgskurs. „Das Angebot ist hier um rund sieben Prozent gegenüber dem Winterflugplan des Vorjahres gestiegen“, sagt Berster. „Dabei bleibt Großbritannien mit über 9000 Starts pro Woche mit Abstand das Land mit den meisten Flügen in diesem Sektor, gefolgt von Spanien und Deutschland.“

Steigende Kosten bei Treibstoff und Personal

Trotzdem kennt der offene Luftverkehrsmarkt über Europa auch zahlreiche Verlierer. 2017 legte Air Berlin eine spektakuläre Pleite hin. Seit damals mussten Monarch, Primera, Small Planet, Azur, Cobalt, die KLM-Tochter VLM und Privat-Air die Segel streichen. Jüngst stellte die isländische Gesellschaft WOW den Flugbetrieb ein, während in Deutschland Germania in die Insolvenz rutschte und zerschlagen wurde. Der britische Low-Cost-Anbieter Flybe wird zurzeit von neuen Eigentümern, einem Konsortium unter Beteiligung von Virgin Atlantic, als Connect Airways neu an den Markt gebracht.

Woran liegt das? Luftverkehrsexperten wie Brian Pearce, Chefökonom des Internationalen Luftverkehrsverbandes (IATA), sieht die Ursache im Überangebot. „Der Grund, warum Sie diese Serie von Firmenzusammenbrüchen sehen – meist kleinere Fluggesellschaften – spiegelt die Tatsache wider, dass Europa sehr viele Fluggesellschaften hat“, sagt Pearce. „Es gibt etwa 200 Fluggesellschaften, die Linienflüge innerhalb Europas anbieten“, sagte er dem Wirtschaftsmagazin „Fortune“. „Wenn man den nordamerikanischen Markt betrachtet, einschließlich Kanada, sind es weniger als 100.“

In seinen Augen wird europäischen Fluglinien ihr Erfolg zum Verhängnis. Viele sind gewachsen, indem sie mehr und mehr Sitzplätze über eine Kombination aus größeren Flugzeugen und zusätzlichen Flugverbindungen auf den Markt gebracht haben. Sie mussten aber 2018 eine Preissteigerung von 20,5 Prozent beim Treibstoff bei gleichzeitigem Wachstum bei den Personalkosten verkraften. Das konnte nicht jede Fluglinie ökonomisch stemmen. Überleben werden diese Situation nur finanzstarke Gesellschaften. *Friedrich List*

Die Nachfrage ist groß: Schlange stehen beim Billigflieger Ryanair

Bild: Imago images/ZUMA Press

Die Ökobilanz der Billigflieger ist ambivalent

Der Luftverkehr gilt als einer der Treiber beim globalen Ausstoß von sogenannten Treibhausgasen. Laut der Europäischen Umweltagentur ist dieser Ausstoß durch den Luftverkehr alleine seit 1990 um 93 Prozent gewachsen. Allerdings liegt der Anteil des Luftverkehrs am globalen Ausstoß nur bei vier bis fünf Prozent. Die größten Verursacher sind also erdgebunden.

Ähnlich ambivalent ist das Bild, stellt man das Passagieraufkommen der Zahl von Menschen gegenüber, die überhaupt Flugreisen machen. Nach Zahlen des Internationalen Luftverkehrsverbandes (IATA) werden 2019 weltweit mehr als vier Milliarden Personenbeförderungen per Flugzeug erfolgen. Gleichzeitig nutzen aber nur rund drei Prozent aller Menschen jemals ein Flugzeug. Die ökologischen Folgen des Luftverkehrs sind also das Ergebnis der Aktivitäten einer kleinen Minderheit. Zu der gehören nicht nur Wohlhabende, die Militär- oder Rettungsfliegerei

Besser als bei den Flag Carriers

oder globale Logistikverbünde, sondern auch diejenigen, die mal eben zum Einkaufen nach London, Mailand oder New York fliegen. Die nutzen die vielgeschmähten Billigflieger.

Allerdings ist deren Ökobilanz durchaus besser als die der traditionell aufgestellten Fluglinien. Nach einer Studie des schwedischen Royal Institute for Technology von 2016 hat das mehrere Gründe. Die Billigflieger transportieren pro Flug mehr Passagiere, weil sie keine Erste Klasse und keine Business Class anbieten. Ihre Flugzeuge sind im Schnitt neuer und umweltfreundlicher. Außerdem bieten sie meist Direktflüge an, die weniger Emissionen verursachen als Flüge mit Zwischenstopps.

Wenig beachtet wird auch, dass die Industrie in den letzten Jahrzehnten mit jeder Generation leisere und sparsamere Flugzeuge an die Fluggesellschaften ausgeliefert hat. Das umweltfreundlichste Verkehrsmittel überhaupt ist allerdings immer noch die Eisenbahn. *F.L.*

Los ging es in den USA

Deregulierung und EU-Binnenmarkt fördern die Entwicklung

Billigfluglinien existieren schon recht lange. Die erste wurde 1949 in den USA gegründet. Vom kalifornischen San Diego aus bot Pacific Southwest Airlines (PSA) wöchentliche Flüge nach Oakland bei San Francisco an. Ein Ticket kostete 16 US-Dollar. In den folgenden Jahren dehnte PSA das Streckennetz auf die gesamte US-Pazifikküste aus. Weitere Fluglinien gingen mit einem ähnlichen Geschäftsmodell an den Start. Das umfasste minimalen Service an Bord, die Konzentration auf einen Flugzeugtyp, Punkt-zu-Punkt-Verbindungen und die Nutzung kleinerer Flughäfen zum Einsparen von Landegebühren.

In den USA begann die Expansion der Billigflieger mit der Deregulierung des Luftverkehrs und der Freigabe der Ticketpreise ab 1978. In jenem Jahr trat der Airline Deregulation Act in Kraft. In Europa brauchte dieser Wandel länger. Die erste europäische Fluggesellschaft dieser Art war Laker Airways, gegründet 1966 von Sir Freddie Laker, der später mit niedrigpreisigen Transatlantikflügen Furore machte. 1991 übernahm die irische Fluglinie Ryanair das Modell.

In Deutschland begann es 2002 mit Ryanair

Aber den Durchbruch für die Niedrigpreis-Fluglinien in Europa ermöglichte erst 1992 die Einführung des einheitlichen Luftverkehrsmarkts. Den hatte es bis dahin nicht gegeben. Der europäische Luftverkehr war in viele nationale Märkte aufgeteilt gewesen, in denen jeweils die sogenannten Flag Carriers wie Lufthansa, Air France, KLM oder British Airways dominierten. Ab 1995 dehnte Ryanair sein Streckennetz in ganz Europa aus. Während weitere Billigflieger an den Start gingen, gründeten die früheren Flag Carriers ihre eigenen Billigflug-Sparten.

In Deutschland begann der Aufstieg der Billigflieger, als Ryanair 2002 einen Standort auf dem früheren Militärflugplatz Hahn einrichtete. Dort waren die Landegebühren niedriger als in Frankfurt-Main. Zwei weitere Fluglinien, Germanwings und Hapag-Lloyd, ließen sich in Köln/Bonn nieder. Heute wird durchschnittlich jeder fünfte Flug hierzulande von einem Billigflieger angeboten. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Das größte Projekt in Europa

Die Untere Havel wird renaturiert: Ein gewaltiges Vorhaben, das Maßstäbe setzt

Bis 2025 fertig: Die Untere Havel wird wieder ein Naturparadies

Bild: Imago images/Rex Schober

Entlang der Unteren Havel führt der Naturschutzbund Deutschland (NABU) seit 2005 die größte Flussrenaturierung Mitteleuropas durch. Damit entsteht hier zugleich eines der größten Naturschutzprojekte Deutschlands.

Ab diesem Jahr werden die Maßnahmen planmäßig entlang der Flussabschnitte nördlich von Rathenow umgesetzt. Damit sich der Fluss bei Hochwasser über die Flutrinnen wieder in die Aue ausbreiten kann, wird an mehreren Stellen der Deich abgetragen. So gelangen mit der regelmäßigen Durchflutung wieder vermehrt Sauerstoff und Nährstoffe in die Fläche. Der Eingriff dient zudem der Verbesserung des natürlichen Hochwasserschutzes. Des Weiteren soll auf 15 Hektar Fläche ein Auwald angelegt werden.

Zusammen mit den angrenzenden Niederungen bildet die Untere Havelniederung ein bedeutendes Auen- und Feuchtgebiet im Binnenland des westlichen Mitteleuropas. Zwischen den Städten Havelsee – einschließlich des Pritzerber Sees im Süden – und Rathenow im Norden gehört der Flusslauf mit seinen vielen geschwungenen Armen zum Naturschutzgebiet Untere Havel, weiter nördlich bis Havelberg in Sachsen-Anhalt zum Naturpark Westhavelland. Insgesamt 20 000 Hektar der Unteren Havelniederung sind rund sechs Monate im Jahr überflutet. 90 Prozent des Areals werden noch landwirtschaftlich genutzt. Jedoch darf Grünland nicht mehr in Ackerland umgewandelt werden. Etwa 1000 bedrohte und geschützte Tier- und Pflanzenarten, beispielsweise Eisvogel, Fischotter und Fischadler, sind in dem Naturparadies heimisch, dessen Lebensader nun aufwendig in seinen natürlichen Zustand zurückverwandelt wird.

Die Kosten in Höhe von 40 Millionen Euro trägt zu 75 Prozent der Bund. Elf beziehungsweise jeweils sieben Prozent übernehmen die Länder Sachsen-Anhalt, Brandenburg sowie der NABU selbst.

> Viele seltene Arten haben hier ihre Heimat

Durch den Rückbau der Eingriffe, die Menschen seit rund 200 Jahren planmäßig am Fluss vorgenommen haben, erhält die Havel auf ihren letzten 90 von insgesamt 345 Kilometern wieder ihren ursprünglichen Fließweg, bevor sie bei Havelberg in die Elbe mündet. Knapp 230 Kilometer Havellauf sind schiffbar. Schon jetzt ist die Havel in den renaturierten Abschnitten wieder ein lebendiger Fluss.

Am Flussufer wachsen überwiegend Wiesen und Weidenbäume, die Vegetation ist naturnah. Noch beeinträchtigt aber der Ausbauzustand im nördlichen Flussabschnitt durch Stauhaltung und Überdüngung des Wassers den Artenreichtum. Es gibt Altwasser, große Schilfröhrichte und Weidenwälder, die nicht miteinander verbunden sind. Dies will das Renaturierungs-Projekt des NABU großflächig ändern.

Erst seit Anfang der 1990er Jahre gilt die Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft an der Havel wieder als wichtig und erstrebenswert. Man hatte erkannt, dass der intensive Ausbau des Flusses und die Überdüngung des Wassers infolge der landwirtschaftlichen Nutzung den Lebensraum zahlreicher seltener Tier- und Pflanzenarten zerstört hatte. Gehölze, Hecken und Wäldchen, die wichtigste Voraussetzung für Artenvielfalt, waren verschwunden. Die vom Hochwasser überspülte Fläche war durch Grabensysteme und Deichbauten sowie die Abtrennung der Altarme stark verringert.

Schon seit dem 18. Jahrhundert legten die Bewohner der Region Sümpfe und Moore mit Entwässerungsgräben trocken. So wurden rund 7500 Hektar landwirtschaftliche Anbaufläche gewonnen. Die planmäßige Begradigung der Havel begann 1875. Später wurde das Hauptbett verbreitert und vertieft, der Fluss im Sommer mit Staustufen reguliert. Der Ausbau der Havel als Schifffahrtsweg und drastische Eingriffe zur weiteren Urbarmachung bestimmten das Landschaftsbild. Ein über Jahrhunderte entstandener Naturraum drohte auszutrocknen.

1996 beschlossen die Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen-Anhalt die Renaturierung der Unteren Havel. In Abstimmung mit dem Bundesumweltministerium, den Kommunen, Kreistagen und Fachverbänden plante der NABU ab 2005 das Naturschutz-Großprojekt „Untere Havelniederung zwischen Pritzerbe und Gnevsdorf“. Vor zehn Jahren begann die Realisierungsphase.

Erstmals in Deutschland werden die Ansprüche von Naturschutz, Verkehr und Wasserwirtschaft bei der Renaturierung einer Bundeswasserstraße abgestimmt. Die Umsetzungsphase für die Einzelprojekte wurde kürzlich um vier Jahre bis 2025 verlängert. Wie der Leiter des NABU-Projektbüros Rocco Buchta erklärte, geht es um die Wiederherstellung wichtiger Funktionen des Ökosystems und nicht um die Wiederherstellung eines historischen Zustandes. Die Havel wird weiterhin ein Kulturfluss bleiben, der genutzt und erlebt werden kann.

Dagmar Jestrzemski

Innensenator lässt Polizei allein

Von THEO MAASS

Der Streit zwischen der Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linke) und Innensenator Andreas Geisel (SPD) scheint beigelegt. Polizisten dürften künftig nicht mehr abgelehnte ausreisepflichtige Asylbewerber aus ihren Unterkünften herausholen, um sie zum Flughafen zu bringen. Zunächst hatte Breitenbach behauptet, die Asylunterkunft stehe unter dem Vorbehalt der „Unverletzlichkeit“ der Wohnung und die Polizei dürfe die Unterkunft nur mit Genehmigung der Heimleitung betreten. Nun hat der Innensenator noch einen draufgesetzt. Die Polizei darf das Heim jetzt nur noch betreten mit Zustimmung des Ausreisepflichtigen.

Dabei hatte die SPD im Bundestag das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ mit getragen. Es sollte Abschiebungen erleichtern. Geisel hält das Gesetz für falsch. „Das widerspricht meiner Auffassung von einer humanitären Migrationspolitik.“ Gemeinsam mit Grünen und Linkspartei will Geisel das Gesetz im Bundesrat stoppen.

Ist Berlin jetzt eine rechtlose Zone? Asylbewerber, die von allen Instanzen abgelehnt wurden und deren Abschiebung angeordnet ist, können nicht mehr abgeschoben werden. Die SPD kann einem leidtun. Im Bund ist sie der kleine Koalitionspartner der CDU/CSU und muss sich im Wesentlichen den Wünschen der Union fügen. In Berlin wollte Michael Müller nicht mit FDP und CDU koalieren und ist nun von den SED-Nachfolgern und den Grünen abhängig.

Beide hatten bei der Regierungsbildung angekündigt, möglichst niemanden abzuschieben. Der Innensenator muss ausbaden, was seine Partei ihm an Regierungskoalition auferlegt hat. Wollte Geisel das Recht durchsetzen, bekäme er Ärger mit den beiden Koalitionspartnern und einem Teil der eigenen Partei. Hakan Demir von der Arbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt“ konnte sich im Landesvorstand mit einer ablehnenden Haltung zum „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ durchsetzen.

Das war eine gute Gelegenheit für einen Schulterschluss der drei Oppositionsparteien. CDU-Chef Kai Wegner: „Der Rechtsstaat wird mit Füßen getreten.“ Karsten Woldeit (AfD): „Der Innensenator lässt seine Polizeibeamten im Stich.“ Marcel Luthe (FDP): „Offenbar hatte Herr Geisel nie vor, die Polizei zu unterstützen. Er spielt auf Zeit.“

Noch sieht es nicht nach einer bürgerlichen Mehrheit in Berlin aus. Das kann sich aber ändern, wenn die CDU einen geeigneten Bürgermeisterkandidaten benennt. Die Option auf einen echten Politikwechsel motiviert – das zeigen die Hamburger Ereignisse vor rund 20 Jahren – die bisherigen Nichtwähler. Wut haben viele, und Anlass dazu gibt es reichlich.

Stellt sich Polizeipräsidentin vor Linksextreme?

»Freifahrtschein für Linksradikale«: Berliner Polizisten fühlen sich »von oben« behindert

Während es in Berlin zu immer neuen Straftaten durch mutmaßlich linksextreme Täter kommt, löst ein Rundschreiben der Polizeipräsidentin Barbara Slowik scharfe Kritik aus. Laut der „B.Z.“ informierte Slowik in dem Schreiben vom 7. Juni Einsatzkräfte der Polizei über einen „Entscheidungsvorbehalt“ im Zusammenhang mit Einsätzen bei Treffpunkten der linksextremen Szene.

Slowik fordert die Beamten offenbar auf, vor einem gewaltsamen Eindringen in ein linkes Szeneobjekt grundsätzlich „den Sachverhalt zunächst der Behördenleitung zur Bewertung und Entscheidung auf dem Dienstweg vorzutragen“. Liegt eine Eilbedürftigkeit vor, dann sollen die Einsatzkräfte die Entscheidung einer Dienstkraft des höheren Dienstes bei der zuständigen örtlichen Direktionsleitung überlassen.

Der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Marcel Luthe, sprach nach dem Bekanntwerden des Schreibens davon, dass Linksextremisten „Sonderrechte zur gemütlichen Flucht“ eingeräumt würden. Auch von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) kam Kritik. So wertet der stellvertretende

> »Sonderrechte zur gemütlichen Flucht«

GdP-Landesvorsitzende Stephan Kelm das Schreiben als einen „Freifahrtschein für Linksradikale“, der im Zweifel Kriminalitätsbekämpfung und lebensrettende Maßnahmen blockiere.

Die Polizeiführung entgegnet, dass der Entscheidungsvorbehalt ursprünglich schon aus dem Jahr 2015 stamme und die neue Anweisung sogar die Entscheidungswege verkürze. Begleitet wird die Diskussion um das umstrittene Rundschreiben von neuen Straftaten durch mutmaßlich linksextreme Täter. Am Pfingstwochenende sind Polizisten in Friedrichshain mit Steinen, Flaschen und Farbe attackiert worden. Die Beamten waren wegen eines mehrtägigen „Dorffestes“ vor Ort, das Linksautonome in der Liebigstraße und der Rigaer Straße veranstaltet hatten.

Auch ein Gerichtstermin wegen einer Räumungsklage gegen die Szenekneipe „Kadterschmiede“ in der Rigaer Straße war offenbar Anlass für Straftaten durch Linksextremisten. Kurz vor dem Prozess blockierten Linksextremisten am 13. Juni mit brennenden Reifen die Elsenbrücke. Der Verkehr auf der vielbefahrenen Brücke zwischen den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Treptow-Köpenick war durch die Blockade für rund zwei Stunden unterbrochen. Zuvor hatten in der Nacht auf der Rigaer Straße schon mehrere Müllcontainer gebrannt.

Die Verhandlung am Berliner Landgericht fand unter dem Schutz eines größeren Polizeiaufgebots statt. In der Verhandlung scheiterte der Hauseigentümer erneut mit seiner Räumungsklage. Bei dem Eigentümer soll es sich um eine Firma mit Sitz in

> Welle linker Gewalt durchzieht die Hauptstadt

Großbritannien handeln. Aus Sicht des Richters entsprach die Prozessvollmacht des Kläger-Anwalts allerdings nicht den deutschen Anforderungen.

Laut „Tagesspiegel“ haben unbekannte Täter in der Nacht vor dem Verhandlungstermin vor dem Haus des Kläger-Anwalts eine Mülltonne in Brand gesetzt und am Haus Sachbeschädigungen verübt.

Ebenfalls linke Täter werden hinter einem Angriff eine Woche zuvor vermutet. Dabei wurde am Abend des 12. Juni ein Reisebus mit Krebspatienten attackiert. Laut Angaben des Busfahrers stellten sich in Kreuzberg etwa 20 Demonstranten auf die Fahrbahn und bewarfen den Bus mit Tomaten, Eiern und Farbbechern. Nachdem der Fahrer gestoppt hatte und ausgestiegen war, flüchtete die Gruppe unerkannt. Offenbar sollte sich der Angriff eigentlich gegen Gäste einer Veranstaltung des Immobilienverbandes Deutschland (IVD) richten. Teilnehmer der Veranstaltung waren zum Teil auch per Bus angereist. Am Veranstaltungsort skandierten Demonstranten Parolen und traten mehrfach auch aggressiv gegen die Eingangstür. Über den Angriff auf den Reisebus mit den Krebspatienten berichteten mehrere Medien, Reaktionen von Politikern blieben allerdings weitgehend aus. *Norman Hanert*

Polizei wirbt um Polen

Die Nachwuchswerbung der Polizei in Brandenburg bemüht sich verstärkt um Bewerber mit deutscher Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund sowie sogar um solche mit nichtdeutschem Pass. Nach Angaben des Sprechers der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg steht dabei die Anwerbung polnischer Muttersprachler im Fokus. Der Sprecher der Schule in Oranienburg sagte: „Die Tatsache, dass Brandenburg ein Transitland ist, führt auch jenseits des unmittelbaren Grenzgebiets zu vielen Einsätzen mit polnischen Bürgern“. Laut der Kriminalitätsstatistik ist die Zahl der Straftaten im Bundesland Brandenburg entlang von Oder und Neiße 2018 erstmals seit 2013 wieder gestiegen. In den betreffenden 24 Gemeinden zählte die Polizei im vergangenen Jahr insgesamt 18 618 Straftaten. Ein Jahr zuvor waren es noch 17 766 Fälle gewesen, das entspricht einem Anstieg von knapp fünf Prozen. *N.H.*

MELDUNGEN

Visumpflicht für Albaner?

Den Haag – Als Folge der ständig steigenden Zahl von durch Albaner verübten Straftaten wollen die Niederlande, dass Albaner nicht mehr ohne Visum in den Schengen-Raum einreisen dürfen. Da die EU-Staaten der Visumpflicht zustimmen müssen, hat die niederländische Regierung ihren Antrag der EU-Kommission vorgelegt. Zuvor hatte das niederländische Parlament die Regierung aufgefordert, etwas zur Eindämmung der Albaner-Kriminalität zu tun. Die EU-Kommission will nun zunächst einmal „den Handlungsbedarf prüfen", wie eine Sprecherin mitteilte. Seit Ende 2010 sind Staatsangehörige Albaniens bei Reisen in die EU von der Visumpflicht befreit. Seitdem können sie unkontrolliert in die Länder des Schengen-Raums und in ein weiteres halbes Dutzend mit dem Gebiet assoziierte europäische Länder einreisen. *J.H.*

Grenzkontrollen teurer als geplant

Kopenhagen – Die dauerhafte dänische Personenkontrolle an der deutsch-dänischen Grenze hat von 2016 bis 2018 umgerechnet 120 Millionen Euro gekostet. Die Kosten für die 2016 von der kürzlich abgewählten Regierung Rasmussen eingeführten Maßnahme sind damit dreimal so hoch wie seinerzeit von der Regierung vorausgesagt. Neben den Ausgaben der Polizei fallen dabei die Aufwendungen des Militärs ins Gewicht, das zur Entlastung der Polizei herangezogen wird. Laut Danmarks Radio haben die Kosten für den Kontrolleinsatz an der Grenze im Mai die Marke von einer Milliarde Kronen (134 Millionen Euro) überschritten. Für die deutsche Bundespolizei hat der dänische Kontrolleinsatz die Konsequenz, dass sie die an der Grenze abgewiesenen Personen übernehmen und eine Identitätsüberprüfung durchführen muss. *J.H.*

Sechs sind noch im Rennen

Wer die Kandidaten sind, die Theresa May als Premierminister und Vorsitzender der Tories beerben wollen

Bis Juli wollen die konservativen Torries die Nachfolge Theresa Mays als Vorsitzende ihrer Partei und als Premierminister ihres Landes geregelt haben. Die Zahl der Bewerber ist groß, hat sich nach der ersten Wahlrunde im britischen Unterhaus allerdings bereits von zehn auf sechs verkleinert.

Bild: Imago images/ Images

Brexit-Hardliner: Boris Johnson, der als Ex-Außenminister für Negativschlagzeilen sorgte, gilt als aussichtsreichster Kandidat

Sechs Kandidaten sind noch im Rennen. In mehreren Abstimmungen müssen die Abgeordneten der Regierungspartei sich in den kommenden Wochen entscheiden. Die Bewerber mit den wenigsten Stimmen scheiden jeweils aus dem Rennen. Die Tory-Abgeordneten wählen jeweils donnerstags und dienstags, bis das Feld auf zwei Kandidaten geschrumpft ist. Zwischen diesen beiden entscheiden sich dann die rund 160 000 Parteimitglieder.

Notwendig geworden ist die Neuwahl, weil Theresa May Anfang dieses Monats als Parteichefin zurückgetreten ist, nachdem sie in ihrer Partei über Monate keinen ausreichenden Rükhalt für ihren Brexit-Kurs erhalten hatte. Nach den britischen Gepflogenheiten wird der Vorsitzende der Regierungspartei automatisch auch Premierminister.

Prominentester Kandidat ist der frühere Außenminister Boris Johnson. Er gilt als Topfavorit, obwohl er in der Vergangenheit viele Negativschlagzeilen produziert hat. Johnson gehört zum Lager der Brexit-Hardliner. Seine Kampagne startete er mit der Forderung nach Steuererleichterungen für Wohlhabende. In der Fraktion hat er bislang die meisten Unterstützer, aber auch viele Gegner. Er hat den Vorteil, dass ihm viele zutrauen, enttäuschte Brexit-Wähler, die sich von den Konservativen abgewendet haben, zurückzugewinnen.

Sein härtester Kontrahent ist sein Nachfolger im Außenministerium Jeremy Hunt, der als Vermittler gilt. Er hat sowohl ins Lager der Brexit-Hardliner als auch zu den moderaten Tories gute Drähte. So konnte sich Hunt nicht nur die Unterstützung von Verteidigungsministerin Penny Mordaunt sichern, einer scharfen EU-Kritikerin, die lange selbst als Kandidatin gehandelt worden war, sondern auch die EU-freundliche Arbeitsministerin Amber Rudd stellte sich hinter ihn. Dass der Brexit für ihn alternativlos ist, machte Hunt aber bereits deutlich. Die konservative Partei könne bei den nächsten Parlamentswahlen niemals gewinnen, wenn die Abgeordneten den Brexit nicht durchsetzen könnten. Hunt fügte hinzu, „so gut wie jeder einzelne" seiner Kollegen sei er „verpflichtet", das Referendumsergebnis von 2016 durchzusetzen.

Im Gegensatz zu Johnson wirbt Hunt aber um diplomatisches Geschick: „Wenn wir einen ultraharten Ansatz verfolgen, werden wir eine ultraharte Antwort erhalten. Sie werden sich einfach

> Boris Johnsons Kontrahent Jeremy Hunt warnt vor den Gefahren eines harten Brexit – Er setzt auf diplomatisches Geschick

weigern und wir werden am 31. Oktober so weit sein wie jetzt, und nichts wird sich geändert haben. Bei den dann anstehenden Parlamentswahlen werden wir vernichtet, wenn wir kein gutes Ergebnis erreicht haben."

Auch der ehemalige Brexit-Minister Dominic Raab hat sich offiziell um die May-Nachfolge beworben. Er steht ebenfalls für einen scharfen Brexit-Kurs. Einen Austritt ohne Abkommen hält er für „vertretbar", allerdings ist er im Lande bisher nicht sonderlich beliebt.

Aber der interne Wahlkampf kann durchaus noch für Überraschungen sorgen. So zählte Innenminister Sajid Javid längere Zeit zum engeren Favoritenkreis. Doch Kritik an seiner Politik ließ seine Chancen im Machtkampf sinken, mittlerweile gilt er gar als Wendehals. „Wir müssen den Brexit umsetzen", schrieb der Politiker kürzlich im Kurznachrichtendienst Twitter. Der Sohn eines Busfahrers aus Pakistan war ursprünglich gegen den EU-Austritt, wechselte aber die Seiten.

Umweltminister Michael Gove war früher ein Brexit-Hardliner. Mittlerweile ließ ihn der Hass auf seinen Dauerrivalen Johnson zu einem Exit-Befürworter werden. Er gilt als absoluter Außenseiter, ist parteiintern aber gut vernetzt.

Einen ganz schweren Stand hat der einzige „Europäer aus Leidenschaft". Rory Stewart folgte auf Penny Mordaunt als Entwicklungshilfeminister, und er ist der einzige Kandidat, der ein zweites Referendum fordert. Doch mit diesem Ansinnen steht er alleine auf weiter Flur.

Peter Entinger

Wie Deutsche unter der Chávez-Diktatur leiden

Beziehungen zwischen Deutschland und Venezuela begannen vor 500 Jahren – Rückkehrbewegung wegen sozialistischer Regierung

Deutschland und Venezuela blicken auf eine lange Geschichte guter Beziehungen zurück. Sie begann mit dem Kolonisationsprojekt der Welser vor 500 Jahren, vor mehr als 200 Jahren fand sie unter Alexander von Humboldt ihren Höhepunkt. Heute ist Venezuela eine sozialistische Militärdiktatur, von den einst fast 10 000 Deutschen sind nur wenige geblieben. Die Zeichen stehen auf Niedergang

Der deutsche Botschafter Daniel Kriener wurde im März von der Maduro-Regierung aus Venezuela ausgewiesen. Sie warf ihm Parteinahme für die Opposition rund um den selbsternannten Interimspräsidenten Juan Guaidó vor. Kriener hatte gemeinsam mit anderen Diplomaten Maduros Gegenspieler Guaidó nach einer Reise durch Amerika am Flughafen von Caracas erwartet, um zu verhindern, dass Guaidó nach seiner Rückkehr festgenommen wird. Auch ohne Botschafter arbeitet die Botschaft weiter, auch weil es noch immer Deutsche gibt, die im Lande ausharren.

Mit der deutschen Siedlung Colonia Tovar gibt es ein Stück Schwarzwald mitten in Venezuela. Die Siedlung liegt eineinhalb Stunden südlich der Hauptstadt Caracas. 392 Badener, die 1842 vom Kaiserstuhl hierher ausgewandert waren, hatten sie einst gegründet, um der venezolanischen Landwirtschaft nach dem verheerenden Befreiungskrieg auf die Beine zu helfen. Der spätere Präsident Felipe de Tovar hatte ihnen Land geschenkt, auf dem sie Obst und Gemüse anbauen konnten.

Fünf Generationen später setzt eine sozialistische Regierung alles daran, das zunichtezumachen. 2017 hatte die Nationalgarde nach Oppositionsprotesten auch hier eine regelrechte Menschenjagd durchgeführt und 16 junge Leute festgenommen. Von den 20 000 Einwohnern der Colonia Tovar tragen noch viele heute deutsche Familiennamen. Der Ort hatte einst das höchste Pro-Kopf-Einkommen in ganz Venezuela. Der Militäraufmarsch hat den Tourismus einbrechen lassen. Die Besucherzahlen sind in den letzten Jahren um 80 Prozent zurückgegangen. Selbst das Café Muhstall oder das Hotel Frankfurt, die besten Adressen vor Ort, stehen oft leer.

Venezuela gehörte in den 1950er Jahren zu den attraktivsten Einwandererländern weltweit, viele deutsche Heimatvertriebene fanden dort ein neues Domizil. Im Zuge des Erdölbooms der 1970er Jahre kam durch die sich in Venezuela ansiedelnden deutschen Konzerne, allen voran Mannesmann, eine größere Anzahl Deutsche zeitbefristet nach Venezuela. Viele deutsche Männer haben sich im Lande niedergelassen und einheimische Frauen geheiratet, bis zu 10 000 sollen es gewesen sein, nur wenige sind geblieben.

Die große Masse der deutschen Einwanderer in Venezuela waren keine Bauern, sondern städtische Gewerbetreibende und Geschäftsleute. Diese gründeten bereits 1894 in Venezuela eine „Deutsche Schule" (Colegio Alemán) auf Initiative einer Gruppe Venezolaner deutscher Herkunft unter Leitung von Graf von Kleist-Tychow. Die Schule erhielt 1940 den Namen „Colegio Humboldt". Wegen des Zweiten Weltkriegs wurde die Schule 1942 geschlossen und das ganze Vermögen enteignet. Nach Kriegsende wurde eine neue Schule 1957 nach einem Entwurf des Architekten F. W. Beckhoff gebaut. Auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Venezuela wurde die deutsche Auslandsschule Caracas ab dem Schuljahr 1998/1999 in eine Begegnungsschule umgewandelt. Trotz der sich drastisch verschlechternden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ist die Schule bis heute geöffnet, obwohl die meisten aus Deutschland stammenden Lehrer und Geschäftsleute heimgekehrt sind. Da das Bussystem nach zahllosen Überfällen zusammengebrochen ist, werden die Schüler alle von ihren Eltern gefahren. Da die Lebensmittel immer knapper werden, kommt es auch auf den Straßen zu immer mehr Überfällen. Und wenn es kein Wasser gibt, fällt der Unterricht aus, weil niemand auf die Toilette gehen kann. Im Durchschnitt erreichen jeden Tag nur 20 bis 50 Prozent der zirka 800 Schüler und Lehrer die Schule.

Bild: Edgeldon

Trügerische Idylle: Schwarzwaldhäuser in Colonia Tovar

Die „Deutsche Evangelische Predigtgemeinde zu Caracas", die heutige St. Michaelsgemeinde, wurde am 4. Januar 1883 gegründet. Die Gemeinde besitzt heute noch die Altarbibel, die sie von Kaiserin Auguste Victoria gestiftet bekam und in die diese das Losungswort hineinschrieb: „Wir wollen dem Herrn dienen, denn er ist unser Gott." (Josua 34,18) Diesem Losungswort ist die Gemeinde trotz widrigen Zeiten treu geblieben.

Unter der Präsidentschaft von Hugo Chávez verschlechterten sich ab 1993 die wirtschaftlichen Bedingungen, vor allem wegen der sozialen und persönlichen Unsicherheit setzte auch eine starke Rückkehrbewegung der deutschen Einwanderer ein. Dennoch hält die St. Michaelsgemeinde mit ihrem Pastor Lars Pferdehirt ihr starkes Engagement innerhalb und außerhalb der Gemeinde aufrecht. Dazu zählen nicht nur die regelmäßigen Gottesdienste, sondern auch die Mitarbeit im deutschen Altersheim, in der Ökumene, in der Humboldtschule. Die 1959 von Monseñor Josef Maria Boos gegründete katholische Gemeinde deutscher Sprache in Venezuela hat dagegen faktisch aufgehört zu existieren. Diakon Franz Josef Weppelmann war der letzte Deutsche, der hier bis 2012 Dienst tat.

Neben der Schule und den Kirchengemeinden gibt es in Venezuela auch Zweigstellen der deutschen politischen Stiftungen. Die stärkste Präsenz hat erwartungsgemäß die Rosa-Luxemburg-Stiftung der Linkspartei, die das Projekt von Nicolas Maduro unterstützt, wie noch die Reise des Bundestagsabgeordneten Hunko von dr Linkspartei im März nach Venezuela gezeigt hat. In der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Caracas fand zu dieser Zeit ein Vortrag von Raul Zelik statt unter dem Titel: „Wie die Linken vom Experiment Venezuela lernen können." *Bodo Bost*

Länder fordern Ende der Sanktionen

Deutsche Firmen investieren wieder mehr in Russland – Druck auf Bundesregierung wächst

Am Pfingstwochenende fand in St. Petersburg das diesjährige Internationale Wirtschaftsforum statt, an dem diesmal zahlreiche deutsche Vertreter aus Wirtschaft und Politik teilnahmen. Die Reaktionen zeugen von einem beginnenden parteiübergreifenden Widerstand gegen die Sanktionspolitik der Bundesregierung.

Hier sollen demnächst 40 000 Fahrzeuge vom Band laufen: Peter Altmaier besucht gemeinsam mit Russlands Präsident Wladimir Putin das Mercedes-Benz-Werk im Industriepark Jesipowo nordwestlich von Moskau

Bild: Imago images/Russian Look

Das Thermometer kletterte auf für St. Petersburg ungewöhnliche 33 Grad, als sich Vertreter aus Politik und Wirtschaft zum Internationalen Wirtschaftsforum trafen. Die meisten Teilnehmer kamen dieses Jahr aus der Volksrepublik China. Wladimir Putins Treffen mit Chinas Staatspräsident Xi Jinping bildete den krönenden Abschluss des Treffens, das im russischen Fernsehen live übertragen wurde.

Seit Verhängung der EU-Sanktionen gegen Russland wegen des Krim-Anschlusses vor fünf Jahren haben sich die russisch-chinesischen Handelsbeziehungen – zum Leidwesen gerade der deutschen exportstarken Unternehmen – intensiviert. China ist es in dieser Zeit gelungen, viele Marktanteile zu gewinnen, die zuvor von europäischen beziehungsweise deutschen Firmen besetzt waren. Nach dem jüngsten amerikanisch-chinesischen Handelskrieg wird nun der chinesische Telekommunikationskonzern Huawei in Russland den Ausbau des 5G-Netzes vorantreiben.

Doch auch deutsche Unternehmen investieren trotz der Sanktionen wieder mehr in Russland. Vor Kurzem erst wurde in der Nähe von Moskau ein neues Mercedes-Benz-Werk im Beisein von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier eröffnet. Beim Internationalen Wirtschaftsforum unterzeichnete Altmaier ein Memorandum über eine Effizienzpartnerschaft mit Russland.

In St. Petersburg war Deutschland mit starker Präsenz vertreten: Neben Altmaier waren die Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig (SPD), und Sachsen, Michael Kretschmer (CDU), sowie die baden-württembergische Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) mit einer 40-köpfigen Delegation angereist. Letztere traf sich mit russischen Politikern und Wirtschaftsvertretern, besuchte das Moskauer Innovationszentrum Skolkowo, in dem autonomes Fahren vorgeführt wurde, und den Internetriesen Yandex. Die Exporte aus Stuttgart nach Russland sind nach einem Abwärtstrend 2017 wieder deutlich gestiegen. 2018 lagen die deutschen Direktinvestitionen bei insgesamt 3,3 Milliarden Euro. Vor allem im Maschinen- und Autobau, beim Aufbau der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz in Russland wittern deutsche Firmen Chancen.

Während die Aktivitäten der Ministerin aus dem Ländle kein Aufsehen erregten, sah sich der Ministerpräsident aus dem Freistaat Sachsen harscher Kritik ausgesetzt, weil er sich am Rande des Forums mit Präsident Wladimir Putin traf und diesen nach Dresden einlud. Im Interesse der neuen Bundesländer forderte Kretschmer ein Ende der Sanktionen. Mit dieser Position stand er nicht alleine da. Parteiübergreifend stärkten Kollegen ihm den Rücken. Sowohl Schwesig als auch Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU), sein Thüringer Amtskollege Bodo Ramelow (Die Linke), der auch Vorsitzender der Ost-Ministerpräsidentenkonferenz ist, sowie der

> Mitteldeutsche Position spaltet die CDU

niedersächsische Regierungschef Stefan Weil (SPD) sprachen sich gegen die Sanktionen aus. „Was wir jetzt erleben, bringt nichts außer Schaden“, sagte Weil. Der russische Agrarmarkt sei für deutsche Firmen weitgehend verloren, weil andere ihn unter sich aufgeteilt hätten. Auch Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) stellte sich hinter seine Kollegen. CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer beharrt dagegen darauf, die Sanktionen weiter zu betreiben, dabei die Tatsache ignorierend, dass der Druck auf die Bundesregierung, ihre Haltung zu überdenken, nicht nur aus den Ländern, sondern auch aus der Wirtschaft wächst, sie mithin eine Spaltung ihrer eigenen Partei riskiert.

Vertreter der deutschen Kernindustrie, angesichts amerikanisch-chinesischem Handelskrieg, Brexit und Russlandsanktionen gefrustet, verlieren allmählich die Geduld. Vor allem für deutsche Maschinenbauer steht viel auf dem Spiel. Russland könnte zu einem der stärksten Märkte für sie werden, dank des immensen Bedarfs an Modernisierung. Die riesigen landwirtschaftlichen Flächen könnten Herstellern von Landmaschinen gute Gewinne ermöglichen. Carl Martin Welcker, Präsident des Branchenverbands VDMA, fordert ein Ende der Russlandsanktionen, weil diese politisch wirkungslos und wirtschaftlich schädlich seien.

Kritik übte ebenfalls Matthias Schepp, Vorstandschef der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer in Moskau, indem er darauf hinwies, dass deutsche Unternehmen im Gegensatz zu anderen in der EU die Sanktionen überferfüllt hätten. Das habe vor allem Mittelständler und Familienbetriebe getroffen.

Vor den Sanktionen 2014 zählte Russland für den Freistaat Sachsen noch zu den Top-10 im Export, 2018 rutschte das Land auf den 17. Rang ab. In absoluten Zahlen ausgedrückt bedeutet das einen Rückgang von 1,1 Milliarden Euro auf einen Wert von rund 537 Millionen Euro exportierter Waren im Jahr 2018. In Thüringen erhöhte sich das Handelsvolumen mit Russland dagegen seit 2015 um rund 40 Prozent auf knapp 300 Millionen Euro im Jahr 2018. Für 455 Thüringer Firmen ist Russland ein wichtiger Exportmarkt.

Statt sachlich über die Folgen der Russlandsanktionen für die mitteldeutsche Wirtschaft zu diskutieren, gingen politisch Korrekte in Politik und Medien zum Angriff über: Kretschmer wurde eine Nähe zu Positionen der AfD vorgeworfen. Seine „Anbiederung an Russland“ sei der bevorstehenden Landtagswahl geschuldet. Er wolle mit dem Thema an die AfD verlorene Stimmen zurück gewinnen.

Manuela Rosenthal-Kappi

MELDUNGEN

Oldtimerpreise steigen moderat

Berlin – Im zweiten Jahr in Folge entwickelten sich die Oldtimerpreise nur noch moderat. Der Preisanstieg betrug 2018 lediglich 2,2 Prozent und lag damit erneut unterhalb der Inflationsrate. Der Deutsche Oldtimer Index, dessen Basiswert 1999 mit 100 Punkten startete, zeigt in den letzten 20 Jahren eine Wertsteigerung von 160 Prozent auf. Der vom Verband der Automobilindustrie (VDA) ins Leben gerufene Index bildet die Preisentwicklung der gängigsten Oldtimer in Deutschland ab. Dazu werden jährlich 88 repräsentative Fahrzeuge ausgewählt und abhängig von ihren Zulassungszahlen gewichtet. Acht der Top-10-Fahrzeuge kommen aus deutscher Produktion. *J.H.*

Preisauftrieb verlangsamt sich

Wiesbaden – Die Verbraucherpreise lagen nach Angaben des Statistischen Budesamtes im Mai 2019 um 1,4 Prozent höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Damit schwächte sich die Inflationsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex – wieder ab. Im April 2019 hatte sie bei einem Plus von zwei Prozent gelegen. Im Vergleich zum Vormonat April stieg der Verbraucherpreisindex im Mai 2019 um 0,2 Prozent. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.912.494.117.424€

Vorwoche: 1.912.550.058.422 €

Verschuldung pro Kopf:
23.099 €

Vorwoche: 23.100 €

(Dienstag, 18. Juni 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Holdingstruktur geplant

Bei Thyssenkrupp sollen die Sparten eigenständiger werden

Die EU-Kommission hat erneut ein Fusionsprojekt eines großen deutschen Dax-Unternehmens gestoppt. Nachdem im Februar bereits ein Zusammengehen der Bahnsparten von Siemens und des französischen Konzerns Altstom am Veto der EU-Kommission gescheitert war, bremste die Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager nun auch Fusionspläne von Thyssenkrupp. Der deutsche Konzern wollte seine Stahlsparte in einem Gemeinschaftsunternehmen mit der indischen Firma Tata Steel verschmelzen. Entstehen sollte damit Europas zweitgrößter Stahlkonzern nach dem Weltmarktführer Arcelor-Mittal.

Die dänische Kommissarin begründete ihre Ablehnung damit, dass „ernsthafter Schaden“ für Industriekunden und Verbraucher abgewendet werden müsste. Konkret sah die EU-Kommissarin nach einer Fusion den Wettbewerb bei Verpackungsstahl für Lebensmittelkonserven und auch bei feuerverzinktem Stahl für die Autoindustrie gefährdet. Aus Sicht der EU-Kommission besteht für Unternehmen auch nicht die Möglichkeit, Preissteigerungen durch Importe aus Nicht-EU-Ländern zu umgehen. Gerade die Autobauer sind auf kurze Lieferzeiten und hohe Qualität angewiesen.

Das Nein der EU-Kommission zu den Fusionsplänen war bereits seit einigen Wochen absehbar gewesen. Thyssenkrupp war deshalb auch bereits im Mai vom Vorhaben abgerückt.

Der Essener Konzern will als Alternative zu den Fusionsplänen nun einen Umbau des Unternehmens in Angriff nehmen. Ad acta gelegt ist der ursprüngliche Plan Thyssenkrupp in einen Werkstoffkonzern

> Fusionspläne wegen EU-Einspruch auf Eis gelegt

und ein Industriegüterunternehmen aufzuspalten. Stattdessen plant der Konzernchef Guido Kerkhoff nun eine schlankere Holding-Struktur, bei der Thyssenkrupp als Ganzes „weitgehend“ erhalten bleibt. Dabei soll die Stahlsparte ein Kernbestandteil des Industriekonzerns bleiben. Die einzelnen Sparten wie Anlagenbau, Autokompo-nentengeschäft, Stahl, Schiffbau und Aufzüge sollen mehr Eigenständigkeit erhalten. Die neue Struktur soll Partnerschaften und Teilverkäufe von Geschäften erleichtern.

Thyssenkrupp Elevator, die Aufzugsparte des Industriekonzerns, wird vermutlich eine der ersten Abspaltungen sein. Kerkhoff kündigte bereits an, bei einem Börsengang der Aufzugsparte eine Aktiengesellschaft gründen zu wollen, die in Deutschland gelistet wird. Innerhalb des Industriekonzerns gilt das Geschäft mit Rolltreppen und Aufzügen als eine Ertragsperle. Beobachter schätzen den Wert von Thyssenkrupp Elevator auf bis zu 15 Milliarden Euro. Der Börsengang der Aufzugsparte könnte Thyssenkrupp dringend benötigtes Geld in die Kasse spülen. Zum 31. März wies der Industriekonzern lediglich ein Eigenkapital von 3,1 Milliarden Euro aus. Der finnische Konkurrent Kone hat bereits sein Interesse an einem Einstieg bei Thyssenkrupp Elevator erkennen lassen.

Laut einem Zeitungsbericht soll die französische Staatswerft Naval Group signalisiert haben, weiterhin an der Thyssenkrupp Marine Systems (tkMS), der Werftensparte des Essener Konzerns, interessiert zu sein. Im vergangenen Jahr hatte ein Thyssenkrupp-Manager Medienberichte über Verkaufsabsichten an die Franzosen dementiert und sogar weitere Investitionen in den Marineschiffbau angekündigt. *Norman Hanert*

Brexeteers setzen auf WTO

Würde die Welthandelsorganisation einen harten Brexit abfedern?

Großbritanniens EU-Austritt soll laut aktuellem Stand bis Ende Oktober 2019 erfolgen. Erzielen die Briten und die EU bis dahin keine Einigung bei den Austrittsverhandlungen, dann steht im Herbst ein sogenannter harter Brexit bevor. Einige Brexit-Befürworter sehen einen EU-Austritt ohne einen Vertrag mit der EU sogar als einen Königsweg an, der es dem Vereinigten Königreich ermöglichen soll, ohne lange Übergangsfristen Freihandelsabkommen mit Nicht-EU-Staaten abzuschließen. Aus diesen Kreisen wird häufig das Argument angeführt, dass bei einem Scheitern von Austrittsverhandlungen automatisch die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) gelten werden. Zur WTO gehören 164 Staaten, darunter auch alle derzeitigen EU-Mitgliedsländer.

Allerdings muss sich die Regierung in London auch im Fall der WTO auf längere Verhandlungen einstellen. Mit Blick auf einen harten Brexit erklärte der WTO-Generaldirektor Roberto Azevedo gegenüber dem Sender BBC: „Es wird nicht das Ende der Welt in dem Sinne bedeuten, dass der Handel stoppt und alles auseinanderfällt.“ Der Brasilianer ergänzte: „Aber es wird auch kein Spaziergang im Park“.

Die WTO-Regeln stellen tatsächlich eine Art von Sicherheitsnetz für den britischen Außenhandel dar, wie dies die Fürsprecher eines „No-Deal-Brexit“ anführen. Allerdings erweitert sich über die WTO auch die Zahl der Akteure, die Einfluss auf Verhandlungen nehmen können.

Wie alle EU-Mitgliedsländer wurde Großbritannien bislang

> Generaldirektor der WTO antwortet BBC mit einem klaren Jein

bei der Welthandelsorganisation von der EU vertreten. Treten die Briten aus der EU aus, dann gilt für sie nicht mehr der Rahmenvertrag, den die EU und die WTO abgeschlossen haben. Als Folge muss der Status von Großbritannien in Verhandlungen neu geregelt werden. Unter anderem müssen die Briten bei der WTO neue Verpflichtungslisten vorlegen, in denen Marktzugangsverpflichtungen beschrieben werden. Auch hierbei sitzt die EU wieder mit am Tisch. Den Verpflichtungslisten müssen aber auch sämtliche WTO-Mitgliedsländer zustimmen.

Für London könnte vor allem die Frage der Zollkontingente noch viel Kompromissbereitschaft abverlangen. Dabei geht es um Einfuhrmengen, die entweder zollbegünstigt oder zollfrei eingeführt werden können. Großbritannien und die EU haben sich bereits auf eine Aufteilung der bisher gemeinsamen Einfuhrkontingente geeinigt.

Allerdings scheinen einige WTO-Staaten die Neuregelung auch als Chance zu sehen, insbesondere ihre Agrarexporte nach Europa auszubauen. Bereits im letzten Herbst informierte der britische Handelsminister Liam Fox das Parlament darüber, dass einige Länder die geplante Aufteilung der Kontingente zwischen der EU und Großbritannien nicht mittragen wollen.

Entgegenkommen wird dabei offenbar nicht nur von den Briten erwartet. Laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Bloomberg vom November 2018 erwartet ein Dutzend Staaten mit hohen Agrarexporten, darunter wirtschaftliche Schwergewichte wie China und die USA, auch von der EU Entschädigungen für mögliche Handelsverluste. *N.H.*

Indien gegen USA

Von Thomas W. Wyrwoll

Nach dem Handelsstreit der USA mit China nimmt jetzt auch derjenige Washingtons mit Chinas asiatischem Gegenspieler und Amerikas „strategischem Partner“ Indien plötzlich an Fahrt auf. Indien hat für 28 US-amerikanische Produkte – darunter Äpfel, Mandeln und Walnüsse – höhere Zölle beschlossen, die mit sofortiger Wirkung gültig werden.

Die rechtskonservative indische Regierung reagiert damit auf den Wegfall von Importvergünstigungen für indische Produkte Anfang des Monats und im Kern auf die Erhöhung US-amerikanischer Einfuhrzölle auf indische Aluminium- und Stahllieferungen vom letzten Jahr, die es bisher aus Rücksichtnahme auf laufende Gespräche und die erhoffte militärische Unterstützung im neuerlichen Ringen gegen Peking unbeantwortet gelassen hatte.

Inwieweit sich dieser neue Handelskonflikt beim G20-Gipfel in Osaka beziehungsweise beim anstehenden Besuch von US-Außenminister Mike Pompeo auf dem Subkontinent angesichts der durch einen fulminanten Wahlerfolg in ihrem Selbstbewusstsein bestärkten indischen BJP-Regierung schlichten lassen wird, bleibt abzuwarten.

Verkehrte Welt

Von Erik Lommatzsch

Sollte nicht schleunigst eine „Kehrtwende“ in der „deutschen Islam-Politik“ stattfinden, werde sich das Land in 30 Jahren grundsätzlich verändert haben. Der „politisch motivierte Islam“ habe sich dann nicht nur unter den Muslimen behauptet, sondern seine „Vormachtstellung“ auf „breite Schichten der Mehrheitsbevölkerung“ ausgeweitet. Da Deutschland aus Angst nicht „für sich und seine Werte“ eingestanden sei, sei eine ganze Generation groß geworden, der das Grundgesetz nichts bedeute und die ihren Daseinszweck vor allem „aus radikalen Predigten auslandsfinanzierter und reaktionärer Gebetshäuser bezieht“. Die „Unterdrükkung der Frau“ sei wieder an der Tagesordnung. Die Freiheit gehe verloren, stückweise, „aber irgendwann absolut“.

Woher stammen diese Warnungen? Nicht aus einer der „verdächtigen“ Ecken, sondern aus unbestreitbar berufenem Munde, von Seyran Ates. Die in Istanbul geborene Rechtsanwältin lebt in Berlin. Sie engagiert sich seit Langem für einen liberalen Islam. Von fundamentalistischer Seite wird Ates bedroht, sie steht unter Polizeischutz. Ursprünglich war sie Vertreterin der Idee einer doppelten Staatsbürgerschaft. Inzwischen hat sie das revidiert und ihren türkischen Pass abgegeben.

Mit ihrem Apell bezieht Ates aktuell auf Facebook Stellung. Ebenso aktuell zeigte sich der CDU-Sieger bei der Görlitzer OB-Wahl, der sich am letzten Sonntag knapp gegen den AfD-Kandidaten durchgesetzt hatte, in der „Tagesschau“ befriedigt über die Entscheidung für eine „offene Gesellschaft“ und gegen Abschottung. In puncto falsch verstandener Offenheit könnte ihm Seyran Ates sicher das eine oder andere erklären.

Rechts blinken, links abbiegen

Von Bodo Bost

Das kleinste Bundesland Bremen war immer eine linksgrüne Hochburg und soll es absehbar bleiben. Nach der Landtagswahl hat die Bremer Grünen-Spitze ihrer Basis vorgeschlagen, mit SPD und Linkspartei über eine Koalition zu verhandeln. Dabei war bei Wahlen seit Langem eine Wechselstimmung nicht mehr so offensichtlich wie bei der Bürgerschaftswahl in Bremen. Kaum ein Bürger, der zur Wahl in der Hansestadt befragt wurde, verhüllte, dass nach 73 Jahren Macht der SPD die Zeit für einen längst überfälligen Wechsel gekommen sei. Zum ersten Mal in einem Menschenleben war die CDU in diesem SPD-Stammland stärkste Kraft geworden.

Umso größer war die Enttäuschung, als bekannt wurde, dass Bremens Grüne wohl aus Angst vor der eigenen Courage dennoch Verhandlungen über eine rot-rot-grüne Koalition aufnehmen und dem sogar in der eigenen Partei kaum bekannten SPD-Bürgermeister Carsten Sieling eine zweite Amtszeit bescheren wollen. Während des Wahlkampfs hatten die Bremer Grünen noch mit einer Koalition mit der CDU geliebäugelt, wohl jedoch nur, wie sich jetzt herausstellt, um Stimmen aus dem bürgerlichen Lager zu erhalten.

Die Grünen sind an der Weser, anders als in einigen Flächenländern, eine dezidiert linke Partei. Eine Koalition mit den Christdemokraten, zudem noch mit der FDP, wäre an der Bremer Basis nur durchsetzbar gewesen, wenn es überhaupt keine andere Möglichkeit zum Mitregieren gegeben hätte. Insofern war der nun eingeschlagene Weg in Richtung eines rot-rot-grünen Weiterso in Bremen absehbar. Dennoch hatten die Bremer Grünen während des Wahlkampfes den Eindruck erweckt, dass sie sich angesichts des unkomplizierten CDU-Spitzenkandidaten und Quereinsteigers Carsten Meyer-Heder ein Jamaika Bündnis hätten vorstellen können, das in Schleswig Holstein gut funktioniert.

Diese Wählertäuschung werden die Wähler sicher nicht vergessen. Auch die ungewöhnliche Verweigerung einer Koalitionsaussage im Wahlkampf für den langjährigen Regierungspartner SPD entsprang bei den Bremer Grünen reiner Wahltaktik.

Ohne diese Wählertäuschung, ohne diese Vorspiegelung einer bürgerlichen Offenheit, die es bei den Bremer Grünen nie gegeben hat, wäre das grüne Wahl-ergebnis an der Weser wohl noch schlechter ausgefallen. Die mageren 18 Prozent lagen sowieso schon unter dem Bundesergebnis der Grünen bei den EU-Wahlen. Rechts zu blinken und dann links abzubiegen ist ein Täuschungsmanöver, das der grünen Partei trotz des positiven Bundestrends nicht gut bekommen dürfte.

Dieses schäbige Manöver der Grünen lässt nichts Gutes für zukünftige Wahlkämpfe bei einem immer wahrscheinlicher werdenden Bruch der Groko im Bund und möglichen Neuwahlen erahnen. Wähler kann man einmal täuschen, aber nicht zweimal.

Nach dem Auftakt der Koalitionsverhandlungen: Bremens Bürgermeister Carsten Sieling (SPD), Maike Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) und Kristina Vogt (Die Linke) geben eine Presseerklärung ab

Bild: pa

Frei gedacht

Das Ziel ist jetzt der Weg

Von Eva Herman

Widerspruch ist heute gefährlich geworden. Wer sachliche Debatten führen will, wer stichhaltige Argumente ins Feld führt, beißt immer öfter auf Granit. Wer anders denkt als Medien und Masse, bekommt Probleme, ob zuhause, am Arbeitsplatz, in Ämtern oder in TV-Diskussionssendungen. Das war in totalitären Systemen schon immer so. Derzeit häufen sich bei mir die E-Mails von Menschen, die sich der allgemeinen Meinung widersetzen und sich deswegen ziemlichen Ärger eingehandelt haben. Etliche von ihnen werden vom Arbeitgeber entlassen, weil ihre Meinung nicht mehr passend erscheint. Oder sie fliegen aus ihrem Lieblingsverein, aus Sportklubs, aus Familien- oder Freundschaftsverbünden raus. Man will mit ihnen nichts mehr zu tun haben, meidet sie wegen ihrer unliebsamen und störenden Ansichten. Manche von ihnen wollen dann verzweifeln, sie sind traurig, fühlen sich von der Gemeinschaft ausgeschlossen, einsam und alleine. Und sie fühlen sich schlecht, weil sie es nicht schaffen „dazuzugehören“. Wer will schon gerne Außenseiter sein? Abgestempelt als Wunderling, als unangepasster Rechthaber?

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Ich möchte den Menschen Mut zusprechen, die erkannt haben, dass etwas gewaltig schief läuft, und die versuchen, etwas zum Besseren zu wenden. Zwar bin ich nicht mehr der Meinung, dass wir noch große Änderungen zum Positiven erwirken können, denn es gibt wohl derzeit kaum Entscheidungskräfte, die überhaupt einen Vorsatz zum Guten in sich tragen, abgesehen von der eigenen Fressfreude am bürgerfinanzierten Futtertrog. Aber wer spürt, dass lebenswichtigste Bereiche nun schwer im Argen liegen, der sollte sich lieber unverkrampft dem Richtigen zuwenden, ohne Missionseifer, ohne belehrenden Zeigefinger, ohne weiter zu lamentieren. Fröhlich und vergnügt sollte er seiner Wege gehen und die Missstände mit Humor benennen, auch wenn die Lage noch so ernst ist. Und er sollte beginnen, am Richtigen, am Guten zu bauen. Mit hohen, edlen Gedanken.

Zwar ist mir selbst oft nicht wirklich zum Lachen zumute, wenn ich mir die Entwicklungen unserer Welt so anschaue, aber das Ziel ist der Weg. Welches Ziel? Sehen wir uns einmal um: Die Systeme stehen kurz vor dem Zusammenbruch, die meisten sind kaputt und marode. Nun soll man aber nichts, das schon morsch und brüchig ist, noch verzweifelt zu stützen suchen, sondern man gebe dem ganzen Gerümpel am besten einen kräftigen Tritt, dass es so schnell wie möglich einkracht. Hat man das erst einmal erkannt, so kommt man in die komfortable Lage, das Alte, Kranke, loszulassen.

Es gibt noch keinen Ratgeber für die bevorstehenden Zeiten. Erst im Nachhinein, wenn der ganze Spuk vorbei ist, wird man erkennen, dass es historische Zeiten sind, in denen wir gerade stecken. Es sind Entwicklungen, die natürlich vor längerer Zeit schon ihren Anfang nahmen, und die sich heute lediglich zuspitzen müssen. Seien wir ehrlich: Nahezu jeder Themenbereich, der unser Leben betrifft, gehört dazu. Wenn ich zurückdenke an meine Kindheit, da schien die Welt noch in Ordnung, aber sie war es selbstverständlich auch nicht mehr. Dennoch: Wir lernten in der Schule damals zumindest noch ganz normal lesen, schreiben und rechnen. Das ist heute nicht mehr selbstverständlich: Ständige sogenannte Bildungsreformen verzerren das Bild zunehmend, überflüssige Rechtschreibreformen verwirren nur, anstatt zu entwickeln. Ich war eins von vier Kindern, heute eher eine Seltenheit, außer, es handelt sich um eingewanderte Familien. Die Begriffe Vater und Mutter waren damals noch klar zugeordnet und betrafen alleine die biologischen Eltern. Dass aktuell von Familienministerin Franziska Giffey geraten wird, die Begriffe Vater und Mutter aus der Behördensprache zu streichen und mit „Elternteil 1 und 2“ zu ersetzen, wäre damals als geistloser Witz ignoriert worden. Ebenso natürlich die Gender-Ideologie, nach der jeder Mensch jederzeit sein Geschlecht wechseln können soll. Nach der ein als Junge geborener Mensch auch weiblich sein könnte, oder transgender oder so. Wer meiner Mutter gesagt hätte, dass sie der kleinen Eva die Puppen wegnehmen und dem Kind einen Werkzeugkasten schenken sollte, den hätte Mutti fröhlich lachend, aber nachdrücklich, aus dem Haus geleitet. Heute wäre das schon fast eine kriminelle Handlung. Und so geht es weiter mit der heutigen, verrückten Welt, die sich immer schneller dreht. Während früher der Vater am Monatsende genügend Geld auf dem Lohnkonto hatte, um die ganze Familie zu ernähren, befindet sich der Umverteilungsmechanismus von Fleißig nach Reich jetzt in seiner Hochblüte: Heute strampeln auch die Mütter im Hamsterrad mit, und es reicht immer noch nicht. Dabei nutzt es auch nicht, dass ihr Job an der Supermarktkasse ihr als Karriere schöngeredet wird. Die kleinen Kinder werden derweil von fremden Mainstream-Leuten erzogen, teuer von den schuftenden Eltern bezahlt. Und diese Kita-Erzieher werden jetzt dafür ausgebildet, eventuelle Nazi-Eigenschaften der Eltern herauszufinden (meist erkennt man dies an deren verdächtiger Pünktlichkeit, Ordnung und Sauberkeit), um das nach oben zu melden. Oma und Opa dösen derweil in Pflegeheimen vor sich hin, sodass das, was wir früher noch Familie nannten, schlichtweg nicht mehr existiert. Die größeren Kinder demonstrieren unterdessen des Freitags gegen den angeblich menschenverursachten Klimawandel und gegen die bösen, älteren Generationen, die alles zerstört haben. Und so zieht sich eine immer tiefere Kluft durch das, was an Familienzusammenhalt noch übrig war. Könnten wir wirklich noch etwas ändern? Ganz klar: Nein! Die Karre hängt doch schon überm Abgrund, die Kinder werden zunehmend in ihrem natürlichen Denken verbogen und fürs System abgerichtet. Wie sollen sie die Alten noch verstehen können? Wütend protestieren sie jetzt gegen alles Frühere, Konservative und gegen umweltschädliche Autos, gegen Flugzeuge und Fernreisen. Fast scheint eine Art Immobilmachung das Ziel für sie zu sein, ohne dass sie selbst die Gefahren schon erkennen, ein Mantra, sich künftig nur noch mit dem Fahrrad oder E-Mobil von A nach B zu bewegen: kein schnelles Auto mehr, kein Flieger, keine eigene Unabhängigkeit. Und dieses Mantra zieht sich, ja, genau, nur durch Deutschland. Denn unsere Nachbarn, die anderen Länder oder gar Kontinente interessieren sich einen feuchten Kehricht für all diese hausgemachten Weltpläne der deutschen, linksgrünen Besserwisser. Während man sich hierzulande offenbar wirklich in dem naiven Glauben wiegt, die Welt von Deutschland aus besser machen zu können.

Wie gesagt, so funktioniert es immer in totalitären Systemen: Man rede ihnen irrwitzige Ideen von Freiheit ein, die in Wahrheit die eigene Freiheit einschränken. Dann betreibe man die Atomisierung des kleinsten und wichtigsten Kerns der Gesellschaft, der Familie, denn die spielt die erste Rolle bei der Schaffung eines Systemwechsels: Bring die Generationen gegeneinander auf, teile die Menschen, dann kannst du über sie herrschen.

Das Ziel ist jetzt der Weg: Es muss erst einen kräftigen Knall geben, damit das wirklich Gute erst erstehen kann, das von den derzeitigen Vorhaben komplett abweicht. Wir werden den Zusammenbruch nicht aufhalten. Das Ziel ist jetzt der Weg, und der Weg ist nicht mehr lang.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Fluch und Segen

Vom Sinn und Unsinn des Titels »Kulturhauptstadt Europas« – Häufig geht die Planung an den Bewohnern vorbei

In diesem Jahr tragen die Städte Plowdiw in Bulgarien und Matera in Italien den Titel Kulturhauptstadt Europas. Und sie tragen schwer. Der große Titel, an den Länder und Gemeinden so große Erwartungen knüpfen, bringt für viele Städte eine Bürde mit sich.

Im Jahr 1985 auf Initiative der damaligen griechischen Ministerpräsidentin Melina Mercouri ins Leben gerufen, wird mit dem Titel Kulturhauptstadt Europas eine Förderung in Höhe von 1,5 Millionen Euro vergeben, die das europäische Kulturförderprogramm Kreatives Europa bereitstellt. Die Kosten sind jedoch weitaus höher. Der Abschlussbericht der EU-Kommission für das Jahr 2016 weist beispielsweise für das zum spanischen Baskenland gehörende Donostia/San Sebastian Betriebskosten in Höhe von 49,6 Millionen Euro und für die schlesische Stadt Breslau sogar Kosten in Höhe von 86,4 Millionen Euro aus. Wie eine Stadt von dieser Ernennung profitiert, vor allem langfristig, ist dabei sehr unterschiedlich.

Der Titel Kulturhauptstadt Europas lautete 1985 bis 1999 Kulturstadt Europas und wird von der Europäischen Union vergeben. Das ursprüngliche Ziel war es, die kulturelle Vielfalt, den kulturellen Reichtum und das kulturelle Erbe Europas bekannter zu machen. War es am Anfang eine Stadt pro Jahr, die sich mit dem Titel Kulturhauptstadt schmücken durfte, werden seit 2004 jährlich zwei Städte benannt.

Deutschland war bislang mit West-Berlin 1988, Weimar 1999 und mit der Region Essen/Ruhrgebiet 2010 vertreten. Auch 2025 wird wieder eine deutsche Stadt Kulturhauptstadt sein. Welche Stadt dann Titelträger wird, steht noch nicht fest. Die zuständige Kommission prüft zunächst einmal die Grundlagen und die Perspektiven – dazu gehört vor allem die Nachhaltigkeit –, bevor sie über die Vergabe des Titels an den am besten geeigneten Bewerber entscheidet.

„Unverzichtbar für das Gelingen des Projektes Kulturhauptstadt Europas ist die Unterstützung in der Region durch Bürger, Institutionen und Medien. Ist im Vorfeld schon festzustellen, dass diese Rückendeckung fehlt, macht die Bewerbung keinen Sinn“, weiß Carina Kurta von CaP.Cult, einer Agentur, die schon einige Städte bei ihrer Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas unterstützt hat. Kassel hat seine Bewerbung für 2025 inzwischen zurückgezogen.

Ebenfalls wichtig ist die Unterstützung durch politische Parteien, die im Fall der Kulturhauptstadt-Aktion gemeinsam an einem Strang ziehen müssen. Im Bericht der EU-Kommission 2016 ist im Hinblick auf San Sebastian – die Basken nennen die Stadt Donostia – zu lesen: „Es ... mangelte an einem gemeinsamen Verständnis der politischen Parteien darüber, wie das Vermächtnis der Aktion ‚Kulturhauptstadt Europas‘ aussehen könnte ... In Breslau dagegen war die Vermächtnisplanung sehr stark entwickelt, gut koordiniert und besser geeignet, die langfristige Nachhaltigkeit der Auswirkungen der Aktion ‚Kulturhauptstadt Europas‘ – nicht zuletzt auch aufgrund einer starken und linearen politischen Führung – sicherzustellen.“ Gerade für San Sebastian, die Stadt, die jahrzehntelang durch Terroranschläge der baskischen Untergrundorganisation Schlagzeilen machte und sich mit ihrem Programm „Cultura para la convivencia“ (Kultur für Koexistenz) ein neues Image aufbauen wollte, konnte die Kommission kein positives Fazit ziehen.

Kein Mangel an Kulturhauptstädten: Für 2019 sind Plowdiw und Matera noch nicht aufgeführt

Der Faktor Imagewandel erhielt erstmals 1990 bei der Ernennung Glasgows zur Kulturhauptstadt Bedeutung. Die schottische Industriestadt setzte sich gegen ihre Mitbewerber London und Edinburgh durch, und zwar mit einer Strategie, die auf Kunst und Kultur als Motor für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel setzte. Der Ansatz war radikal – Kultur als Mittel zur Veränderung mit dem Ziel, das kulturelle Potenzial zu entwickeln, um Herausforderungen zu meistern.

Ebenfalls mit diesem Ansatz gestartet ist die französische Hafenstadt Marseille, die lange den Ruf hatte, hässlich und schmutzig zu sein, die mehr für eine hohe Kriminalität bekannt war als für Museen, Architektur und Veranstaltungen. Der größte und bedeutendste Hafen im Mittelmeerraum, Zufluchtsort für Flüchtlinge und Migranten, die drittgrößte Stadt Frankreichs, war 2013 als Marseille-Provence unter Einbeziehung der Region Kulturhauptstadt Europas. Geschätzte elf Millionen Besucher reisten zu den Aktivitäten im Jahr 2013 an. Seitdem halten sich die touristischen Besucherzahlen weit oben.

„Das ist vor allem dem nachhaltigen Kulturprogramm mit einer großen Vielfalt an Events zu verdanken“, so Kurta. 2014 war Marseille Sporthauptstadt, 2015 wurde der Fußball in den Mittelpunkt gerückt, für 2020 ist eine Kunstbiennale geplant, 2024 finden die Olympischen Sommerspiele zum Teil in Marseille statt.

„Das große Medieninteresse, das aufgrund des Titels Kulturhauptstadt Europas entsteht, bringt die Städte stark voran“, erläutert Stadtentwicklerin Kurta weiter, „die Stadt muss sich das Image aufbauen. Marseille hat das sehr gut umgesetzt.“ Dabei ist es sehr viel schneller möglich, das Image einer Stadt in der Außenwahrnehmung aufzupolieren, weiß Kurta. Bis die Bewohner von Glasgow, Lille, Marseille und Linz ein anderes Bild von ihrer Stadt verinnerlicht hatten, dauert(e) es dagegen weitaus länger.

Gemessen wird der Erfolg der „Kulturhauptstadt“-Aktion gerne in Tourismuszahlen. Touristen bringen Geld und sichern Arbeitsplätze. Das richtige Maß ist aber wie immer ein schmaler Grat. Das Problem ist bekannt. Deshalb hat sich der zuständige Bürgermeister in Materna, des italienischen 60 000-Seelen-Ortes, der in diesem Jahr Kulturhauptstadt Europas ist, zuvor bei Städten wie Barcelona erkundigt, wie man eine Überflutung durch Touristen vermeiden kann. Die Steinhöhlen Maternas, die dem Ort in den 1950er Jahren den Namen „Schande Italiens“ einbrachten, und sogar zwangsgeräumt wurden, werden heute zum Teil als AirBnB-Unterkünfte und Luxushotels genutzt. Solange diese Entwicklung für die Bewohner der Stadt im verträglichen Rahmen bleibt, ist das in Ordnung.

In Marseille bringt eine stark gestiegene Zahl an Direktflügen Menschen aus London, Paris, Mailand, Barcelona und Zürich in die Stadt, die mit ihren 300 Sonnentagen im Jahr ein perfektes Wochenend-Domizil ist. Kein Wunder, dass etliche Schweizer nun Wohnungen in Marseille erwerben. Die jedoch fehlen zunehmend der armen Bevölkerung.

„Es ist ein sehr fragiles System, das hier in Frage gestellt wird“, gibt Kurta zu bedenken. Hier sind die Verantwortlichen von Stadt und Politik aufgefordert, wachsam zu sein und die Entwicklung im Blick zu behalten, gegebenenfalls auch lenkend einzugreifen. Das Kulturprogramm hat komplexe Folgen, und sie alle müssen in der weiteren Entwicklung der jeweiligen Stadt Berücksichtigung finden. *Stephanie Sieckmann*

Humboldtforum eröffnet später

Berliner und Technik – das scheint sich gegenseitig auszuschließen. Kommt man beim Großflughafen BER wegen ein paar Feuermeldern und anderer Brandschutzmängel nicht voran, so muss auch die Eröffnung des Humboldtforums im wiedererrichteten Berliner Schloss wegen technischer Unzulänglichkeiten verschoben werden. Eigentlich sollte die neue Museumsinstitution noch im Herbst zum Humboldt-Jubiläum – der Naturforscher Alexander von Humboldt wurde im September vor 250 Jahren geboren – mit Beständen des Ethnologischen Museums in Dahlem eröffnet werden. Eine nur unzureichend funktionierende Kälteanlage, welche die Temperaturen für die kostbaren Gegenstände aus der deutschen Kolonialzeit auf eine verträgliche Raumtemperatur herunterkühlen soll, sorgt nun für eine Verschiebung der Eröffnung ins nächste Jahr hinein. Für den neuen Intendanten des Humboldtforums, Hartmut Dorgerloh, ist das ein gleich ein doppeltes Ungemach. Solange das Humboldtforum nicht eröffnet ist, ist er Museumleiter ohne Museum. Und er sieht sich schon zu Beginn seiner Amtszeit Mehrausgaben ausgesetzt. Die Umbaukosten für die Klimaanlage dürften im zweistelligen Millionenbereich liegen. Bloß gut, dass im klammen Berlin das Geld für das Forum aus Spenden und Bundesmitteln zusammenfließt. *H. Tews*

Es läuft Schenk in Wuppertal

Gerhard Finckh, Direktor des Von-der-Heydt-Museums, verabschiedet sich mit Nach-Druck

Die weltberühmte und einzigartige Wuppertaler Schwebebahn steht wegen Sanierungsarbeiten zurzeit still, aber das großartige Von-der-Heydt-Museum in der Stadt an der Wupper „läuft“: Gleich zwei Ausstellungen laufen dort.

Eine der neuen Ausstellungen widmet sich dem „berühmtesten Elberfelder, der jemals in Vergessenheit geriet“. So jedenfalls beschreibt das Museum den Druckgraveur und „Erfinder des Farbstichs“, Peter Schenck, der um 1660 in Elberfeld geboren wurde. Die Stadt Wuppertal entstand erst 1929 durch den Zusammenschluss der bis dahin selbstständigen Großstädte Elberfeld und Barmen.

Schenck wanderte in die Niederlande aus und arbeitete dort als Graveur und Kartograf. Seine Landkartenstiche waren damals sehr gefragt – noch mehr seine Porträts prominenter Zeitgenossen. Und Schenck porträtierte alle, die ihm unter die Nadel kamen: Den Philosophen René Descartes („Cogito ergo sum“ – Ich denke, also bin ich), Kaiser Leopold I., den bayerischen Kurfürsten Maximilian II. Emanuel, auch Friedrich Wilhelm I. von Preußen als Kronprinz und Karl II. von Spanien. August „der Starke“ von Sachsen, gleichzeitig König von Polen, ernannte Peter Schenck zum Hofgraveur und ließ den rührigen Geschäftsmann in den Jahren 1700 bis 1711, Schencks Todesjahr, immer wieder zur damals schon berühmten Leipziger Messe kommen.

Aus dem eigenen Bestand des Museums hat man 75 Druckgrafiken des in Vergessenheit geratenen Elberfelders zusammengestellt. Schencks Arbeiten werden 41 Gemälde, Grafiken und Kunstwerke seiner Zeitgenossen gegenübergestellt.

Auch die zweite neue Ausstellung greift auf die bedeutenden Bestände des Hauses zurück: „1919 bis 2019 – Hundert Jahre Moderne im Von-der-Heydt-Museum“ zeigt 130 Gemälde, Skulpturen und Grafiken – ein kleiner Ausschnitt aus der hochkarätigen Sammlung, die von vielen Kunstkennern zu den wichtigsten Kunstsammlungen Deutschlands gerechnet wird.

In annähernd chronologischer Reihenfolge hat Museumsdirektor Gerhard Finckh zusammengestellt, was in den vergangenen 100 Jahren von Künstlern geschaffen wurde und im Wuppertaler Depot schlummert. Beginnend mit Werken von Carl Hofer, Otto Dix und dem Bildhauer Karl Röhrig sind Surrealisten, „Zero“-Künstler und Konkrete Kunst bis hin zu Farbfeldmalerei und die neuesten Erwerbungen zu sehen. Max Beckmann und Max Ernst, Alberto Giacometti und Pablo Picasso, Bogomir Ecker und Gerhard Richter, Joseph Beuys und Neo Rauch sind nur einige der Künstler, deren Werke jetzt in Wuppertal gezeigt werden.

Mit den beiden Ausstellungen verabschiedet sich Direktor Finckh nach 13 Jahren vom Von-der-Heydt-Museum in den Ruhestand. Unvergessen ist die Monet-Ausstellung von 2009 mit mehr als 300 000 Besuchern. Auch die später folgenden Rubens-, Sisley-, Manet,- und Pissarro-Ausstellungen brachten Finckh und dem Museum bundesweit viel Ruhm und Anerkennung.

Jetzt wird ein Nachfolger gesucht. *Siegfried Schmidtke*

Weltbekanntes Porträt: Der französische Philosoph René Descartes in einer Druckgrafik von Peter Schenck

Foto: Von der Heydt-Museum Wuppertal

„Peter Schenck – Der berühmteste Elberfelder, der jemals in Vergessenheit geriet“ läuft bis 25. August. „1919-2019 – Hundert Jahre Moderne im Von-der-Heydt-Museum“ läuft bis 22. September im Von der Heydt-Museum, Turmhof 8, 42103 Wuppertal, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr, Eintritt: 12 Euro. www.vonderheydt.de

Neuer Chef der Volksbühne

Das Ensemble der Berliner Volksbühne hat es geschafft: 2021 bekommt es endlich seinen Wunschintendanten. Der Dramatiker und Regisseur René Pollesch soll die Nachfolge des Belgiers Chris Dercon antreten, der vergangenes Jahr nach nur einem halben Jahr theaterreif aus dem Amt gemobbt wurde. Der 56-jährige Pollesch gehört praktisch zum Inventar des Theaters. Von 2001 bis 2007 leitete er die kleine Volksbühnen-Spielstätte Prater und hat auch im großen Haus für Aufsehen gesorgt mit skurrilen Stücken wie „Du hast mir die Pfanne versaut, du Spiegelei des Terrors“. Der aus Hessen stammende Pollesch kündigte an, Schauspieler wie Kathrin Angerer, Martin Wuttke, Fabian Hinrichs und wohl auch Sophie Rois sowie Alexander Scheer an die Volksbühne zurückzubringen. Mit der Personalie Pollesch korrigierte Berlins Kultursenator Klaus Lederer (Linkspartei) die Entscheidung seines Vorgängers Tim Renner (SPD), mit Dercon den damaligen Direktor des Londoner Tate-Museums an die Spitze eines Theaters zu setzen. Regisseur Claus Peymann kritisierte damals, dass aus der Volksbühne ein „Event-Schuppen“ gemacht werden solle. Tatsächlich blieb das Publikum unter Dercons unglücklicher Kurz-Intendanz aus. Unter Interimschef Klaus Dörr nimmt die Volksbühne mit Gastspielen aktuell wieder Fahrt auf. *H. Tews*

»In meinem Reich geht die Sonne niemals unter«

Vor einem halben Jahrtausend wurde der Habsburger Karl V. zum römisch-deutschen König gewählt

Die Sonne ging in seinem Reich tatsächlich niemals unter. Die Herrschaft Karls V., der dies selbst gesagt haben soll, erstreckte sich über einen großen Teil Europas, die amerikanischen Eroberungen und bis weit in den pazifischen Raum. Vehement trat er der konfessionellen Spaltung des Christentums entgegen, verhindern konnte er sie letztendlich aber nicht.

Das Erbe des im Februar 1500 in Gent geborenen Habsburgers umfasste das Herzogtum Burgund, die Krone von Aragón, zu der unter anderem die Königreiche Neapel und Sizilien zählten, sowie Kastilien und Leòn. Hinzu kamen die wirtschaftlich relevanten Überseegebiete, die von den Spaniern seit dem Ende des 15. Jahrhunderts erobert wurden. Mit dem Tod seines Großvaters väterlicherseits, Kaiser Maximilian I., im Januar 1519 kamen schließlich auch die österreichischen Erblande an ihn. Sein Vater, Philipp der Schöne, war bereits 1506 gestorben.

Die Mutter, Johanna die Wahnsinnige, war frühzeitig nicht mehr in der Lage, selbstständig zu agieren. Karl wuchs bei Margarethe von Österreich, einer Schwester seines Vaters, in der Umgebung von Brüssel auf. Großen Einfluss auf die Erziehung hatte der Hofmeister Guillaume de Croy, Herr von Chièvres. Dieser machte den künftigen Herrscher auch mit den Lebensregeln des Ordens vom Goldenen Vlies vertraut, dessen Oberhaupt Karl als Herzog von Burgund war. Ritterliche Ideale galten ihm stets als Orientierung. Als weitere Vertraute wären Adrian von Utrecht, der später als Hadrian IV. Papst wurde, sowie Mercurino Arborio di Gattinara zu nennen. Gattinara war von 1520 bis 1530 Großkanzler Karls. Als solcher machte er sich vor allem um die Verwaltung der spanischen Gebiete verdient, deren Zentralisierung in dieser Zeit eingeleitet wurde.

Am 28. Juni 1519 wurde Karl von den Kurfürsten in Frankfurt als Karl V. zum König des Heiligen Römischen Reiches gewählt. Die Fugger hatten ihn mit immensen Geldbeträgen unterstützt. Gekrönt wurde er im Oktober 1520 in Aachen, er führte den Titel eines „erwählten Römischen Kaisers“. Die Kaiserkrönung in Rom sollte erst zehn Jahre später erfolgen. Es war das letzte Mal, dass ein Papst einem König des Alten Reiches die Krone aufsetzte.

Karl V. stand an der Spitze, ließ sich aber von seinen Familienmitgliedern tatkräftig unterstützen. So wirkte seine Tante Margarethe als Statthalterin im burgundischen Teil seines Herrschaftsgebietes. Sein drei Jahre jüngerer Bruder Ferdinand wurde 1522 Statthalter im Reich. 1531 erfolgte die Wahl Ferdinands zum römisch-deutschen König. Auch Karls Ehefrau, Isabella von Portugal, und seine Schwester Maria übten politische Funktionen aus. Umstritten ist in der Forschung, ob die Mitwirkung zahlreicher Frauen aus dem eigenen Haus als Besonderheit betrachtet werden muss oder ob dies damals als selbstverständlich galt.

Karl V.: Vornehmlich noch ein mittelalterlicher Herrscher mit Ritter-Leitbild oder eher ein Wegbereiter der Moderne? Bild: Alte Pinakothek

Der Wahlspruch des jungen Karl V. lautete „plus ultra“, was sinngemäß mit „über alles andere hinaus strebend“ übersetzt werden kann. Grundlegend war für ihn der Gedanke der Universalmonarchie, die ihn in seinem Selbstverständnis über alle anderen Könige stellte. Seine Persönlichkeit beschrieb ein venezianischer Gesandter im Jahr 1525 wie folgt: „Im Grunde seines Wesens ist er schwermütig, aber nicht temperamentlos ... Er ist ein sehr religiöser Mensch, sehr gerecht, frei von jedem Laster.“

Geprägt ist die Herrschaftszeit Karls V. von vielfältigen, zum Teil miteinander verwobenen kriegerischen Auseinandersetzungen, vor allem mit Frankreich. Dessen König Franz I. war 1519 ebenfalls als Kandidat im Heiligen Römischen Reich angetreten, hatte sich aber nicht gegen den Habsburger durchsetzen können. Neben dem Streit um Burgund – Karl erhob Anspruch auf den gesamten Bereich, die südlichen Teile waren aber von Frankreich beherrscht – waren vor allem italienische Gebiete Mittelpunkt der einzelnen Feldzüge. Dahinter stand das Streben nach der Vorherrschaft. Die Vielzahl der immer wieder ausbrechenden Kämpfe wurde erst 1559, nach dem Tod Karls V., mit dem Frieden von Cateau-Cambrésis beendet.

Auf der Seite der Gegner Karls V. fand sich zeitweilig auch der Papst. Tragischer Höhepunkt war der „Sacco die Roma“, die Plünderung Roms, von 1527. Obwohl dies eine selbstständige Aktion von Söldnern war, die sich auf eigene Faust zu rächen gedachten, wurden die Exzesse dem Kaiser angelastet, da es sich um seine Truppen handelte. Auch die Abwehr der osmanischen Expansion fällt in Karls Herrschaftszeit. Als die Türken 1529 Wien belagerten, war der Kaiser nicht vor Ort. Am Tunisfeldzug von 1535, der zu seinen Gunsten ausging, nahm er persönlich teil.

Im Reich sah sich Karl V. mit den Ständen konfrontiert, die ihre Machtstellung ihm gegenüber auszubauen gedachten. Die ständischen Bestrebungen sind eng verwoben mit der Reformation. Die letztlich mit dem Auseinanderbrechen der Kirche verbundenen Vorgänge waren im Selbstverständnis Karls die wohl schwerste Hypothek seiner Herrschaft. Mit der von ihm angestrebten Universalmonarchie waren sie nicht vereinbar. 1521 war er beim Reichstag selbst auf Martin Luther getroffen. Mittels des „Wormser Edikts“ verhängte er die Reichsacht über ihn. Innerlich überzeugt verteidigte er den Katholizismus. Den durch protestantische Fürsten geformten Schmalkaldischen Bund konnte er zwar 1547 in der Schlacht bei Mühlberg schlagen, rückgängig zu machen war die Reformation jedoch nicht.

Den Augsburger Religionsfrieden von 1555, den sein Bruder Ferdinand mit ausgehandelt hatte und der die konfessionelle Spaltung besiegelte, mochte er nicht unterzeichnen. Völlig ungewöhnlich legte Karl V. 1555/56 seine Ämter nieder. Bis zu seinem Tod im September 1558 führte er ein abgeschiedenes Leben in Spanien, im Kloster von Yuste. Wie sehr ihn die Frage der Religion bewegte, zeigt sein letzter Brief an seinen ältesten Sohn und Nachfolger in Spanien, den Begründer der spanischen Linie des Hauses Habsburg Philipp II. Er befehle ihm „als sein liebender Vater ... als Wichtigstes und Hauptsächliches, daß die Ketzer vernichtet und bestraft werden ... ohne Ausnahme und ohne Barmherzigkeit“. Karls Nachfolger als Kaiser wurde sein Bruder, der Herrscher in den habsburgischen Erblanden und Begründer der österreichischen Linie des Hauses Habsburg Ferdinand I. Der unter Karl V. in einer Hand vereinte umfassende Machtbereich der Dynastie war wieder zerfallen.

Obwohl nicht selten Gegenstand wissenschaftlicher Arbeiten, sind bis heute viele Fragen im Zusammenhang mit Karl V. offen. Umstritten ist allein schon die Frage, ob der Habsburger vornehmlich noch als mittelalterlicher Herrscher mit Ritter-Leitbild oder – unter ihm entstand unter anderem das erste deutsche Strafgesetzbuch, die Constitutio Criminalis Carolina – eher als Wegbereiter der Moderne gesehen werden muss. *Erik Lommatzsch*

»Alles schon dagewesen«?

Die Einmischungs-Vorwürfe gegen Putin lassen an die sowjetische Unterstützung der Spartakisten vor gut 100 Jahren erinnern

Die neuerlichen Vorwürfe an Russland, es mische sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein und versuche, auf unrechtmäßige Weise Einfluss auf die Politik dort zu nehmen, lässt an die Spartakus-Affäre in Deutschland 1919 erinnern. Kann man mit Rabbi Ben Akiba sagen: „Alles schon dagewesen“?

Donald Trump bekam Ärger wegen angeblicher oder tatsächlicher russischer Einflussnahme auf seinen Wahlkampf. Über den Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier (AfD) wurde kürzlich kolportiert, russische Kräfte könnten ihn „unter Kontrolle“ haben. Beide Politiker wiesen die Verdächtigungen zurück.

Was (und wer) immer hinter diesen Behauptungen stehen mag – es sind Petitessen im Vergleich zu der Einmischung russischer Organisationen in die innerdeutschen Verhältnisse zu Beginn des Jahres 1919. Konkret ging es um die russische Unterstützung der Spartakus-Bewegung, die das Ziel verfolgte, Deutschland in eine Räterepublik umzuwandeln. Die Regierung des Deutschen Reiches erklärte, Beweise dafür zu besitzen, dass die Spartakus-Bewegung mit russischen amtlichen Mitteln von russischen Behörden unterstützt worden sei. In einem Funkspruch an die russische Regierung protestierte die Reichsregierung Mitte Januar 1919 mit scharfen Worten: „Die deutsche Regierung legt gegen diese unzulässige verbrecherische Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands strengste Verwahrung ein. Sie sieht zunächst davon ab, aus diesem Grunde sämtlichen russischen Staatsangehörigen, die sich bisher frei in Deutschland aufhalten konnten, das gewährte Gastrecht zu entziehen, wozu sie an sich berechtigt wäre. Sie will aber keinen Zweifel bestehen lassen, daß sie gegen alle Russen, die sich der Unterstützung einer Aufruhrbewegung schuldig gemacht haben oder noch in diesem Sinne tätig sind, auf das Schärfste vorgehen wird.“

Normalerweise würde sich in einer solchen brisanten Konstellation die Abberufung des Botschafters oder – noch härter – der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu dem Aggressor als Sanktion für dessen völkerrechtswidriges Verhalten anbieten; jedoch schied diese Möglichkeit aus, weil zu jenem Zeitpunkt zwischen dem Deutschen Reich und Russland wegen des vorangegangenen Ersten Weltkrieges keine diplomatischen Beziehungen bestanden.

Mit dem damals viel weniger als heute kodifizierten Stand des Völkerrechts und dem zu jener Zeit rechtlich ungeklärten Verhältnis zwischen russischer Regierung und kommunistischer Partei ist zu erklären, dass die Frage gestellt wurde, ob die von der deutschen Regierung gerügten russischen Aktivitäten als völkerrechtliches Delikt zu betrachten seien. Einer der prominentesten deutschen Rechtsgelehrten, der Geheime Justizrat, Angehörige des Reichstages und Professor Franz von Liszt, der die heute seltene Fächerkombination von Strafrecht und Völkerrecht repräsentierte – als Kriminalpolitiker forderte er anstatt der Vergeltungsstrafe eine auf den Erziehungs- und Sicherungszweck abstellende Strafe – hat dazu unter der Überschrift „Völkerrechtliche Haftung Rußlands für spartakistische Gewalttaten auf deutschem Boden“ in der Zeitschrift „Deutsche Juristen-Zeitung“ 1919 (Heft 5/6) eine eindeutige Position bezogen. Vorab vermisst er „in der Erklärung der Reichsregierung und den durch die Unruhen hervorgerufenen Erörterungen jeden Hinweis auf das völkerrechtliche Problem, das durch die von der Reichsregierung scharf betonte Beteiligung der russischen Regierung an den spartakistischen Umtrieben gestellt ist.“ Sodann schickt der Völkerrechtler das Ergebnis seiner Argumentation voraus: „Nach meiner Überzeugung hat sich die russische föderative Republik durch die Anregung und Unterstützung der spartakistischen Bewegung eines Delikts gegen das Völkerrecht schuldig gemacht, das sie zum vollen Ersatz aller angerichteten Schäden verpflichtet.“

In der darauffolgenden Begründung weist Liszt zunächst auf die (damals noch ungeschriebene, heute auch in Verträgen enthaltene) Völkerrechtsnorm hin, derzufolge sich jeder Staat der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates zu enthalten hat. Gerade eine solche unzulässige Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands werfe der Funkspruch der deutschen Regierung „den leitenden Männern der russischen Regierung“ vor: „Es wird von russischer Seite kaum bestritten werden, daß die in Rußland herrschende bolschewistische Partei grundsätzlich darauf hinarbeitet, die maximalistischen Lehren in alle Länder zu tragen und die Arbeitermassen mit revolutionärem Geist zu erfüllen ...“ (Mit „maximalistischen Lehren“ dürften wohl die marxistischen Lehren gemeint sein.) Zusätzlich erwähnt Liszt den Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Russland von Brest-Litowsk vom 3. März 1918, dessen Artikel II lautet: „Die vertragschließenden Teile werden jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heereseinrichtungen des anderen Teiles unterlassen.“

Zusammenfassend lässt sich heute sagen, dass sowohl die damalige Reichsregierung wie auch der Völkerrechtler mit ihrer rechtlichen Beurteilung der russischen Unterstützung der Spartakus-Bewegung und der darin liegenden Einmischung in die innerdeutschen Angelegenheiten Recht hatten. Mit politischen Prognosen sollten Wissenschaftler dagegen vorsichtig sein, so wenn der erwähnte Artikel Liszts mit der Prophezeiung schloss: „Auch die Zukunft Russlands gehört nicht der wahnwitzigen Diktatur des Proletariats, sondern der Demokratie; nicht der brutalen Schreckensherrschaft, sondern der Idee des Rechts.“ *Ingo von Münch*

Eine Währungsordnung der Sieger für die Welt

In Bretton Woods schufen vor 75 Jahren Delegierte aus 44 Staaten das nach dem US-Ort benannte System

Vor 75 Jahren wurde auf der Konferenz von Bretton Woods eine grundlegende Neuregelung der internationalen Finanzwirtschaftsbeziehungen vorgenommen. Dabei folgten die Teilnehmer im Wesentlichen den Vorstellungen der Regierung der Vereinigten Staaten. Allerdings wies das so entstandene System der festen Wechselkurse mit dem US-Dollar als Leitwährung gravierende Mängel auf. Und es sorgte auch nicht – wie später oft kolportiert – für den Wirtschaftsaufschwung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

1944 waren die USA aufgrund ihrer Waffenverkäufe und Rüstungskredite zum weltweit größten Gläubiger geworden, während Großbritannien, der langjährige währungspolitische Hauptkonkurrent der Vereinigten Staaten, kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stand. Diese vollkommen unterschiedlichen Positionen hinderten die beiden Alliierten indes nicht daran, sich gemeinsam um die Schaffung einer neuen globalen Wirtschafts- und Währungsordnung zu bemühen. Den Höhepunkt der diesbezüglichen Aktivitäten stellte die United Nations Monetary and Financial Conference dar, die vom 1. bis zum 22. Juli 1944 im illustren Mount Washington Hotel in Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire abgehalten wurde und an der 730 Delegierte aus 44 Ländern teilnahmen.

Im Vorfeld hatten britische und US-amerikanische Experten Vorschläge für konkrete Regelungen gemacht, welche die sehr stark abweichenden Interessen der beiden westlichen Führungsmächte der Anti-Hitler-Koalition widerspiegelten. John Maynard Keynes, der Chefunterhändler Londons, forderte angesichts des starken Handelsdefizits des Empire flexible Wechselkurse und die Schaffung einer internationalen Verrechnungseinheit namens Bancor. Denn nur so war es nach Ansicht des renommierten Ökonomen möglich, den einzelnen Volkswirtschaften hinreichenden geldpolitischen Spielraum zu geben, beispielsweise für Abwertungen. Dagegen präferierte Harry Dexter White, die rechte Hand des US-Finanzministers Henry Morgenthau – und wie sich später herausstellen sollte, auch ein Agent Moskaus – weitestgehend feste Wechselkurse, wobei der US-Dollar als weltweite Leitwährung fungieren sollte. Im Gegenzug versprachen die Vereinigten Staaten, dass der Dollar jederzeit zu einem dauerhaft unveränderlichen Kurs von 35 US-Dollar pro Feinunze in Gold umgetauscht werden könnte. Und tatsächlich setzte sich der nach sowjetischem Vorbild planwirtschaftlich denkende White am Ende durch, was Keynes dazu veranlasste, die Konferenz als „Affenhaus“ zu bezeichnen.

Der Erfolg der USA resultierte vor allem aus der totalen Abhängigkeit des ja immer noch Krieg führenden Empire von weiteren Krediten Washingtons. Darüber hinaus wurden die kleineren Teilnehmerstaaten auf die US-amerikanische Linie eingeschworen, indem man ihnen großzügige Wirtschaftshilfen versprach, die sie dann allerdings nur zum Teil oder gar nicht erhielten. Am Ende der Zusammenkunft von Bretton Woods hatten die USA den Kampf mit den Briten um die künftige Hegemonie über die Weltwirtschaft in jeder Hinsicht gewonnen und das Pfund Sterling als Währung komplett deklassiert. Deshalb dominierten sie auch die beiden Institutionen, die nun das Funktionieren des sogenannten Bretton-Woods-Systems gewährleisten sollten. Das war zum einen die International Bank for Reconstruction and Development (IBRD, Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) und zum anderen der International Monetary Fund (Internationaler Währungsfonds, IWF).

Konferenz mit Finanzministern und Notenbankgouverneuren beziehungsweise -präsidenten von 44 Staaten der Anti-Hitler-Koalition: Plenarsitzung vom 9. Juli 1944

Bild: pa

Obwohl die von den USA oktroyierte und kontrollierte neue Wirtschafts- und Finanzordnung gravierende Mängel aufwies, wurde in der Vergangenheit immer wieder behauptet, sie habe nach dem Zweiten Weltkrieg für Wachstum und Wohlstand gesorgt. Tatsächlich jedoch förderte sie vor allem die Inflation und untergrub das Vertrauen in den US-Dollar. Der Aufschwung ab 1945 resultierte hingegen aus der weit verbreiteten Ablösung des planwirtschaftlichen Interventionismus durch eine soziale Marktwirtschaft, die vielfältige unternehmerische Kräfte freisetzte.

Das schwerste Manko des Bretton-Woods-Systems bestand in der Unmöglichkeit, die zu 98 Prozent festgeschriebenen Wechselkurse aufrecht zu erhalten, wenn die am freien internationalen Zahlungsverkehr beteiligten Länder dazu übergingen, eine eigenständige Geldpolitik zu betreiben, und ihre wirtschaftliche Entwicklung parallel dazu unterschiedlich verlief. Des Weiteren brachten die USA bald immer größere Mengen an Dollars in Umlauf, weil sie kostspielige militärische Abenteuer zu finanzieren hatten und in wachsendem Maße über ihre Verhältnisse lebten. Gleichzeitig benötigte der expandierende Welthandel aber auch ständig mehr Dollars. Dadurch wurde die in Bretton Woods zugesicherte unbeschränkte Einlösung in Gold schließlich vollkommen unmöglich. Das sah der französische Staatspräsident Charles de Gaulle bereits 1965 voraus, weshalb er die Dollar-Reserven der Grande Nation in Gold umtauschen ließ, was ein politisches Beben auslöste.

Das Ende der nominalen Goldbindung der Währung der Vereinigten Staaten kam jedoch erst am 15. August 1971, als US-Präsident Richard Nixon eine entsprechende Verlautbarung abgab – da lag der Wert der US-amerikanischen Goldreserven in Fort Knox gerade mal noch bei zwölf Milliarden Dollar, während die Bretton-Woods-Staaten ihrerseits Dollars im Wert von mehr als 50 Milliarden horteten. Trotzdem erfolgte der Zusammenbruch des Systems der praktisch stabilen Wechselkurse nicht sofort, sondern erst einige Zeit später, weil die westlichen Zentralbanken zunächst versuchten, es durch allerlei aufwändige Interventionen künstlich am Leben zu erhalten. Schließlich aber beschlossen im März 1973 mehrere europäische Staaten, ihre Währungen nicht mehr am Dollar zu fixieren und freie Wechselkurse einzuführen. Damit war der Durchbruch erzielt, woraufhin die Vereinbarungen von Bretton Woods bald offiziell außer Kraft gesetzt wurden.

Ungeachtet dieses vollumfänglichen Scheiterns werden heute angesichts der globalen Herausforderungen verschiedentlich Rufe nach einem „neuen Bretton Woods“ laut. Dann allerdings müsste entsprechend der Logik von 1944 der chinesische Yuan an die Stelle des US-Dollars treten, weil Peking nunmehr der größte internationale Gläubiger geworden ist, während die USA auf einem gigantischen Schuldenberg sitzen, sich also jetzt quasi in der Rolle befinden, die Großbritannien seinerzeit innehatte.

Wolfgang Kaufmann

Ein Verkehrsflugzeug nur aus Metall

Mit dem Werkspiloten Emil Monz am Steuer hob vor 100 Jahren die Junkers F 13 zu ihrem ersten Flug ab

Bereits während des Ersten Weltkriegs hatte der Luftfahrtpionier und Flugzeugkonstrukteur Hugo Junkers mehrere Ganzmetallflugzeuge entwickelt und gebaut. Kurz nach Kriegsende bauten er und sein Chefkonstrukteur Otto Reuter auch das erste Verkehrsflugzeug aus Ganzmetall. Der nach der ältesten von Junkers Töchtern „Herta“ genannte Prototyp der Junkers F 13 startete mit Werkspilot Emil Monz am Steuer in Dessau am 25. Juni 1919 zum Erstflug.

Die F 13 war ein Eindecker aus Duraluminium mit einem kastenförmigen Rumpf und einer geschlossenen Kabine. Die vier Passagiere saßen witterungsgeschützt in einem eigenen Abteil. Je nach Version saßen sie entweder in Korb- oder Ledersesseln. Außerdem bot die Kabine Innenbeleuchtung und Heizung. Dagegen fanden die beiden Piloten zumindest anfänglich noch in einem offenen Cockpit Platz. Erst spätere Versionen der F 13 hatten ein geschlossenes Cockpit. Die Tiefdeckerbauweise mit dem kastenförmigen Rumpf wurde typisch für Verkehrsflugzeuge der Firma Junkers bis hin zur legendären Junkers Ju 52.

Allerdings setzte das Versailler Diktat von 1919 dem Erfolg der bahnbrechenden Konstruktion zunächst enge Grenzen. Das Friedensdiktat, das den Ersten Weltkrieg beendete, schränkte die deutsche Luftfahrt stark ein. Deutschland durfte keine Luftstreitkräfte unterhalten. Außerdem war die Produktion von Flugzeugen für die ersten sechs Monate nach Inkrafttreten des Diktats vollständig verboten. Ziviler Luftverkehr war zunächst nur mit umgebauten Kriegsflugzeugen möglich, die aus dem Bestand der an die Alliierten übergebenen Flugzeuge zurückgekauft werden mussten. Das Bauverbot wurde 1920 verlängert und erst 1926 für zivile Flugzeuge aufgehoben. Deutsche Firmen produzierten weiter, ließen jedoch die Flugzeuge in Danzig zu, das als Freie Stadt vom Völkerbund verwaltet wurde, oder verlegten Produktionsstätten ins Ausland.

Folgerichtig produzierte Junkers nicht nur am Stammsitz Dessau, sondern beispielsweise auch in der Sowjetunion und den USA, die Versailles nicht unterzeichnet beziehungsweise nicht ratifiziert hatten. Die Junkers F 13 wurde trotz dieser Einschränkungen ein Welterfolg. Sie war der immer noch aus Holz, Leinwand und Verspannungsdrähten bestehenden Konkurrenz um Jahre voraus. Die F 13 war ein sicheres, wirtschaftliches und leicht zu wartendes Flugzeug mit gutmütigen Flugeigenschaften. Es gab zahlreiche Untervarianten mit unterschiedlichen Motoren und je nach Kundenwünschen abgestimmter Inneneinrichtung. Das Radfahrwerk konnte gegen Schwimmer oder Schneekufen ausgetauscht werden.

Im Sommer 1919 beflogen die ersten Maschinen Strecken in Osteuropa. Am 13. September 1919 stellte Emil Monz mit sieben Personen an Bord einen Höhenweltrekord auf, als er mit der „Annelise“ eine Höhe von 6750 Metern erreichte. Vorläuferorganisationen heutiger Traditionsfluglinien wie Lufthansa oder Swissair hatten F-13-Maschinen im Bestand.

Die erste F 13 in der Luft: Der Prototyp „Herta“

Bild: unbekannt

Allerdings sollten noch einige Jahre vergehen, bis die damalige Luft Hansa die erste F 13 einsetzte. Wegen der Einschränkungen durch Versailles durfte das Flugzeug offiziell in Deutschland nicht in Erscheinung treten. Also wich Junkers ins Ausland aus. Bereits 1919/1920 baute Junkers beim früheren Kriegsgegner eine Produktionslinie auf. Die Firma Junkers-Larsen Aircraft Corporation übernahm die Endmontage von in Dessau produzierten Komponenten. Das Unternehmen mit Sitz in New York übernahm auch den Vertrieb des Flugzeugs als JL-6 auf dem US-amerikanischen Markt. „JL“ stand dabei für „Junkers-Larsen“. Die Maschinen aus der US-Produktion waren an ihrem Sternmotor erkennbar. Zwei Schwimmerflugzeuge wurden an die U.S. Navy geliefert. Die US-Postverwaltung nutzte acht Maschinen auf den Strecken New York–Omaha und New York–San Francisco. 1920 war eine erste F 13 in Kolumbien im Einsatz. In den USA stellten die Piloten Edward Stinson und Lloyd W. Bertaud am 29. und 30. September 1921 mit einer Flugdauer von 26 Stunden, fünf Minuten und 32 Sekunden einen neuen Weltrekord im Dauerflug auf. Mit der Sowjetunion ging Junkers eine ähnliche Kooperation ein. F 13 wurden im Flugzeugwerk von Fili bei Moskau als Ju 13 produziert und von der Luftverkehrsgesellschaft Dobroljot betrieben.

Verglichen mit konkurrierenden Flugzeugtypen waren die Betriebskosten einer F 13 um 30 Prozent niedriger, die Wartungskosten nur halb so hoch, die Reichweite aber doppelt so groß. 1925 betrug der Anteil des Flugzeugs am internationalen Verkehrsstreckennetz rund 40 Prozent.

In vielen Ländern der Welt wurden mit der F 13 die ersten Luftverkehrsnetze aufgebaut. Sie wurde als Passagiermaschine, Frachtflugzeug, zur Schädlingsbekämpfung und auch für militärische Aufgaben genutzt und war in fast allen Klimazonen der Welt im Einsatz. 1921 kaufte der afghanische König Amanullah Khan zwei Flugzeuge, die 1969 von einem englischen Journalisten auf einem Schrottplatz in Kabul wiederentdeckt wurden. Ein Exemplar wurde im folgenden Jahr von einer Transall C-160 der Luftwaffe nach Deutschland gebracht und steht heute restauriert im Deutschen Museum in München. In diesem Flugzeug hatte der deutsche Pilot Hans-Hasso von Veltheim 1938 auf Einladung der afghanischen Regierung einen Flug von Kabul nach Paghman und zurück gemacht.

Die F 13 blieb bis Anfang der 1930er Jahre in Produktion. Je nach Quelle wurden zwischen 314 und 328 Stück gebaut. In vielen Teilen der Welt blieben die robusten Wellblech-Eindecker bis in die 1940er Jahre hinein im Einsatz. Einzelne Maschinen flogen bei der deutschen Luftwaffe und den Luftstreitkräften Finnlands als Schul- oder Kurierflugzeug, während andere in Südamerika noch in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg als Linienflugzeuge anzutreffen waren.

Der Schweizer Unternehmer Dieter Morszeck bietet seit kurzem wieder F-13-Maschinen auf dem Markt an. Die Flugzeuge basieren auf der in den USA bei der Junkers-Larsen Aircraft Corporation produzierten Version und werden nach rekonstruierten Ingenieurszeichnungen in Handarbeit hergestellt. Das erste Flugzeug flog bereits 2016. Anfang 2018 erhielt das Flugzeug seine Zulassung. Morszeck vermarktet die Nachbauten über die Junkers Flugzeugwerke AG im schweizerischen Dübendorf.

Morszecks Interesse für Junkers-Flugzeuge kommt nicht von ungefähr. Er ist der Enkel des Gründers der heutigen Rimowa GmbH und wurde 1981 deren Geschäftsführer. Der 1898 gegründete Reisegepäckhersteller führte 1950 die heute für sein Reisegepäck charakteristische parallel gefalzte Rillenstruktur der Kofferschalen ein, die an die Aluminiumaußenhaut von Junkers-Flugzeugen erinnert. *Friedrich List*

Moment der Woche

Bild: Ullstein

Der Regen in Deutschland freut nicht bloß Förster und Landwirte, Gartenbesitzer oder Naturliebhaber hierzulande. Auch im fernen Mallorca hoffen die Menschen auf nichts so sehr wie einen richtigen Regensommer in Deutschland.

Grund: Die Touristen bleiben weg. Für Juni rechnet man mit einer Auslastung von nur 50 bis 60 Prozent, das wären bis zu 15 Prozent weniger als im Vorjahr.

Hoffen auf Sauwetter in Deutschland

Die Mallorquiner stecken in der Klemme. Um ruhige, besser zahlende Besucher anzulocken, begegnen die Behörden der exzessiven Saufe-rei mit allerhand Verboten: Kein Alkoholkonsum mehr auf Bürgersteigen, keine „Happy Hour“ mehr und anderes.

Nur kommen die erhofften „besseren“ Touristen kaum, während die Saufbolde verärgert reagieren. *H.H.*

Wo der Rassismus (auch) blüht

Verachtung von Fremden ist keine europäische Besonderheit – Ein Blick nach Asien

Glaubt man den unzähligen „Rassismus-Experten“, welche heutzutage die Universitäten bevölkern und permanent in den Mainstream-Medien zu Wort kommen, ist der Rassismus eine Erfindung der weißen Europäer. Als deren Geburtsstunde gilt dabei zumeist der Beginn der europäischen Expansion in Richtung Süd- und Ostasien, Afrika und Amerika.

Keineswegs Folge des europäischen Kolonialismus

Tatsächlich aber gibt es auch auf anderen Kontinenten und in vielen außereuropäischen Kulturen weit in die Vergangenheit zurückreichende Traditionen rassistischen Denkens, aus denen allerlei Überlegenheitsphantasien hervorgegangen sind. Das gilt nicht zuletzt für Asien, obwohl die Wissenschaft diesen Umstand in aller Regel unter den Teppich zu kehren versucht oder als Folge des Kulturkontakts mit rassistischen westlichen Kolonialmächten hinstellt. Hierzu drei Beispiele für hausgemachten asiatischen Rassismus:

Aus diversen Hindu-Texten geht hervor, dass sich die hochkastigen Brahmanen in Indien sicher waren, weit über sämtlichen „unreinen Fremden“ zu stehen. Dazu zählten sowohl die Araber, genannt „Mlecchas“, als auch die oft auffällig dunkelhäutigen Ureinwohner Südindiens (Dravidas).

In Japan wiederum galt schon vor vielen Jahrhunderten die Doktrin von der göttlichen Herkunft der sogenannten „Yamato-Rasse“, welche den ersten japanischen Kaiser Jimmu hervorgebracht habe, der wiederum der Ururenkel der Sonnengöttin Amaterasu-o-mi-kami gewesen sei.

Hieraus resultierte eine extrem überhebliche Einstellung gegenüber allen anderen asiatischen Völkern sowie dann später auch den Weißen. Über deren angeblich „affenartige Natur“ erschienen in Japan während des Zweiten Weltkriegs sogar „wissenschaftliche“ Abhandlungen.

Ebenso alte Wurzeln hat der Rassismus der Chinesen. Im „Reich der Mitte“ glaubte man sich stets allen anderen Völkern im Erdenrund überlegen – und viele davon galten als „unzivilisierte Barbaren“, zu denen am besten jeder Kontakt zu unterbleiben habe. Dazu zählten insbesondere andere „gelbe“ asiatische Ethnien wie die Japaner, welche von den Chinesen als „hässliche Zwerge“ betitelt wurden, und sämtliche Menschen schwarzer Hautfarbe. Die Bezeichnung für die selbigen lautete „Heigui“, was wörtlich übersetzt „Schwarzer Teufel“ oder „Schwarzer Dämon“ heißt.

Und nun erlebt diese Denk- und Sprechweise in der Volksrepublik China wieder eine Renaissance, nachdem der Rassismus zu Zeiten von Mao Tse-tung verpönt gewesen war, weil statt der Rasse die Klasse als zentrale Differenzierungskategorie zu dienen hatte. Über den neuen Trend berichten zunehmend Korrespondenten westlicher Blätter aus den verschiedensten Ecken Chinas. So unter anderem aus Guangzhou (früher Kanton), der Hauptstadt der besonders bevölkerungsreichen Provinz Guangdong.

Dort haben sich in den vergangenen Jahren Unmengen von afrikanischen Händlern niedergelassen – möglicherweise liegt deren Zahl inzwischen schon bei einigen Hunderttausend. Die Immigranten treffen nun auf mannigfache Ausprägungen des Alltagsrassismus, der gerne damit begründet wird, dass die Zuwanderer aus Ghana, Nigeria, Kamerun und anderen Staaten Afrikas „schmutzig“, „faul“ und „kriminell“ seien, was nach Meinung der meisten Bürger der Volksrepublik im Übrigen auch für die Schwarzen und Latinos in den USA gelte.

Von Barbaren und hässlichen Zwergen

Im Gegensatz dazu beschreiben sich die Chinesen selbst als „schöne, mildtätige und kluge Rasse“ mit „erstklassigen Genen“, welche „frohgemut der Welt der Zukunft“ entgegenschreite – dergestalt lautete beispielsweise das Eigenlob in einem oft gezeigten Imagefilm über das „Reich der Mitte“ heute.

Wolfgang Kaufmann

Besessene Bewältiger

Von der spukhaften Fortdauer des Nationalsozialismus

Es erscheint paradox: Je weiter das NS-Regime zurückliegt, desto eifriger wird die braune Periode „bewältigt“. Das Bedenkliche: Sollte der genaue Blick auf den Nationalsozialismus einst zum Schutze der Freiheit vor neuen Feinden dienen, führt die heutige Vergangenheitsbewältigung zunehmend zu Einschüchterung und Beflissenheit.

Je weiter das Dritte Reich zurückliegt, desto ärger treiben es die Bewältiger der Vergangenheit. 74 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus verbreiteten Spätaufklärer die Kunde: „Forscher widerlegen Mythos um Nazi-Wunderwaffe.“ Es geht um den ersten Abfangjäger mit Raketen-Antrieb, die Me 163 der Firma Messerschmitt. Die „Komet“ oder das „Kraftei“, wie man das Flugzeug auch nannte, konnte innerhalb weniger Minuten in große Höhen aufsteigen, um anfliegende Bomberverbände der Alliierten zu bekämpfen.

„Wir möchten die bis heute verbreiteten Mythen über deutsche Flugzeuge aus der Endphase des Zweiten Weltkriegs widerlegen“, so Andreas Hempfer, Kurator für historische Luftfahrt vom Deutschen Museum in München.

Eben noch gefeierter Maler fliegt aus Kanzleramt

Doch ein solcher „Mythos“ konnte in Wirklichkeit gar nicht entstehen, aus einem einfachen Grund, der selbst bei Wikipedia nachgelesen werden kann: „Eine propagandistische Ausschlachtung des Projektes im Sinne der Wunderwaffen fand nicht statt. Die Luftwaffe hielt die Entwicklung der Me 163 streng geheim.“

Unverdrossen aber bemängelt der rastlose Kurator, die „Komet“ habe großenteils aus Holz bestanden. Das war freilich längst bekannt und damals die einzig mögliche Leichtbauweise. Dies sei „für die Piloten ein extremes Sicherheitsrisiko“ gewesen. Das allerdings: Kampfflieger wagten bei jedem Einsatz Kopf und Kragen, wenn sie gegen das Bombergeschwader aufstiegen, gleichviel mit welcher Maschine.

In der Kunst wird ebenfalls weiter bewältigt. So kam „die Wahrheit“ über den Maler Emil Nolde „endgültig ans Licht“. Der „Focus“ schrieb: „Dass er ein Judenhasser und Anhänger Hitlers war, ist an sich seit Jahren bekannt.“ Doch jetzt lägen „neue Forschungsergebnisse über ihn“ vor. Die seien in einer Ausstellung im Berliner „Museum für Gegenwart Hamburger Bahnhof“ zu besichtigen. Flugs wurden zwei Bilder von „Nazi-Nolde“, die aus dem Kanzleramt für eine Ausstellung ausgeliehen worden waren, nicht wieder in dem Amt aufgehängt. Zuvor soll die Kanzlerin eine „glühende Verehrerin“ Noldes gewesen sein.

NS-Dompteure bei der Justiz müssen sich an die wenigen Greise halten, die mutmaßliche Untaten von damals überlebt haben. So hat die Staatsanwaltschaft Hamburg einen früheren Angehörigen der SS im Alter von 92 Jahren angeklagt. Er soll im Konzentrationslager Stutthof bei Danzig Wache geschoben und sich damit der „Beihilfe zu 5230-fachem Mord“ schuldig gemacht haben. Doch weil der alte Herr zur fraglichen Zeit erst 17 bis 18 Lenze zählte, muss sich der heute über 90-Jährige vor einer Jugendstrafkammer des Landgerichts verantworten.

Im Jahre 1965 hoben die Abgeordneten des Bundestages die Verjährung nationalsozialistischer Untaten auf: eigentlich ein Verstoß gegen die Menschenrechte. Laut Charta der Vereinten Nationen dürfen mutmaßliche Täter nur nach der Gesetzeslage belangt werden, die zur Tatzeit gegolten hat. Mord verjährte ursprünglich nach 20 Jahren, nicht weil man dem mutmaßlichen Mörder verzeiht. Einsichtigere Gesetzgeber wussten, dass Wahrheitsfindung nach so langer Zeit oft scheitert. In Sachen NS ist die mehrfache Frist verstrichen. Die Justiz ist nicht zuständig für Geschichtsforschung.

Solche Gesetze öffnen der Willkür Tür und Tor. Damit lässt sich jedermann nachträglich kriminalisieren. Rückwirkendes Löschen der Verjährung bringt zudem eine rechtswidrige Vorverurteilung, weil schon der Vorwurf einer NS-Täterschaft die Rechtslage des Angeklagten verschlechtert. Unentdeckte Raubmörder von 1945 waren indessen ab 1970 aus dem Schneider.

Immer dabei: Fetisch Hakenkreuz Bild: Imago images/Müller-Stauffenberg

Sich selbst hat die Justiz dabei von allen Untaten der NS-Zeit freigesprochen. Dabei hatte der Volksgerichtshof etwa 16 000 Deutsche oft wegen unbedeutender Vergehen aufs Schafott geschickt. Berüchtigt war vor allem der Präsident des ersten Senats Roland Freisler. Er starb bei einem Bombenangriff. Von allen Blutrichtern wurde einzig sein Beisitzer, Hans-Joachim Rehse, nach dem Krieg angeklagt. Doch die Kollegen vom Bundesgerichtshof sprachen ihn 1968 frei. Umso unnachsichtiger wird jetzt gegen Minderjährige von einst vorgegangen.

Trotz der spukhaften Fortdauer des Nationalsozialismus in den Köpfen der Nachkriegs-Generationen ist es den Deutschen praktisch untersagt, sich öffentlich mit dem Dritten Reich auseinanderzusetzen. Paragraph 130 des Strafgesetzbuchs bedroht „Volksverhetzung“ mit Gefängnis. Der schwammige Begriff macht alle Aussagen über die Zeit von 1933 bis 1945 zu einem Wagnis. Danach sind schon mehr Meinungs-Urteile gegen Bundesbürger ergangen als jemals in der DDR.

Die Einschüchterung wirkt: Als ehedem eine Wehrmachts-Ausstellung mit retuschierten „Dokumenten“ über Land zog, waren es ungarische und polnische Historiker, die den Schwindel aufdeckten. Erst dann trauten sich deutsche Kollegen aus der Deckung.

Bis zu fünf Jahre Haft drohen demjenigen, der den erwiesenen millionenfachen Mord an Juden öffentlich anzweifelt. Es ist jedoch nicht Sache des Gesetzgebers, eine wahrheitsgemäße Darstellung der Geschichte zu garantieren. Anders als das Bundesverfassungsgericht halten hohe Richter in Frankreich und Spanien solche Verbote für unvereinbar mit der Meinungsfreiheit. In Großbritannien und den USA erwogen die Parlamente solche Gesetze erst gar nicht.

Der Duden beschreibt Bewältigung als Ausdruck für „mit etwas Schwierigem fertig werden“. Dass die Deutschen so jemals mit dem Dritten Reich zu Rande kommen, scheint jedoch fraglich. Die Nationalsozialisten glaubten, ihr Einfluss werde 1000 Jahre währen. Vielleicht hatten sie damit gar nicht so unrecht.

Während die Deutschen noch am vergangenen Jahrhundert knabbern, ist schon neues Ungemach in Gestalt der politischen Korrektheit über ihr Land hereingebrochen. Die Plage sucht Gutmenschen mit Bürden wie Feminismus, Gender-Gaga oder Multikulti heim. Auch dabei erwiesen sich wiederum die Studierten am anfälligsten. Unerschrockene Archäologen haben es unternommen, die Vergangenheit bis in die Steinzeit zu bewältigen.

Passend zur gegenwärtigen „Willkommenskultur“ verkündeten die Forscher, schon damals sei Migration in Europa allgegenwärtig und selbstverständlich gewesen. Strontium-Isotope in Überresten des sogenannten „Mädchens von Egtved“ in einem Hügelgrab auf Jütland legten dies nahe. Beflissene Gelehrte lasen aus den Spuren, die junge Frau sei vor 3400 Jahren aus dem Schwarzwald zugewandert.

Jede Aussage zu 1933 bis 1945 wird zum Wagnis

Jetzt stellte sich heraus, dass Düngung die Chemie des Bodens verändert und so zu fehlerhaften Befunden geführt hatte. Das Gleiche gelte für die angeblich hochmobile „Frau von Skrydstrup“ aus der Zeit um 1300 vor Christus. Sie sollte von Böhmen nach Jütland emigriert sein. Wahrscheinlich sind jedoch beide im Norden geboren, wie es aussieht, und hatten ihre Heimat vermutlich nie verlassen.

Doch schon ist Ersatz für die entlarvte Migrationsmär in Sicht. Aus England kam die Nachricht, der berühmte Steinkreis von Stonehenge sei womöglich von Einwanderern aus Anatolien erbaut worden. Es wäre doch gelacht, wenn sich die „Willkommenskultur“ nicht wenigstens bis in die Bronzezeit durchdrücken ließe. *Volker Wittmann*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 25 – 21. Juni 2019

MELDUNGEN

Dom wird renoviert

Frauenburg – Auf dem Domhügel werden konservatorische Arbeiten an den Wandmalereien im Presbyterium der Kathedrale durchgeführt. Der offengelegte Verputz wurde gereinigt. Erhalten gebliebene Reste der im Mittelalter gemalten Dekoration und eingebaute schützenswerte Schränke entdeckt. Im nächsten Jahr beginnen Dacharbeiten am Dom. Im Dachgeschoss entsteht eine Ausstellung, welche die Geschichte der Kathedrale erzählen wird. *PAZ*

Veranstaltungen am Jakobsberg

Allenstein – „Das zweite Leben des Jakobsberges – Kultur im Park“, unter diesem Motto beginnt ein Zyklus von Freiluft-Veranstaltungen, die aus dem Haushalt der Stadt Allenstein finanziert werden. In dem im 19. Jahrhundert angelegten Park Jakobsberg pulsierte noch in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts das Leben. Er war ein beliebter Ort der Erholung und der Begegnungen. Über die Jahre hat er seinen früheren Glanz verloren. Jetzt wollen Idealisten ihn wiederherstellen. Organisatoren von Veranstaltungen laden zu einer neuen Szene ein. Musik im Rhythmus der 1970er Jahre unter anderem mit dem polnischen „Elvis“, Adam Galka, sollen erklingen. Abends ab 18 Uhr beginnen künftig Tanzveranstaltungen auf dem Allensteiner Park Jakobsberg. *PAZ*

»Ich bereue nichts«

Der Königsberger Journalist Igor Rudnikow saß jahrelang in Haft – Nun hat er ein Buch veröffentlicht

Die *PAZ* berichtete bereits über den Königsberger Journalisten und ehemaligen Stadtratsabgeordneten Igor Rudnikow, der am 17. Juni nach 592 Tagen Untersuchungshaft freigelassen wurde.

Inhaftierter Regimekritiker: Igor Rudnikow schrieb aus der Haft. Das Titelbild zu seinem Buch stammt von Amnesty International. Das Vorwort schrieb die Journalistin Dina Jakschina Bild: privat

Im Dezember 2017 wurde Igor Rudnikow von der Andrej-Sacharow-Jury für „handelnden Journalismus“ mit dem Preis „Für Mut“ ausgezeichnet. Am 6. Februar 2018 erkannte die Menschenrechtsorganisation „Memorial“ ihn als politischen Gefangenen an.

Vor Kurzem schrieb der Journalist hinter Gittern sitzend ein Buch, das seine Freunde unter dem Titel „Republik Königsberg“ in dem Königsberger Verlag „Wir leben“ in einer Auflage von 1000 Exemplaren herausgegeben haben.

Während der langen Zeit hinter Gittern befand Rudnikow sich in zwei Untersuchungsgefängnissen, einem in Königsberg und einem in Moskau, in dem bekannten historischen Gefängnis „Lefortowo“, in dem man zur Zarenzeit politische Verbrecher einsperrte. Dort schrieb er auch sein Buch. Der Geheimdienst FSB hatte ihn nach St. Petersburg überführt, wo die Gerichtsverhandlung stattfinden sollte.

In Königsberg fanden weiterhin Treffen und Aktionen zur Unterstützung des Journalisten statt, der beschuldigt wurde, vom General des Ermittlungskomitees 50 000 US-Dollar dafür verlangt zu haben, dass er nichts über ihn schreibe. Der General stellte Rudnikow eine Falle: Er schob dem Journalisten Dollarnoten unter, dazu noch gefälschte. Für den Besitz gefälschter Banknoten drohte ihm eine zusätzliche Haftstrafe.

Rudnikows Buch enthält zwei Novellen. Die erste heißt: „Der Schatten des Gouverneurs auf dem Berg des Königs“ und die zweite „Republik Königsberg“. Beide Novellen sind im Geiste der Phantasmagorie verfasst, einer Literaturgattung, in der sich das Reale mit dem Fantastischen verbindet, das sich aus bizarren Bildern, Visionen, Fantasien, Chaos, Verwirrung und Groteske zusammensetzt. In den Erzählungen trifft die Vergangenheit auf die Gegenwart, Tschekisten des FSB verüben einen Putsch und rufen die Republik Königsberg aus, der Chef des Königsberger FSB unterhält sich mit dem Schatten des Dichters E.T.A. Hoffmann und dessen Kater Murr, und ein junger, ehrgeiziger Gouverneur streitet mit seinem eigenen Schatten, der ihn schließlich verlässt.

Der Raum, der als Republik Königsberg bezeichnet wird, erinnert an eine gotische Horrorgeschichte und die düsteren Fantasien Hoffmanns, den russischen Satiriker Michail Saltykow-Schtschedrin, aber eher noch – an unsere gemeinsame Realität, das 21. Jahrhundert. Wie in einem Schmelztiegel vermischen sich Zeiten und Menschen, russische Geschichte und deutsche, Schwarz und Weiß, helle Tage und die Nachtwelt der Gespenster.

Wozu diese Gattung? Die bloße Tatsache der absurden Anschuldigungen hat das Genre vorgegeben. Der Autor dieser Zeilen hat das Buch in einem Atemzug in zwei Stunden durchgelesen. Vor Kurzem erreichte ihn ein Brief Rudnikows aus dem Untersuchungsgefängnis an seine Hamburger Privatadresse, mit russischen Briefmarken und der Adresse des Untersuchungsgefängnisses Nr. 1 in Kolpino bei St. Petersburg versehen. Dieser Brief zeugt von der Willenskraft des Menschen, der Überzeugung, dass am Ende die Gerechtigkeit siegt. Einige Zeilen aus dem Brief:

„Ich tue alles dafür, dass meine Gesundheit erhalten bleibt – in der Freiheit werde ich sie brauchen ... In der Zelle beschäftige ich mich ständig mit sportlichen Übungen, mache Liegestützen ... Ich bereue nichts. Im Leben gibt es harte Prüfungen. Mir tut meine Mutter Leid (Sie ist 80 Jahre alt und lebt in Lettland, E.D.). Nur vor ihr fühle ich mich schuldig. Nach einem Jahr Haft erlaubten sie mir, mit ihr zu telefonieren. Jetzt unterhalten wir uns zweimal pro Monat. Alles andere geht vorüber.“

Soweit einige persönliche Zeilen aus dem Brief. Auf der Seite der Zeitung „Novye Koljossa“, deren Chefredakteur Rudnikow war, wurde aus dem Brief Folgendes veröffentlicht:

„Ich lebe in Erwartung der Freude. Im Gefängnis hat man Zeit, über Verschiedenes nachzudenken. Und ich kann sagen, dass trotz allem, was mit der Inhaftierung in der russischen Untersuchungshaftanstalt verbunden ist – Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung, Schmutz, Demütigung und andere Einschränkungen –, ich mich immer noch als glück-licher Mensch fühle. Alles Elend und die Schwierigkeiten verblassen vor dem Gedanken an die ersten Minuten, Stunden und Tage der Freiheit. Die Vorfreude auf diesen Moment kann man unendlich genießen. Sie erhellt und erwärmt die dunkle und kalte Zelle. Man kann ständig daran denken, sich wunderbare Bilder ausmalen, Menschen treffen und umarmen, Verwandte und Freunde. Denjenigen danken, die einen in der Not unterstützt haben. Einfach durch die Stadt gehen. Natürlich weiß keiner, wann das sein wird. Aber daran, dass es so kommt, zweifle ich nicht. In meinem Herzen scheint immer die Sonne.“

Evgeny Dvoretski

Oldtimertreffen in Königsberg

Ein Ford Touring Cabrio von 1917 schaffte die weite Anreise aus der Bundesrepublik

In Königsberg hat ein internationales Oldtimer-Festival mit dem Titel „Goldener Schatten Königsbergs“ auf dem Gelände des Erholungszentrums „Königsresidenz“ stattgefunden. Die Besucher konnten sich 70 originale Oldtimer aus verschiedenen Ländern ansehen. In der Jury saß ein Experte aus Großbritannien, der Vize-Sekretär des Königlichen Automobilclubs, Micky Hart. Dieses Mal waren 159 Teilnehmer aus der Bundesrepublik, Polen, Litauen, Großbritannien, Estland, Lettland und Weißrussland gekommen. Die ältesten vorgestellten Fahrzeuge waren ein Ford Speedster von 1913 und ein Ford Touring Cabrio von 1917. Der Veranstalter der „Kaliningrad Avto-RetroClub“, stellte mehr als ein Dutzend Autos aus. Die Hälfte davon stammte aus der Vorkriegszeit.

Im Rahmen der Veranstaltung gab es eine Sonder-Ausstellung, die dem 65. Jahrestag der Fertigung des ersten „Wolga“-Automobils, eines Gaz-21, gewidmet war. Alle Modifikationen dieses Modells wurden gezeigt.

Eine große Überraschung war die Anwesenheit eines Mercedes-Benz-Cabriolets, Baujahr 1935, dessen Besitzer Stanislovas Bartkiavicius aus Kaunas stammt. Er hat das Auto von seinem Vater geerbt, der ab 1950 als Chauffeur damit gefahren war. Das Wertvollste an diesem Auto ist eine Karosserie, die vom berühmten Atelier „Erdman & Rossi“ hergestellt wurde. Es ist bemerkenswert, dass alle Hauptbestandteile des Fahrzeugs noch original sind, sie mussten trotz der enormen Kilometerleistung und des respektablen Alters nie ausgetauscht werden. Das Auto wurde schon mehrmals für Filmaufnahmen genutzt und hat schon an vielen Ausstellungen teilgenommen.

Von vielen bestaunt: Ein Ford Speedster, Baujahr 1913 Bild: J.T.

Das Programm enthielt neben der Ausstellung einen Fahrkunstwettbewerb, der in zwei Etappen stattfand. Der erste Teil bestand in einer Hindernisfahrt auf Zeit über eine bestimmte Distanz. Die Sieger wurden in sieben Gruppen ermittelt, bezogen auf das Baujahr und die Klasse der Automobile. Die zweite Etappe war ein „Wettbewerb der Eleganz“, bei dem die Teilnehmer Accessoires und Kleidungsstücke der damaligen Zeit trugen. Die Autos und ihre Besitzer, wurden anhand des Designs und des Zustands der Karosserie sowie der Kostümierung und der Melodie der Hupe bewertet.

Für 2019 hatte das Organisationsteam die Zahl der Nominierungen erhöht. Den Preis für das authentischste Auto gewann Ular Sunemaa aus Estland auf einem Ford Speedster aus dem Jahr 1913. Der Preis für den Erhalt historischer Autos und die Förderung von Oldtimern wurde an Andrzej Mushinski aus Polen mit einem Fiat 1100 verliehen. Den neuen Preis „Welt ohne Grenzen“ bekam Peter Fröhlich aus der Bundesrepublik, der mit seinem Ford Touring Cabrio, Baujahr 1917 angereist war und so den längsten Weg mit einem Auto dieses hohen Alters zurückgelegt hatte.

Das Festival endete mit einer 55 Kilometer langen Rallye auf der Strecke Königsberg–Tapiau.

Jurij Tschernyschew

Sommerfest in Heilsberg

Das Fest ist eröffnet: LO-Sprecher Stephan Grigat (l.) und Edyta Gladkowska vom Verbindungsbüro der LO in Allenstein, begrüßen die Gäste Bild: privat

Das diesjährige Sommerfest der deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen fand am 15. Juni statt. Zum ersten Mal wurde als Austragungsort Heilsberg gewählt. Die Veranstaltung begann mit einem ökumenischen Gottesdienst. Das Publikum wurde nicht nur vom Vertreter des Veranstalters, Heinrich Hoch, sondern unter anderem auch von dem Heilsberger Bürgermeister, Jacek Wisniowski, und dem Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, begrüßt. Anschließend präsentierten sich in dem schönen Ambiente des Amphitheaters neben der Ordensburg die Chöre und Musikgruppen der Deutschen Minderheit sowie Gäste aus Königsberg und die polnische Volkstanzgruppe „Ermlands Perle“ aus Heilsberg. Eine ausführliche Berichterstattung erfolgt in der kommenden Ausgabe der *PAZ*.

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Eder, Erna, geb. **Scheidemann**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Droste, Werner, aus Montzen, Kreis Lyck, am 27. Juni
Henseleit, Irmgard, geb. **Osten**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Juni
Maslo, Hedwig, geb. **Masurek**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 22. Juni
Rogalla, Johanna, geb. **Sobottka**, aus Binien, Kreis Lyck, am 23. Juni
Rupsch, Herta, geb. **Grigull**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 24. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Büdenhölzer, Erna, geb. **Kaspereit**, aus Wehlau, am 22. Juni
Drenske, Gertrud, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 21. Juni
Habedank, Heinz, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 26. Juni
Heyna, Herta, geb. **Dombrowski**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 25. Juni
Kraska, Hanna, geb. **Heise**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 12. Juni
Kuchen, Frieda, geb. **Komossa**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 25. Juni
Lyhs, Ruth, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 24. Juni
Meyer, Edeltraut, geb. **Gehra**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 77, am 24. Juni
Preiß, Ella, geb. **Palm**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 22. Juni
Preuß, Harald, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 27. Juni
Sill, Eva, geb. **Koschorreck**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 25. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fröhlich, Bruno, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 22. Juni
Geiger, Rotraut, geb. **Kessler**, aus Mülsen, Kreis Fischhausen, am 17. Juni
Hähne, Brunhilde, geb. **Ziehe**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 27. Juni
Kiefer, Willi, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 8. Juni
Krings, Inge, geb. **Rogge** aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Juni
Miller, Erika, geb. **Schiemann**, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 21. Juni
Ogilvie, Annemarie, geb. **Pilz**, aus Haselberg, Kreis Schloßberg, am 22. Juni
Philipp, Elfriede, geb. **Fuchs**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 26. Juni
Priewe, Heinz Walter, aus Ortelsburg, am 27. Juni
Simader, Charlotte, geb. **Loch**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 24. Juni
Stinka, Heinrich, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 24. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Barkowski, Eva, geb. **Kledewski**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 25. Juni
Fischer, Hedwig, aus Lisken, Kreis Lyck, am 22. Juni
Pietrzik, Traute, geb. **Liebergesell**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 21. Juni
Pohner, Evemarie, geb. **Block**, aus Lyck, Lycker Garten 16, am 26. Juni
Poschadel, Irmgard, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 26. Juni
Rokitta, Erika, geb. **Magdowski**, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 26. Juni
Schulz, Marianne, geb. **Schiele**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Juni
Tomkowitz, Elfriede, geb. **Samotia**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 27. Juni
Traube, Karen, aus Woydiethen, Kreis Fischhausen, am 23. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dahlke-von Terzi, Susanne, geb. **von Terzi**, aus Lyck, am 25. Juni
Eggert, Edith, geb. **Schernack**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 27. Juni
Glaubitz, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. Juni
Heinrichs, Hildegard, geb. **Gerdes**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 27. Juni
Kichenberger, Luise, geb. **Jakubczyk**, aus Lyck, Hindenburgstraße 16, am 25. Juni
Lorenz, Alice, geb. **Bergau**, aus Barthenen, Kreis Fischhausen, am 15. Juni
Neckel, Gerda, geb. **Gollub**, aus Treuburg, am 21. Juni
Rusch, Hans-Joachim, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 23. Juni
Schumann, Hildegard, geb. **Pietsch**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 21. Juni
Weiß, Frieda, geb. **Kledtke**, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 26. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Birr, Herta, geb. **Sczesny**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. Juni
Habedank, Walter, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 24. Juni
Herrmann, Hans Horst, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 23. Juni
Hummelmeier, Hedwig, geb. **Wolff**, aus Polennen, Kreis Fischhausen, am 26. Juni
Körber, Irmgard, geb. **Smorra**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 25. Juni
Krusche, Toni, geb. **Frenkler**, aus Grünhof-Kippen, Kreis Elchniederung, am 26. Juni
Rolfes, Lotte, geb. **Fidorra**, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg, am 25. Juni
Schiffke, Alfred, aus Bludau, Kreis Fischhausen, am 3. Juni
Schulz, Erna, geb. **Baussus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Juni
Treßelt, Gertrud, geb. **Boersch**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 25. Juni
Windelbandt, Ingeborg, geb. **von Bock**, aus Diewens, Kreis Fischhausen, am 1. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bohl, Elfriede, geb. **Klein**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 27. Juni
Cordes, Lydia, geb. **Hensel**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 24. Juni
Fleischer, Ursula, geb. **Imhof**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 21. Juni
Hertam, Gertrud, geb. **Beyer**, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 21. Juni
Kleinert, Hildegard, geb. **Danowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 26. Juni
Neumann, Horst, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 23. Juni
Piepho, Hanna, geb. **Jablonowski**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 21. Juni
Schwiering, Irmtraut, geb. **Broszewski**, aus Treuburg, am 27. Juni
Torner, Horst, aus Lyck, Thorner Straße 1, am 23. Juni
Wiacek, Ruth, geb. **Piotrowski**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni
Will, Lothar, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 24. Juni
Zachris, Werner, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 22. Juni
Zilinske, Berta, geb. **Launert**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Buhr, Irmgard, geb. **Federmann**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 20. Juni
Dibowski, Ewald, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni
Eckhardt, Christel, geb. **Tausendfreund**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 22. Juni
Flemig, Gerda, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 26. Juni
Grünberg, Elisabeth, geb. **Falk**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 27. Juni
Guse, Elly, geb. **Petermann**, aus Neplecken, Kreis Fischhausen, am 1. Juni
Hagge, Helga, geb. **Ewert**, aus Wehlau, am 22. Juni
Krüger, Waltraud, geb. **Goetzie**, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 22. Juni
Plumm, Bernhard, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 3. Juni
Radler, Inge, geb. **Joswig**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 24. Juni
Schnakowsky, Margarete, geb. **Lissek**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juni
Schock, Manfred, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 19. Juni
Schumann, Edeltraut, geb. **Grieser**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 11. Juni
Theweleit, Reinhold, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 26. Juni
Wagner, Ilse, geb. **Trocka**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni
Willert, Walli, aus Voerde, am 25. Juni
Winkelmann, Helmut, aus Lyck, Steinstraße 5, am 26. Juni
Zardo, Dorothea, geb. **Weidlich**, aus Lyck, am 21. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ahlborn, Inge, geb. **Hensel**, aus Lyck, am 27. Juni
Andrioff, Lieselotte, geb. **Preuss**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 22. Juni
Bähnk, Hannelore, geb. **Weichhaus**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 22. Juni
Birmes, Ursula, geb. **Kähler-Radtke**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 27. Juni
Braatz, Marga, geb. **Templin**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 22. Juni
Brandt, Christel, geb. **Beroleit**, aus Deeden, Kreis Ebenrode, am 23. Juni
Eichholz, Karl-Heinz, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 24. Juni
Fleischmann, Siegfried, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 27. Juni
Golka, Edeltraud, geb. **Kassner**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 22. Juni
Haar, Elisabeth, geb. **Zielke**, aus Tenkitten, Kreis Fischhausen, am 13. Juni
Harling, Gisela, geb. **Nehm,** aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 18. Juni
Hornschuh, Margarete, geb. **Rosinski**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 24. Juni
Kallweit, Alfons, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 22. Juni
Klemens, Elfriede, geb. **Embacher**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 21. Juni
Knauff, Anneliese, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 26. Juni
Kolpatzik, Dr. med. Horst, aus Prostken, Kreis Lyck, am 26. Juni

Anzeige

Liebe Mama, lieber Papa
(Hannelore & Heinz Milewski),
herzlichen Glückwunsch zu Eurer
Diamantenen Hochzeit
alles Liebe und viel Gesundheit!
Eure Kinder Eckhard & Ellen sowie Familien
Kruge, Brandenburg

Langrock, Hannelore, geb. **Prill**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 23. Juni
Leyk, Evamaria, geb. **Weyher**, aus Muschak, Kreis Neidenburg, am 21. Juni
Mäcker, Christel, geb. **Klein**, aus Fischhausen, am 22. Juni
Marquardt, Manfred, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 26. Juni
Marweg, Lieselott, geb. **Herrmann**, aus Lyck, am 24. Juni
Müller, Hilda, geb. **Urban**, aus Langenberg, Kreis Elchniederung, am 26. Juni
Orlick, Johanna, geb. **Jortzik**, aus Grabnick Kreis Lyck, am 21. Juni
Pautz, Kurt, aus Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. Juni
Postel, Ingrid, geb. **Meinekat**, aus Tenkitten, Kreis Fischhausen, am 16. Juni
Riske, Hildegard, geb. **Napierski**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 21. Juni
Rogalski, Elisabeth, geb. **Slopianko**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 22. Juni
Schley, Herta, geb. **Steinke**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 21. Juni
Schmidt, Luise, geb. **Loeper**, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 22. Juni
Schock, Klaus, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 5. Juni
Schultz, Otto-Ehrhardt, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 24. Juni
Stein, Werner, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 24. Juni
Tietgen, Waltraud, geb. **Boguschewski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 27. Juni
Ullrich, Charlotte, geb. **Cziehso**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 23. Juni
Warnkens, Karl, aus Bremen, KG Bremen, am 21. Juni
Wilkes, Elli, aus Muschak, Kreis Neidenburg, am 21. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Daschkey, Ingobert, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. Juni
Fink, Hannelore, geb. **Grzywatz**, aus Treuburg, am 25. Juni
Fredenburg, Dorothea, geb. **Wichmann**, aus Heiligenkreutz, Kreis Fischhausen, am 3. Juni
Fricke, Vera, geb. **Michalski**, aus Compehnen, Kreis Fischhausen, am 13. Juni
Funke, Irmgard, geb. **Schneidereit**, aus Corben, Kreis Fischhausen, am 13. Juni
Galka, Emil, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 26. Juni
Giessing, Dr. med. Widbert, aus Medenau, Kreis Fischhausen, am 16. Juni
Glasow, Günther **von**, und Ulrike, geb. **von Glasow**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 23. Juni
Hoechst, Roderich, aus Ebenrode, am 23. Juni
Kischnick, Gunda, geb. **Schrader**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 26. Juni
Klie, Anita, geb. **Schmidtke**, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 18. Juni
Knizia, Günter, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. Juni
Kremer, Inge, geb. **Bednarz**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 22. Juni
Mai, Klaus, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 24. Juni
Meier, Jörn, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 26. Juni
Meiser, Hans, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 23. Juni
Meyer, Rosemarie, geb. **Pusch**, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 10. Juni
Müller, Helga, geb. **Passargus**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 22. Juni
Perrey, Helmut, aus Wirbeln, Kreis Ebenrode, am 21. Juni
Peterson, Hartmut, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 21. Juni
Pinkert, Edda, geb. **Heer**, aus Rautenberg, Kreis Tilsit-Ragnit, am 25. Juni
Radzio, Siegfried, aus Treuburg, am 21. Juni
Richter, Elsbeth, geb. **Gronwald**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 26. Juni
Saxarra, Inge, geb. **Ollech**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 27. Juni
Schultz, Ingrid, geb. **Herbst**, aus Ebenrode, am 23. Juni
Seidl, Brigitte, geb. **Gronau**, aus Geidau, Kreis Fischhausen, am 15. Juni
Sperling, Irma, geb. **Rilat**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 25. Juni
Voos, Irma, geb. **Köhn**, aus Wehlau, am 27. Juni
Webelhorst, Hildtrud, geb. **Hoffmann**, aus Regehnen, Kreis Fischhausen, am 11. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Genee, Baldur, aus Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 27. Juni
Klostermeyer, Renate, geb. **Kratel**, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 24. Juni
Koslowski, Gerhard, aus Treuburg, am 21. Juni
Kowalzik, Helmut, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 23. Juni
Krall, Ingrid, geb. **Habedank**, aus Lyck, am 21. Juni
Licht, Frank, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 26. Juni
Lindemann, Iris, geb. **Schröder**, aus Klein Norgau, Kreis Fischhausen, am 11. Juni
Lindner, Renate, geb. **Weichert**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 25. Juni
Müller, Elke, geb. **Hinterthan**, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 21. Juni
Petri, Elfriede, geb. **Mielewski**, aus Soltmahnen, Kreis Lyck, am 23. Juni
Salewski, Reinhold, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 25. Juni
Stankewitz, Heinz, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 25. Juni
Trusch, Dr. Ursula, geb. **Trusch**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 16. Juni
Werner, Helmut, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 24. Juni

TERMINE DER LO

21. bis 23. Juni: 7. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Zusendungen für Ausgabe 27

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 27/2019 (Erstverkaufstag: 5. Juli) bis spätestens Mittwoch, 26. Juni an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Anzeige

Sonderzugreisen nach Masuren - Königsberg - Danzig
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

Kreisgemeinschaft ALLENSTEIN e.V.

Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Patenanschrift: Gemeindeverwaltung Hagen a.T.W., 49170 Hagen a.T.W., Schulstraße 7

Kreisversammlung

Die Wahl zur neuen Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. (Stadt und Land) im März 2019 hat 24 Kandidaten erbracht, und zwar 16 vom Land- und acht vom Stadtkreis. Nach Einholung juristischen Rates kamen am 1. Juni 2019 acht gewählte Kreistagmitglieder zur eingehenden Beratung zusammen. Einstimmig wurde beschlossen: Allen 24 Gewählten ist das Abstimmungsergebnis bekanntzugeben mit der Bitte um Äußerung, ob sie die Wahl annehmen. Zugleich sind alle 24 unverzüglich schriftlich unter Beifügung einer Tagesordnung gemäß § 9 Absatz 5 der neuen Vereinssatzung einzuladen zu der außerordentlichen Kreisversammlung am 29. Juni, 10 Uhr in das Rathaus Hagen am Teutoburger Wald, Schulstraße 7, 49170 Hagen. Die Tagesordnung verhält sich vornehmlich zum Thema Vorstandswahlen (vertretungsberechtigter, geschäftsführender und erweiterter Vorstand). Das wird zur Handlungsfähigkeit der neuen Kreisgemeinschaft, die inzwischen gerichtlich eingetragen ist, ihre Gemeinnützigkeit erlangt hat und über ein neues Konto verfügt, dringend erforderlich.

Horst Tuguntke, Pressereferent,
Artur Korczak, gerichtlich eingetragenes vertretungsberechtigtes Vorstandsmitglied

ANGERBURG

Kreisvertreter (komm.): Brigitte Junker Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Geschäftsstelle geschlossen

Sommerzeit ist Urlaubszeit. Die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Angerburg in Rotenburg (Wümme) ist aus diesem Grunde vom 17. bis zum 27. Juni geschlossen. Ab dem 1. Juli sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle wieder zu den gewohnten Zeiten zu erreichen. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Heimattreffen

Winsen/Luhe – Sonnabend, 22. Juni, Brasserie am Schloß, Rathausstraße 5, 21423 Winsen/Luhe: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Ebenrode mit Schloßberg, Hamburg und Niedersachsen.

9.30 Uhr: Kranzniederlegung mit Andacht durch Superintendent Brandt am Ehrenmal auf dem Waldfriedhof Lüneburger Straße. 10.30 Uhr: Gedenkstunde in der Brasserie am Schloß, Vortrag von Christopher Spatz, Bremen: „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußische Hungerkinder in Litauen.“ 12 bis 14 Uhr: Zeit für Mittagessen und Gespräche, 14 Uhr: Mitgliederversammlung, ab 16 Uhr: Öffnung der Heimatstube, Rote Kreuz Straße 6. Wer kann, muss kommen.

HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Sitzung

Burgdorf – Freitag, 21., bis Sonntag, 23. Juni, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf, Telefon (05136) 88790, E-Mail: info@hotel-gasthaus-haase.de: Kreistags- und Vorstandssitzung.

INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe

Sachsen – Sonnabend, 22. Juni, 14 Uhr, DRK-Begegnungsstätte Eschenweg 60, 08060 Zwickau OT Marienthal: Gedichte und Geschichten von Frieda Jung. Nähere Informationen: Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.

MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Sommerfest

Simnau – Sonnabend, 22. Juni:. Sommerfest der Deutschen Bevölkerung „Herder“.

NEIDENBURG

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal - Börry, Telefon (0171) 7086334.

Jubiläum Deutscher Verein

Neidenburg – Sonnabend, 29. Juni, Schloßpark am Schloßteich: Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen des Vereins der Deutschen Minderheit in Neidenburg. Die Deutsche Minderheit freut sich über jeden Besucher aus Deutschland, denn zahlreiche Besucher aus Deutschland bekunden den gebührenden Stellenwert des Vereins in Neidenburg. Eine Reisegruppe aus Deutschland wird mit dem Flugzeug anreisen, um an der Veranstaltung teilzunehmen.

PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Kreisblatt

Liebe Kreis-Preußisch-Eylauer, das neue Kreisblatt ist erschienen. Wer es nicht bekommen hat, kann es unter der obigen Adresse anfordern. Frank Steinau hat wieder einen bunten Strauß von Interessantem für jeden Leser zusammengestellt, mit guten Fotos. Besonders hinweisen möchte ich diesmal auf die Themen Archivierung, Spurensuche und neue Verfassung der Kreisgemeinschaft.

Dass die professionelle Archivierung zurzeit unsere wichtigste Aufgabe ist, kommt in mehreren Beiträgen zum Ausdruck. Aufzeichnungen von Erinnerungen sind wichtig, genügen aber allein nicht. Sie müssen auch gesichert werden. Bitte senden Sie ihre schriftlichen, bildlichen und gegebenenfalls auch akustischen Dokumentationen – möglichst digital – umgehend an die Kreisgemeinschaft. Es ist leider oft genug vorgekommen, dass sorgfältige, umfangreiche Berichte im Papiermüll landeten, weil durch plötzliche Erkrankung oder Tod kein anderer von ihnen wusste. Die stellvertretende Vorsitzende der Kreisgemeinschaft, Christine Bilke-Krause, hat sich dankenswerter Weise der Mammutaufgabe gestellt, die in den letzten Jahren eingegangenen Dokumente in das von Manfred Groß begründete Archiv einzufügen. Sie zitiert und kommentiert als Beispiel die gebundene und reich bebilderte, 129 Seiten starke Autobiographie „Flucht vor der Erinnerung“ von Herbert Ley.

Immer wieder notwendig, gerade auch für die nachrückenden Generationen, ist es, das Land unserer Herkunft – im Wortsinn – zu erfahren. Rein theoretische Kenntnis genügt nicht. In ihrem Beitrag „Spurensuche“ beschreibt Ulrike Marx eine solche Reise, aber bietet auch gleichzeitig Hilfe bei der Organisation einer Reise in das Königsberger Gebiet an.

Die Kreisgemeinschaft hat eine neue Verfassung. Anstelle der bisherigen „Delegiertenversammlung“ ist das oberste Beschlussorgan jetzt, unmittelbar legitimiert, die Versammlung der Mitglieder. Sie können also alle mitdiskutieren und mitbestimmen. Die neue Satzung und das Programm des Kreistreffens im September sind dem Heft beigefügt. Kommen Sie nach Verden. Zunächst gelten alle Bezieher des Kreisblatts als Mitglieder. Das Weitere ergibt sich aus der Satzung. Bringen Sie viele, möglichst jüngere, an unserer Aufgabe interessierte Angehörige und Bekannte mit. Der amtierende Vorstand (im September ist ein neuer zu wählen) freut sich auf Ihr Kommen. *ML*

TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Versammlung

Bad Sassendorf – Sonnabend, 31. August, 14 Uhr, Hotel Haus Rasche, Wilhelmstraße 1, 50505 Bad Sassendorf, Telefon (02921) 55501: Mitgliederversammlung mit Wahl des neuen Kreistags.

Tagesordnung:

TOP 1: Eröffnung der Mitgliederversammlung und Begrüßung durch den Kreisvertreter;

TOP 2: Totenehrung;

TOP 3: Wahl des Versammlungsleiters;

TOP 4: Wahl des Protokollführers;

TOP 5: Vorstellung der Tagesordnung durch den Versammlungsleiter;

TOP 6: Bericht des Kreisvertreters;

TOP 7: Bericht des Schatzmeisters;

TOP 8: Bericht des Dateiverwalters;

TOP 9: Vorstellung des Wahlablaufs durch den Versammlungsleiter;

TOP 10: Wahl der Mitglieder des neuen Kreistags für die Wahlperiode 2019 bis 2023.

Der Kreistag besteht aus maximal 21 Mitgliedern, das sind die Kirchspielvertreter und die sogenannten weiteren Vertreter. Zur Wahl stehen Vertreter für die meisten der folgenden Kirchspiele: Altenkirch, Argenbrück, Breitenstein, Groß Lenkenau, Hohensalzburg, Königskirch, Rautenberg, Sandkirchen, Schillen, Trappen, Ragnit-Land/Tilsit-Land, Neuhof-Ragnit und Ragnit-Stadt. Die Kirchspiele Argenbrück und Sandkirchen werden zurzeit nicht betreut.

Als sogenannte weitere Vertreter sollen gewählt werden: der Kreisvertreter, der Geschäftsführer und Verwalter der Homepage, der Schatzmeister, der Schriftleiter und Beauftragte für die Öffentlichkeitsarbeit, der Protokollführer, der Beauftragte für die Chronik und das Archiv, der Beauftragte für die Dateiverwaltung und die Betreuerin/der Betreuer der Heimatstube. Kreistagsmitglieder können mehrere Ämter innehaben.

Wahlvorschläge zum neuen Kreistag sind bis zum 30. Juni an den Kreisvertreter einzureichen. Dem Wahlvorschlag muss eine vom vorgeschlagenen Kandidaten unterschriebene Einwilligungserklärung beiliegen.

Der Wahl schließt sich die konstituierende Sitzung des neu gewählten Kreistags an.

Nach dem gemeinsamen Abendessen ist ein gemütliches Beisammensein geplant.

Dieter Neukamm

WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vorsitzernder (komm.): Uwe Koch, Schobüller Straße 61, 25713 Husum. Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Heimatbrief

Beim Versand des aktuellen Heimatbriefes Nummer 101 fehlt die „Adressnummer“ des Empfängers auf dem Überweisungsträger, sodass eingehende Spenden nicht zugeordnet werden können, wenn nicht der Spender seinen Wohnort auf der Überweisung selbst vermerkt. So die eingehende Bitte: Geben Sie bitte Ihre Adresse als Verwendungszweck mit an.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219. Sprechstunde nach Vereinbarung.

Landesgruppe – Sonnabend, 22. Juni, 14 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, Stuttgart: 5. Kulturtagung der Landsmannschaften Ostpreußen mit Memel, Westpreußen mit Danzig, Pommern, Weichsel-Warthe, Deutsch-Balten. – Mittwoch, 26. Juni, 18 Uhr, Parkhotel Pforzheim, Deimlingstraße 36: 145. Preußische Tafelrunde Pforzheim. Hierzu laden die Landesgruppe Baden-Württemberg e.V. und die Landsmannschaft Ost-/Westpreußen Kreisgruppe Pforzheim/Enzkreis im BdV ein. Nach einem gemeinsamen ostpreußischen Abendessen referiert Bärbel Beutner aus Unna über „Fanny Lewald – eine ostpreußische Schriftstellerin und Kämpferin für Frauenbildung und Frauenemanzipation“. Für das Abendessen sind 22 Euro zu überweisen an: LM Ostpreußen, Landesgruppe, IBAN: DE39 6425 1060 0000 1332 21, BIC: SOLADES1FDS. Anmeldungen an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093 oder E-Mail: uta.luettich@web.de

Reutlingen – Sonnabend, 22. Juni, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Wernerstraße 6A: Heimattreffen. Vor nun fast 75 Jahren mussten die ersten Ostpreußen ihre geliebte Heimat und alles, Hab und Gut zurücklassen. Eine lange, sehr schwere Flucht begann. Es war ein Abschied ohne Wiederkehr. Auch nach über 70 Jahren sind die Heimatkreisvertreter bemüht, Kultur, Sitten und Gebräuche den Landsleuten in Erinnerung und wach zu halten. Denn unsere Heimat hat an Kultur und Schönheit des Landes sehr viel zu bieten. So lautet das Motto unserer Veranstaltung: Trakehner von A bis Z.

Es konnte ein Referent gewonnen werden, der seine Liebe, sein Wissen über Pferde, besonders über die Trakehner und damit über das Ursprungsland – unser Ostpreußen – in Bild und Wort wiedergeben kann. Heimatliche Orte und Landschaften kommen in Erinnerung und werden unsere anwesenden Landsleute und Gäste ansprechen. Die Vorbereitungen von Herrn Rein, Herrn Jermann und Ilse Hunger laufen an. Auch eine kleine Ausstellung von Originalausrüstungen des Trakehner Pferdes ist vorgesehen.

Gedichte passend zum Vortrag erfolgen.

Wir beginnen aber wie gewohnt mit Kaffee und Kuchen, das „Jabbern“ soll auch nicht zu kurz kommen.

Sollte jemand aus gesundheitlichen Gründen nicht eigenständig kommen können, bitte anrufen unter Telefon (07121) 52541, wir holen Sie ab.

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 21. Juni, 19 Uhr, Hotel Gasthof Krone, Saal, Gunzenhausen: Heimatliches Essen „Lachs-Tartar auf Kartoffelpuffer“, anschließend „Neue Lichtbilder aus Ost- und Westpreußen“ ein Reisebricht von Jürgen Danowski.

Ansbach – Sonnabend, 22. Juni, 15 Uhr, Orangerie: „Gedenktage“ mit Beiträgen aus Pommern, Ost- und Westpreußen. Anmeldungen bei Heide Bauer, Telefon (0981) 85425.

Nürnberg – Dienstag, 25. Juni, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser, Ende der U1 gegenüber: Treffen zum Thema „Ernst Theodor Amadeus Hoffmann, der Dichter, Tonkünstler, Kapellmeister, Maler und Gerichtsrat aus Königsberg“. Landsleute aus Pommern sowie Gäste herzlich willkommen.

Weiden – Beim Heimatnachmittag im Café Mitte am Stockerhutpark konnte der 1. Vorsitzende Norbert Uschald wieder viele Landsleute und Gäste willkommen heißen. Danach wurden die Heimatlieder „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gesungen.

Im Anschluss daran gratulierte die Kassiererin Ingrid Uschald den Geburtstagskindern des Monates Juni.

Der Vorsitzende ging auf das Pfingstfest und seine Bedeutung ein und berichtete danach auch

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Des Kaisers Keramik

Cadiner Majolika

Im Jahre 1898 erwarb Wilhelm II. das Gut Cadinen, im Kreis Elbing am Frischen Haff gelegen. Dort bestand schon eine Tonröhren- und Backsteinproduktion aus dem lokal anstehenden Ton. Wohl 1902 begann man mit der Herstellung von Kunstkeramik, nach einer kurzen Testphase wurden 1904 die Königlichen Majolikawerkstätten gegründet. Der Kaiser bestimmte vielfach selbst das Produktionsprogramm.

Entsprechend damaliger Mode entstanden Geschirre und Figuren nach historistischem Geschmack, besonders Nachbildungen nach der Antike und der italienischen Renaissance mit ihrer Keramik, der Majolika, die dem ganzen Unternehmen ihren Namen gab. Es gab aber auch Arbeiten nach Entwürfen im Jugendstil. Als zweite bedeutende Abteilung entstand die Baukeramik, die zumeist in den Formen der Neurenaissance Wandgestaltungen lieferte und Fliesenbilder. Wilhelm II. versuchte, mit diesen Dekorationskeramiken, die vielfach in öffentlichen Gebäuden zum Einsatz kamen, zur Geschmacksbildung des Volkes beizutragen.

Typisches Dekor im Stil der italienischen Majolika der Renaissance: Wandteller mit Pfauenmotiv, Cadinen um 1910. Ein Geschenk des Fördererkreises Ostpreußisches Jagdmuseum an das Ostpreußische Landesmuseum Bild: Ostpreußisches Landesmuseum

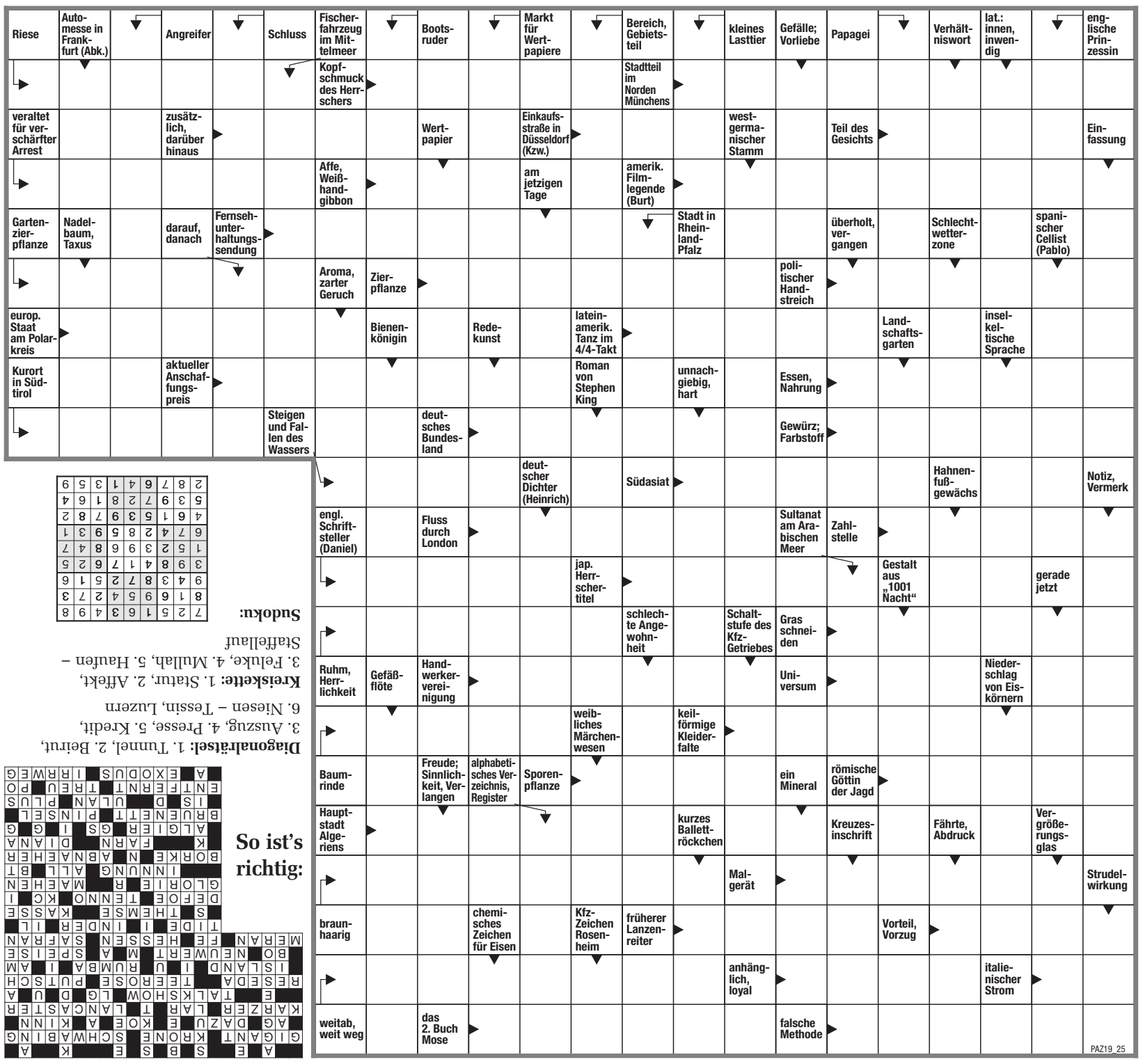
Tierplastiken gehörten zu den besonders beliebten Cadiner Keramiken in den 1930er Jahren: Saufender Schimmel, Entwurf Albert Hinrich Hussmann, Cadinen um 1935 Bild: Ostpreußisches Landesmuseum

Nach 1918 setzte man die Herstellung von Gefäßen, Geschirren und Kleinplastiken fort. Als Besonderheit kamen Kachelöfen nach alten Vorbildern hinzu, Baukeramik nach modernen Entwürfen wurde später ebenfalls wieder geliefert. Ab Ende der 1920er Jahre wurde im Gefäßdekor die Farbkombination kobaltblau–rot–gold besonders charakteristisch für Cadiner Geschirre. Formen und Dekore der Cadiner Produktion orientierten sich in den 1920er und 30er Jahren weitgehend am Jugendstil und der expressiven Ornamentik. Als erfolgreiche Sparte entstand um 1930 eine rege Tierfigurenherstellung.

Wilhelm hatte auch aus dem Exil noch ein besonderes Auge auf die Cadiner Keramik und ließ sich weiterhin die neuen Entwürfe zur Genehmigung vorlegen. Hatte man nach 1918 vorübergehend das ursprüngliche Cadiner Manufakturzeichen, den Schriftzug CADINEN unter der Kaiserkrone, ersetzt, so kam es im Laufe der 1920er Jahre wieder in Gebrauch und galt bei manchen Käufern nicht zuletzt als ein Bekenntnis zum vormaligen Kaiserhaus. Neben der Kunstkeramik lief auch die Tonziegelproduktion weiter. 1936 entstand eine vollautomatische Klinkerfabrik. Die Keramikherstellung des Cadiner Stils endete mit dem Kriegsende 1945.

Später wurde polnischerseits die Baustoffherstellung wiederaufgenommen, vorübergehend auch eine einfache Keramikproduktion, vor allem für den Wiederaufbau von Danzig. Eine kurzzeitige Kunstkeramikherstellung konnte in Bedeutung und Qualität nicht an den Vorkriegsstand anschließen. Heute sind die Fabrikationsgebäude verlassen und in starkem Verfall begriffen. Die Cadiner Keramik hingegen ist ein besonders in Deutschland und Polen beliebtes Sammelgebiet für Spezialisten geworden. Die zu erzielenden Antiquitätenpreise locken auch schon lange zur Herstellung von Fälschungen. *Jörn Barfod*

Dr. Jörn Barfod ist Kustos am Ostpreußischen Landesmuseum.

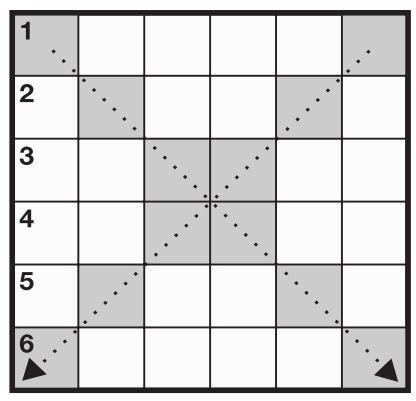


Sudoku

			1		3			
8		6				2		3
	4		8	7	2		1	
		8	4		7	6		
		2				8		
		4	2		5	9		
	6		5	3	9		8	
5		9				1		4
			6		1			

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



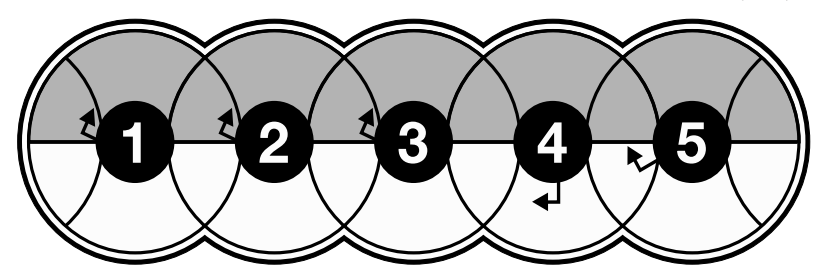
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Kantone der Schweiz.

1 unterirdischer Gang
2 Hauptstadt des Libanon
3 ausgewählte Stelle aus einem Buch
4 Zeitungswesen
5 Darlehen
6 Erkältungserscheinung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine leichtathletische Disziplin.

1 körperliche Erscheinung, **2** heftige Gefühlsregung, **3** Küstenfahrzeug des Mittelmeers, **4** Titel islamischer Geistlicher, **5** Menge, große Anzahl (ugs.)



Sudoku:

7	2	5	1	6	3	4	9	8
8	1	6	9	5	4	2	7	3
9	4	3	8	7	2	6	1	6
3	9	8	4	1	7	6	2	5
1	5	2	3	9	6	8	4	7
6	7	4	2	8	5	9	3	1
4	6	1	5	3	9	7	8	2
5	3	9	7	2	8	1	6	4
2	8	7	6	4	1	3	5	9

Kreiskette: 1. Statur, 2. Affekt, 3. Feluke, 4. Mullah, 5. Haufen – Staffellauf

Diagonalrätsel: 1. Tunnel, 2. Beirut, 3. Auszug, 4. Presse, 5. Kredit, 6. Niesen – Tessin, Luzern

So ist's richtig:

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 15

vom Brauchtum der Sonnwendfeuer und Johannifeiern.

Er erklärte, wie sich dazu im Laufe der Zeit die Traditionen und Bräuche unserer Vorfahren entwickelt haben und alte heidnische Feste häufig im christlichen Sinne umgedeutet wurden.

Anita und Norbert Uschald sorgten für die musikalische Unterhaltung spielten bekannte Lieder und Weisen.

Im Anschluss daran trug Ingrid Uschald ein zur Jahreszeit passendes Gedicht vor.

Eine Anekdote über die Christianisierung der preußischen Samländer durch den Deutschen Orden, vorgetragen durch den Vorsitzenden, bildete den nächsten Programmpunkt der Versammlung.

Mit dem Lied „Kein schöner Land“ verabschiedete man sich schließlich.

Erst nach der Sommerpause findet der nächste Heimatnachmittag am Sonntag, den 1. September um 14.30 Uhr im Café Mitte statt.

Zuvor trifft man sich aber noch am 22. Juni zum Gartenfest bei Familie Uschald.

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN

Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 22. Juni, 13 Uhr, neue Adresse: Galija am Schloß, Otto-Suhr-Allee 139, 10585 Berlin: Treffen. Anfragen: Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.

BREMEN

Bremen – Donnerstag, 27. Juni, 18 Uhr, Wallsaal der Stadtbibliothek Bremen, Am Wall 201, 28195 Bremen: Buchvorstellung „Vilius Karalius“ von Ieva Simonaityte. Der Übersetzer Markus Roduner wird begleitet von Roland Begenat, aus einer memelländischen Familie stammender Kulturwissenschaftler, der das Vorwort des Buches verfasst hat. Bestens vertraut mit der im Roman beschriebenen stark pietistisch geprägten Kultur der Handelnden wird er den Vortrag moderieren. Der Eintritt ist frei.

Im Juni möchten wir uns wieder einmal dem Memelland widmen. Im Besonderen soll es dabei um die Bevölkerungsgruppe gehen, die sich selbst als litauisch verstand. Ernst Wichert, 1831 in Insterburg geboren, Kreisrichter in Prökuls (nicht zu verwechseln mit dem viel bekannteren masurischen Schriftsteller Ernst Wiechert), hat seine Erlebnisse und Eindrücke mit diesen Menschen in seinen bekannten „Litauischen Geschichten“ für die Nachwelt erhalten. Unter dem gleichen Titel veröffentlichte auch Hermann Sudermann eine Beschreibung dieser Bevölkerungsgruppe, die zwar litauisch sprach, aber im Unterschied zu den Menschen in Groß-Litauen evangelischen Glaubens war.

In der Landesgeschichte Ostpreußens heißt es oft, das litauische Volkstum dieser Menschen sei untergegangen oder im deutschen Volkstum aufgegangen. Ulla Lachauer hat mit ihrer „Paradiesstraße“ bereits gezeigt, dass diese Annahme nicht richtig ist. Die Lebenserzählung der Lena Grigoleit war der lebende Beweis, dass es im Memelland bis vor Kurzem deutsch und litauisch geprägte Menschen gab, die dort in langer Generationenfolge in friedlicher Nachbarschaft miteinander gelebt haben.

Zu ihnen gehörte Ieva Simonaityte, eigentlich: Eva Simoneit; geboren 1897 in Wannaggen bei Prökuls, Kreis Memel, gestorben 1978 in Wilna. Sie wurde als nichteheliche Tochter des Bauern Jurgis Stumbra geboren, bei dem ihre Mutter Etme Simonaite in Stellung war.

Seit dem Alter von fünf Jahren litt sie an Tuberkulose. Deswegen konnte sie nicht zur Schule gehen und wurde zu Hause von ihrer Mutter unterrichtet. Zwischen 1912 und 1914 wurde sie in einem Krankenhaus in Angerburg von ihrer Krankheit geheilt. Sie zog 1921 nach Memel und trat dort aktiv für die Rechte der litauischsprachigen Bevölkerung ein. Nach dem Anschluss des Memellandes an Litauen war sie für verschiedene Zeitungen tätig und begann 1924 ihr eigenes schriftstellerisches Werk. 1939 erschien ihr wichtigster Roman „Vilius Karalius“. Er erzählt die familiären Verflechtungen und Tragödien der Familie Karalius und ihres Umfeldes in der Zeit vor und während des ersten Weltkrieges. Damit bietet er einen Einblick in die damalige Geschichte und die politischen Turbulenzen und breitet zugleich ein Panorama der sozialen, politischen und familiären Verhältnisse der Litauer im Memelland aus. Die Autorin erhielt für ihr Werk vielfache Wertschätzung, allerdings fast nur in Litauen. Mit Unterstützung vor allem aus Litauen wurde „Vilius Karalius“ erst in diesem Jahr in die deutsche Sprache übersetzt und auf der diesjährigen Leipziger Buchmesse vorgestellt.

Übersetzt wurde es von Markus Roduner, Georg Dehio-Buchpreisträger 2018, dem heute bedeutendsten Übersetzer litauischsprachiger Literatur. Der gebürtige Schweizer studierte Slawistik-Baltistik sowie historisch-vergleichende Sprachwissenschaft und lebt seit 1999 in Wilna. Wir haben ihn bereits kennengelernt, als er bei uns in Bremen 2015 das von ihm ebenfalls übersetzte Wolfskinder-Buch „Mein Name ist Maryte“ von Alvydas Šlepikas zusammen mit dem Autor vorstellte.

Weitere Informationen bei Heinrich Lohmann, donnerstags, 15 bis 17.30 Uhr unter Telefon (0421) 3469718.

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Bergedorf – Freitag, 28. Juni, 15 Uhr, Haus der Begleiters, Harders Kamp 1, Bergedorf: Erdbeeren-Essen zum Sommeranfang und Vortrag „Fasziniert von der Kurischen Nehrung und dem Frischen Haff“.

Harburg – Sonntag 30. Juni, 11 Uhr, St. Johanneskirche (erreichbar mit S-Bahn, Linie S3 und S31, Station Harburg-Rathaus): Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Die Predigt hält Pastorin Sabine Kaiser-Reis. Im Anschluss lädt die Gemeinde zum Gespräch bei Kaffee, Tee und Gebäck in den Gemeindesaal ein.

PAZ wirkt!

HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Dillenburg – Bei der letzten Monatsversammlung am 29. Mai sprach Lothar Hoffmann über „Majolika – feine Tonwaren aus Cadinen“. Der Ort Cadinen liegt am Rande des Naturparks Elbinger Höhen, in der Nähe von Elbing, am Frischen Haff. Es gehörte zuletzt dem letzten deutschen Kaiser Wilhelm II., der es 1898 von einem verschuldeten Braunsberger Landrat übernahm. Dazu gehörte außer einem Gestüt die Majolika-Manufaktur. Der Kaiser ließ die Manufaktur modernisieren, baute neue Fabrikgebäude und neue Wohnhäuser für die Arbeiter, ließ eine Schule und eine Kirche für das Dorf bauen.

Majolika ist eine Mischung aus verschiedenen Tonarten verarbeitet zu überglasiertem Steingut.

Es gibt umfangreiche verschiedene Tonarten: fetten kalkreichen von zum Teil 25 Meter Dicke, und mageren grauen kalkfreien Ton. Beide Tonarten lassen sich schon beim Abbauen gut mischen. Daher gab es in Cadinen schon immer zahlreiche Ziegeleien; die dort hergestellten Ziegelsteine konnten durch eine Gleisanlage zum Hafen am Frischen Haff transportiert werden, von wo sie an alle Orte, wo sie gebraucht wurden, geliefert wurden.

Bekannt geworden ist aber Cadinen durch seine künstlerischen Majolika-Darstellungen. Lothar Hoffmann zeigte mehrere Bilder aus dem Ostpreußenkalender 2017, zum Beispiel einen Buntspecht am Baumstamm, einen Eisbären, einen Elch, einen Hund und eine Ente. Außerdem sahen wir das Bild eines Brennofens, dessen Patent der preußische Baurat Friedrich Hoffmann und der Stadtbaurat J. A. Gottlieb Licht im Jahre 1858 anmeldeten. In diesem Brennofen, der mit Reisig geheizt wurde, konnten mehrere Lagen Brenngut, ob Ziegel oder Figuren, gleichzeitig eingeschoben werden.

Jeden Tag verließen etwa 2400 Ziegel und 600 Dachpfannen die Ziegeleien, dazu kamen noch die künstlerischen Darstellungen aus der Manufaktur.

Heute arbeitet die Manufaktur wieder. Per Handarbeit werden künstlerische Darstellungen angefertigt, die man ansehen und kaufen kann.

Die nächste Monatsversammlung findet am Mittwoch, dem 26. Juni um 15 Uhr im Café Eckstein in Dillenburg, Königsberger Straße, statt. Dann wird Doris Wille über die Jahreszeit Sommer sprechen.

Wiesbaden – Donnerstag, 27. Juni, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Spargel mit Schinken. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 21. Juni bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. ES-WE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Erhaltung und Pflege der ostpreußischen Kultur müssen im Mittelpunkt der Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen auf allen Ebenen stehen. Denn die kulturellen Leistungen, sei es in der Literatur, in der Malerei oder in der Musik, so wie es auch im Ostpreußischen Landesmuseum neben vielem anderen eindrucksvoll dargestellt wird, zeugen von der jahrhundertealten deutschen Kultur Ostpreußens. Diese Meinung vertraten die Delegierten und zahlreichen Gäste, unter ihnen Niedersachsens BdV-Geschäftsführer Gediga, in der Jahreshauptversammlung 2019 der Landesgruppe Niedersachen, die in der eindrucksvoll gestalteten Heimatstube der Kreisgemeinschaft Schloßberg in Winsen/Luhe unter Vorsitz von Barbara Loeffke stattfand.

Der Kreisvertreter von Schloßberg/Pillkallen, Michael Gründling, zugleich Vorsitzender der Landesgruppe Sachsen-Anhalt, hatte es sich nicht nehmen lassen, selbst an der Versammlung teilzunehmen und in einem Grußwort die Verbundenheit mit der Landesgruppe Niedersachsen zum Ausdruck zu bringen, wobei er aufmunternde Worte sprach und auf die Pflichten, die uns die Heimat auferlegt, hinwies. Wie das Leben und die dazugehörige Kultur auch in den Städten und Dörfern unserer Heimat in Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft Eingang fand, das konnten die Versammlungsteilnehmer in der Schloßberger Heimatstube erfahren.

Zu Beginn der Versammlung gedachten die Teilnehmer der Landsleute, die im abgelaufenen Jahr abberufen worden sind, die sich seit Jahrzehnten für ihre Heimat aufopferungsvoll eingesetzt haben und nun fern der Heimat ihre letzte Ruhe finden müssen. Ein schwerer Verlust war der Heimgang von Manfred Kirrinnis, der über zwei Jahrzehnte Vorsitzender der Bezirksgruppe Lüneburg war, ebenso der von Roswitha Kulikowski, langjährige Vorsitzende der Gruppe Hannover, und von Arnim Fraß, Vorsitzender der Gruppe Gifhorn. In ihr Gedenken zog die Versammlung mit ein Kurt Werner Sadowski, der sich um die Kreisgemeinschaft Angerburg große Verdienste erworben hat.

Winsen/Luhe: Sitzung der LG Niedersachsen in der Schloßberger Heimatstube Bild: mjg

Bei der Jahreshauptversammlung der LG Niedersachsen: (v. l.) Barbara Loeffke, Michael Gründling und Karsten Uffhausen Bild: mjg

Bevor die Vertreter der Bezirks-, Kreis- und Ortsgruppen über ihre Arbeit vor Ort berichten, gab die Landesvorsitzende einen Überblick über die Aktivitäten des Landesvorstands. Dazu gehörten die Teilnahme und Mitwirkung an überregionalen Veranstaltungen der Landsmannschaft Ostpreußen, an denen Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen, der Ostpreußischen Kulturstiftung und der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen sowie die Kontaktpflege zu den örtlichen und überörtlichen Vertretern der Parteien und gesellschaftlichen Einrichtungen.

Einen sehr informativen Einblick in das Leben und die Arbeit der Kreis- und Ortsgruppen gaben die Berichte der Vorsitzenden. Trotz rückläufiger Mitgliederzahlen besteht weiter ein reges Vereinsleben. Die Gruppen treffen sich regelmäßig und stellen Ostpreußen in den Mittelpunkt ihrer Veranstaltungen. Die Gruppe Winsen trifft sich in der Schloßberger Heimatstube, die Gruppe Lüneburg in dem zum Ostpreußischen Landesmuseum gehörenden Café Bernstein. Fastnacht, Ostern, Erntedank und Weihnachten sind bei den Gruppen feste Termine im Veranstaltungskalender.

Buxtehude macht regelmäßig Fahrten zur Dittchenbühne nach Elmshorn und mehrtätige attraktive Reisen in die nähere und fernere Umgebung, so in diesem Jahr nach Helgoland. Holzminden spannt den Rahmen etwas weiter. Neben dem traditionellen Königsberger Klopse-Essen gab es auch Vorträge über die Vögel der Heimat, die Johanniter-Unfallhilfe und „Wozu sind Religionen gut?“ Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Oldenburg wartete mit einem interessanten und großen Jahresprogramm auf, zu dem gehörte auch ein Vortrag über die Vogelwelt in Westpreußen und in Syke, der Historiker Christopher Spatz berichtete über die Wolfskinder, Karl-Georg Mix erinnerte an „Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945–1949“, zusammen mit der Gemeinschaft der Evangelischen Schlesier wurde eine Fahrt zur St. Hippolyt-Kirche, der ältesten Kirche der Wesermarsch, gemacht. Bei einigen Gruppen stand der Besuch des Ostpreußischen Landesmuseums auf dem Programm. Besonders erfreulich ist, dass viele Gruppen neue Mitglieder, die nicht aus Ostpreußen stammen, gewinnen konnten.

Die notwendigen Regularien wie Kassenbericht, Bericht der Kassenprüfer, Entlastung des Vorstands und Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit rundeten den ersten Teil der Versammlung ab.

Überaus interessierte Zuhörer fand im zweiten Teil der Zusammenkunft der ausgezeichnete Vortrag von Jörn Barfod vom Ostpreußischen Landesmuseum „Des Kaisers Keramik – Cadiner Majolika 1902-1944“, der mit zahlreichen Bildern, die die ganze Breite der Cadiner Majolika zeigten, angereichert war (siehe Seite 16).*B.L.*

Braunschweig – Mittwoch, 26. Juni, 15 Uhr, Gaststätte Mahlzeit, Kälberwiese 13a (Siedlerheim Alt Petritor): Monatsversammlung im neuen Treffpunkt. Die nächste Bushaltestelle: „Kälberwiese“. Vortrag: „Energie der Klänge“ Aus der Praxis eines Heilpraktikers.

Holzminden – Donnerstag, 25. Juni, Restaurant Felsenkeller: Treffen mit 2. Vorsitzenden Pastor i.R. Günther Grigoleit über „Wippchen aus unserer Heimat“.

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg gedachte bei ihrer Versammlung am 12. Juni der Freundschaft der Dichterinnen Agnes Miegel und Alma Rogge. Letzterer gedenken wir im Oldenburger Land dieses Jahr gleich zweifach: Geboren vor 125 Jahren und gestorben vor 50 Jahren. Für uns Ostpreußen war das Anlass genug, in einer Lesung der nach 1945 intensiven Freundschaft mit Agnes Miegel in einer Lesung zu gedenken: Annemate von Vogel, stellvertretende Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft hatte rund um deren Briefwechsel und beider Biographien einen literarischen Vortrag erarbeitet, der die leider nicht sehr zahlreich erschienenen Zuhörer eineinhalb Stunden lang fesselte. Besonders die Lyrik beider Dichterinnen – auswendig vorgetragen – zog das Publikum in ihren Bann. Zahlreiche Ergänzungen der Anwesenden aus persönlichen Erlebnissen komplettierten einen wunderbaren Nachmittag.

Am 10. Juli treffen wir uns zum Kaffeeklatsch oder Schabbern im Gesellschaftshaus Wöbcken in Hundsmühlen bei Oldenburg. Im August ist Sommerpause. Zum September laden wir wieder rechtzeitig ein.

Beim Vortrag in Oldenburg: Annemete von Vogel Bild: privat

Osnabrück – Freitag, 21. Juni, 15 Uhr, Hotel Bügerbräu, Blumenhaller Weg 43, 49080 Osnabrück: Frauengruppe.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düren – Mittwoch, 3. Juli: Das Treffen findet wegen der Ferien nicht statt. Das nächste Treffen wird am 7. August stattfinden. Anfragen an Gerda Wornowski, Telefon (02421) 72776, E-Mail: gwornowski@gmail.com.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Gütersloh – Sonntag, 7. Juli: Busfahrt nach Schloß Burg. Dort findet das NRW Landestreffen der Ostpreußen, Pommern und Schlesier statt. Anmeldungen und weitere Infos bei Familie Block, Telefon (05241) 34841 oder Bartnik, Telefon (05241) 29211. – Sonnabend, 3. August: Busfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg. In der Lüneburger Region sind Anfang der 1950er Jahre so viele Ostpreußen ansässig, dass man hier zeitweise von „Klein-Ostpreußen“ spricht. 1958 entsteht das Ostpreußische Jagdmuseum. 1994 geht die Trägerschaft auf die Ostpreußische Kulturstiftung über. Nach mehrjähriger Modernisierung und Erweiterung wollen wir uns die 2000 Quadratmeter große Ausstellung einer faszinierenden Kulturgeschichte ansehen. Es werden mehrere Zusteigemöglichkeiten angeboten. Näheres zur Abfahrtszeiten und Preisen bei der Anmeldung bei Block, Telefon (05241) 34841 oder Jagalla, Telefon (05241) 403872.

Neuss – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Bei strahlendem Sonnenschein und pünktlich um 8 Uhr begann unsere Frühlingsfahrt am 23. Mai mit 34 Teilnehmern nach Lüneburg. Mit etwas Verzögerung durch stark aufkommenden Verkehr mussten die Termine um eine halbe Stunde dann doch verschoben werden, was telefonisch auf der Fahrt korrigiert werden konnte. Nach einem Frühstück in der Restauration Krone, gleich neben dem Ostpreußischen Landesmuseum, teilten wir uns in zwei Gruppen und die Führung durch das Ostpreußische Landesmuseum nahm seinen Lauf. Hervorragend geführt durch Elmar Labusch, der mit seinen über 80 Jahren fast sein ganzes Berufsleben dem Erhalt der ostpreußischen Kultur und dem Bild der Ostpreußen diente, war es eine Freude, seinen Gang durch die ostpreußische Geschichte vorbei an den vielen Exponaten und Darstellungen zu folgen und zuzuhören. Eigens für ihn ist dann auch eine kleine Ecke im Museum gewidmet, die sein wichtigstes Utensil, einen Becher, der ihn über seine Flucht aus Ostpreußen rettete, aufbewahrt. Und still im Hintergrund folgte uns Daniela Rosenbusch, die seine Aufgabe als Nachfolgerin übernehmen wird. Wir alle waren sehr begeistert von der neuen Aufmachung des Museums, das sogar eine erweiterte geschichtliche Darstellung der Baltischen Länder beherbergt. Ein großes Dankeschön an Elmar Labusch für die großartige Führung durch das einzigartige Museum. Auch der Kollegin der zweiten Gruppe sei gedankt. Man müsste sich nur mehr Zeit nehmen. Aber wir hatten an diesem Tag noch weitere Ziele.

Fast pünktlich war das vorbestellte Mittagessen, auch wieder in der Krone, für uns zubereitet. Somit hatten wir nur kurze Wege zu gehen, was uns Zeit sparte.

Die Stadtführung durch die Innenstadt Lüneburgs begann auch am gleichen Ort und wieder teilten wir uns in zwei Gruppen auf. Zu Beginn unserer Führung, erklärte uns die Stadtführerin interessanter Weise anhand eines Zollstockes den geschichtlichen Werdegang der Stadt mit seinen Höhen und Tiefen, die in der Blütezeit durch das Salzvorkommen eine größere Bedeutung als Hamburg und als Hansestadt einen Handel bis weit zu den skandinavischen Ländern und zum Teil. bis in den Mittelmeerraum hatte. Bei dem Fußmarsch durch die Innenstadt wurden wir über viele kleine Dinge, die die Geschichte Lüneburgs ausmachen, aufmerksam gemacht. Vor allem gut zu erkennen waren die Absenkungen durch den Abbau der Saline in der Stadt, die bis heute noch nicht abgeschlossen sind. Seit 965 bis 1600 galt das Salz als weißes Gold und „vom König bis zum Bettelmann, keiner Salz entbehren kann“ lautete da auch ein Spruch. Dann kam ein Einbruch durch günstiger gewonnenes Salz aus Südeuropa, aber erst 1980 wurde die Salzgewinnung in Lüneburg eingestellt.

Am alten Rathaus endete die Führung und unser Bus nahm Kurs zum Schiffshebewerk in Scharnebeck im Verlauf des Elbe-Seitenkanals auf, das wir in einer knappen halben Stunde an der Schiffsanlegestelle erreichten. Mit einem Ausflugsdampfer aus Lauenburg kommend konnten wir bei einer Hoch- und Runterfahrt das Ereignis einer 38 Meter zu überwindenden Wasserspiegelhöhe vom Unterwasser zum Oberwasser und umgekehrt erleben, bei der uns die einzelnen technischen Daten vermittelt wurden. Es ist das zurzeit größte Schiffshebewerk in Europa. In China wurde am Jangste das weltgrößte Schiffshebewerk mit einem Hub von 113 Meter erbaut.

Vom Oberwasser und Bilderbuchwetter konnte man einen weiten Blick in die Ebene der Landschaft genießen. Gleich neben dem Schiffshebewerk nahmen wir die Gelegenheit wahr, im Café Rustikus die Kaffeepause einzulegen.

Ein schöner Tag neigte sich dem Ende zu. Unser Vorsitzende Axel Simanowski hatte Liederbücher und Bärenfang dabei, sodass wir unsere Rückfahrt mit viel Gesang und mit dem Ostpreußenlied unsere Frühlingsfahrt ausklingen ließen. *Hans-A. Eckloff*

Bad Schwartauer unterwegs: Das Schiffshebewerk in Scharnebeck Bild: privat

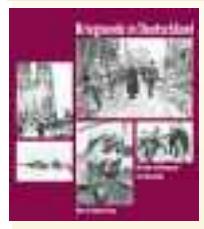
Bad Schwartauer stärken sich: Kaffeepause in Scharnebeck Bild: privat

Mölln – Mittwoch, 26. Juni, 17 Uhr, Quellenhof Mölln: Matjessessen mit den Ostpreußen. Anmeldungen zum Essen, 11,50 Euro, unter Telefon (04542) 5044.

Vor dem Essen wird uns Lars Frank, Heimatforscher aus Büchen, in einem interessanten Bildervortrag über die Bombenabwürfe am 7. April 1945 in Büchen und Umgebung berichten. Gäste sind zu unseren Treffen herzlich eingeladen.

Sonderausgaben zu Krieg, Flucht und Vertreibung

Der Ellert & Richter Verlag gibt Sonderausgaben folgender Titel heraus: „Flucht und Vertreibung. Europa zwischen 1939 und 1948. Mit einer Einleitung von Arno Surminski“, „Das alte Ostpreußen“ von Arno Surminski, „Kriegsende in Deutschland. Mit einer Einleitung von Arno Surminski“ und in der zweiten Auflage „Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“ von Christopher Spatz.



***Arno Surminski: „Kriegsende in Deutschland. Mit einer Einleitung von Arno Surminski“**, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2015, Hardcover, 256 Seiten mit 153 Abbildungen, 19,95 Euro*

***Arno Surminski: „Flucht und Vertreibung. Europa zwischen 1939 und 1948 - mit einer Einleitung von Arno Surminski“**, Ellert & Richter Verlag, Hamburg Sonderausgabe, 280 Seiten mit 127 Abbildungen, 14,95 Euro*

***Arno Surminski: „Das alte Ostpreußen“**, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2013, Hardcover, 360 Seiten mit 403 Abbildungen, 19,95 Euro*

***Christopher Spatz: „Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung. Mit Fotografien von Fritz Paul“**, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2018, Hardcover, 224 Seiten mit 88 Abbildungen und einer Karte, 19,95 Euro*

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

»Polen überraschten stets mit Freiheitsliebe«

Ex-Bundespräsident Joachim Gauck hat in Breslau den Jan-Nowak-Jezioranski-Preis erhalten

Besteht da etwa ein Zusammenhang? Joachim Gauck ist dieser Tage wieder in aller Munde. In einem Spiegel-Interview hatte der Alt-Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland zu einem weniger hysterischen Umgang mit dem vermeintlich rechten Gedankengut beziehungsweise für eine „erweiterte Toleranz in Richtung rechts“ geworben. Dem guten Ton folgend, hatte er im „Spiegel“ bekannt, Positionen der AfD abzulehnen, allerdings müsse daraus nicht folgen, deren Forderungen stets als Vorboten des „Höllentors von Auschwitz“ zu sehen.

Nach einem Dank an die Kanzlei des preisverleihenden Trägers richtete Gauck einen zweiten Dank „an Ihre Gesellschaft, aber letztlich Ihr ganzes Land.“ Immerhin hätten ihn die Polen „in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder überrascht, ermutigt und inspiriert mit der couragierten und mitunter gegen alle Wahrscheinlichkeiten andauenden Liebe zur Freiheit“, die man eben auch in Gefahr sehen könne, wenn das „Höllentor“ dazu eingesetzt werde, einen offenen Meinungsaustausch einzudämmen. Doch genau diesen Zusammenhang versäumte Gauck dann herzustellen, folgten doch Dankensworte aus dem Kanon, den die deutsche Medienwelt von ihm erwartet. „Das nationale Narrativ hat an Kraft gewonnen, nicht nur in Polen“, beklagte der Alt.Bundespräsident. Und des Modeworts „Narrativ“ nicht genug: „Europa hat, vielleicht anders als früher mitunter erwartet oder von Europa-Euphorikern erhofft, noch kein europäisches Narrativ gefunden. Es ist weiter eine Union von Staaten, die zwar gemeinsame Werte teilen, aber doch weiter sehr unterschiedlich denken und vor allem fühlen. Das gilt auch für Polen und Deutschland“.

Aber vielleicht mag ein solcher Hinweis eines Deutschen allein schon deswegen mutig sein, weil er immerhin einen Hauch der Einsicht andeutet, dass nicht alle so verblüffend rational denken, wie die selbstvernarrte Welt der sich ständig gegenseitig bestätigenden Medien- und Politelite.

Erhielt den Jan-Nowak-Jezioranski-Preis 2019: Joachim Gauck (Mitte) nimmt den Pokal aus den Händen des Breslauer Stadtpräsidenten, Jacek Sutryk, entgegen. Rechts: Adolf Juzwenko Chefredaktuer der Ossolinski-Nationalbibliothek Bild: Chris W. Wagner

Jan Nowak-Jezioranski (1914–2005) war Journalist und Schriftsteller. Nach dem Krieg leitete er die polnische Sektion der BBC und später die polnische Sektion des Radiosenders Freies Europa in München.

Der Jan-Nowak-Jezioranski-Preis wurde 2004 durch den Namensgeber, die Stadt Breslau, der Ossolinski-Nationalbibliothek in Breslau und das Collegium Osteuropa in der schlesischen Metropole gegründet. Mit der Auszeichnung werden Persönlichkeiten gewürdigt, die sich im Kampf gegen den Kommunismus und für eine pluralistische Gesellschaft einsetzen. Zu den bisherigen Preisträgern zählen unter anderem George Bush Senior, Václav Havel, der einstige Präsident von Litauen Valdas Adamkus oder der israelische Politiker und Journalist Schewach Weiss, 2000 bis 2004 Botschafter in Warschau.

Chris W. Wagner

Rummelsburger trafen sich in Bad Fallingbostel

Bekenntnis zur Patenschaft erneut bestätigt – Motto: Der Heimat die Treue

Wie immer in den Jahren mit ungerader Zahl haben sich die Rummelsburger aus Stadt und Kreis in Bad Fallingbostel getroffen. Es war das 33. Mal, dass wir uns zum Heimatkreistreffen zusammen gefunden haben. Diesmal fiel das Patenschaftstreffen, wie schon so manches Mal, wieder auf das Pfingstwochenende.

Bei strahlendem Sonnenschein und einem so blauen Himmel wie in Pommern, begann am Freitag, den 7. Juni 2019 um 15:00 Uhr im kleinen Sitzungs-Saal des Rathauses die Mitgliederversammlung des Vereins „Heimatkreis Rummelsburg e.V.“. Die Mitglieder entlasteten den Vorstand und wählten zum Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden wieder Nikolaus von Puttkamer und Otto Melchert. Wiedergewählt wurde auch Heimatkreisbearbeiter Eckhard Witt. Als Schriftführer wurde Jule Virkus für den nicht wieder angetretenen Peter Folkmer gewählt. Aus Altersgründen hat jetzt nach über 25 Jahren ununterbrochener Tätigkeit, Hans-Ulrich Kuchenbäcker, Ehrenvorsitzender des Vereins, die Schriftleitung des vierteljährlich erscheinenden Mitteilungsblattes „Rummelsburger Land“ in jüngere Hände gelegt. In Dirk Klingner hat er einen engagierten Nachfolger gefunden.

Heimatkreisbearbeiter Eckhard Witt, der wie in den vergangenen Jahren wieder die Organisation übernommen hatte, eröffnete am Sonnabend um 9 Uhr im Saal des Rathauses das Patenschaftstreffen. Im Foyer präsentierte Dr. Jürgen Lux die Ausstellung „Natur, Geologie, Fauna und Flora des Heimatkreises Rummelsburg“ mit 31 großformatigen Postern, auf denen die Besucher mit Bildern und Texten über die letzte Eiszeit informiert wurden, welche die Landschaft Pommerns und auch des Heimatkreises Rummelsburg geformt hat. Die Besucher erhielten einen Überblick über Flora und Fauna, über Baumdenkmäler, Findlinge (erratische Blöcke), Flüsse, Seen und Berge des Heimatkreises.

Im kleinen Sitzungssaal standen Karl Friedrich Schwirz und Uta (Jule) Virkus den Besuchern für Fragen zur Familienforschung zur Verfügung. Um 10 Uhr legte eine Delegation der Rummelsburger am „Stein des Ostens“ zum Gedenken an die Gefallenen und Toten von Krieg, Verschleppung und Vertreibung einen Kranz nieder. Am Nachmittag wurden die Teilnehmer vom Vorsitzenden Nikolaus von Puttkamer und der Bürgermeisterin von Bad Fallingbostel, Frau Karin Thorey, herzlich begrüßt.

Der Sonntag begann um 10 Uhr mit einem Gottesdienst im „Hof der Heidmark“. Um die 70 Personen nahmen regen Anteil an der von Landsmann Dirk Klingner gehaltenen Andacht, mit einem Abriss der Geschichte der Kriegsereignisse mit Flucht und Vertreibung und der verlorenen „pommerschen Heimat“. Es kommt jedoch, das wurde allen klar, in Wirklichkeit an auf die „Heimat im Himmel“ als Versöhnung des großen Leidens.

Die Rummelsburger sind in Bad Fallingbostel stets willkommen *(Foto privat)*

Anschließend lud der Heimatkreis zur Feierstunde die Vertreter der Patenschaftsträger aus Stadt und Kreis sowie alle Rummelsburger in den „Hof der Heidmark“ ein. Nach Grußworten von Landrat Ostermann und Bürgermeisterin Thorey übermittelte Alfons (Alek) Rekowski aus Rummelsburg, Vertreter der Deutschen Minderheit, Grüße aus der Heimat und erläuterte, warum die kommunalpolitischen Würdenträger aus Rummelsburg/Miastko und der Pfarrer aus Rummelsburg dieses Mal nicht dabei sein konnten. Die Festrede hielt in Vertretung von Frau Editha Westmann, der Niedersächsischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die verhindert war, die Ägyptologin Frau Dr. Barbara Magen, Mitarbeiterin im Museumsverband für Niedersachsen und Bremen e.V., Leiterin eines Projektes zu den niedersächsischen Heimatsammlungen und zuständig für die Unterstützung und Beratung niedersächsischer Heimatsammlungen aus den historischen Ostgebieten. Sie gab in ihrer Rede einen Überblick über den Ablauf der Geschichte nach 1945 und betonte die persönlichen Kontakte der Heimatvertriebenen mit den nun in der Heimat lebenden Polen. Untermalt wurde die Feierstunde durch den Posaunenchor Bad Fallingbostel unter der Leitung des Herrn Günther Pankoke. Nach der Feierstunde stand der stellvertretende Vorsitzende Otto Melchert in der Heimatstube (Treppenspeicher im Hof der Heidmark) den Besuchern für alle Fragen zur Verfügung.

Wir Rummelsburger sind dankbar, dass der Landkreis in persona des Landrates und die Stadt Bad Fallingbostel in persona der Bürgermeisterin uns nach 62 bzw. 56 Jahren der Patenschaft diese bestätigt und auch weiterhin Unterstützung zugesagt haben.

Über 74 Jahre nach Kriegsende dünnen sich die Reihen der Erlebnisgeneration aus natürlichen Gründen aus. Das hohe Alter, Krankheiten und Einschränkungen der Mobilität führen automatisch zu reduzierten Teilnehmerzahlen. Kaum vorstellbar, dass kurz nach der politischen Wende noch ca. 3000 Teilnehmer aus dem Kreis Rummelsburg die Heidmarkhalle beinahe sprengten. Das jedoch ist 28 Jahre her. Wir können dankbar sein, dass Dank des unermüdlichen Einsatzes der Rummelsburger und ihrer Kinder und Dank der Treue der Patenschaftsträger das Heimat- und Patenschaftstreffen auch in Zukunft fortbestehen wird. Unter dem Motto „Der Heimat die Treue“ werden wir uns in zwei Jahren in Bad Fallingbostel wieder treffen.

Nikolaus von Puttkamer

Fahrt nach Ziegenort über Odermünde und Jasenitz

… und Erinnerungen an das Ende Deutschlands größter Papierfabrik Feldmühle in Odermünde

Die Oder teilt sich etwa 90 Kilometer vor ihrer Mündung ins Stettiner Haff in 2 fast parallel verlaufende Arme, in die Westoder und Reglitz bzw. Ostoder genannt. Die Reglitz fließt später durch den Dammschen See. Die Westoder ist der Schifffahrtsweg und bildet den Hafen mit seinen vielen Kanälen in Stettin. Nördlich der Stadt vereinigen sich beide Ströme im Damasch, der ins Papenwasser übergeht.

Der Unterlauf der Oder wurde von 1905 – 1931 ausgebaut, die Westoder kanalisiert, und über die Ostoder wurden die Hochwassermassen abgeleitet. So entstand der große Schifffahrtsweg Berlin-Stettin-Swinemünde.

Das linke Oderufer, nördlich von Stettin, ist nicht nur reine Landschaft, sondern ein Industriegebiet mit Werften, Maschinenfabriken. Dampfmühlen und Eisenschmelzwerken, zu denen Hochöfen gehören. Die Vulkanwerft war einst die Geburtsstätte der halben deutschen Flotte und dazu vieler ausländischer Schiffe. Die Hydrierwerke in Pölitz standen an der Spitze aller deutschen Benzinerzeugungsstätten. Noch während des Krieges arbeiteten sie trotz Bombenangriffsschäden weiter.

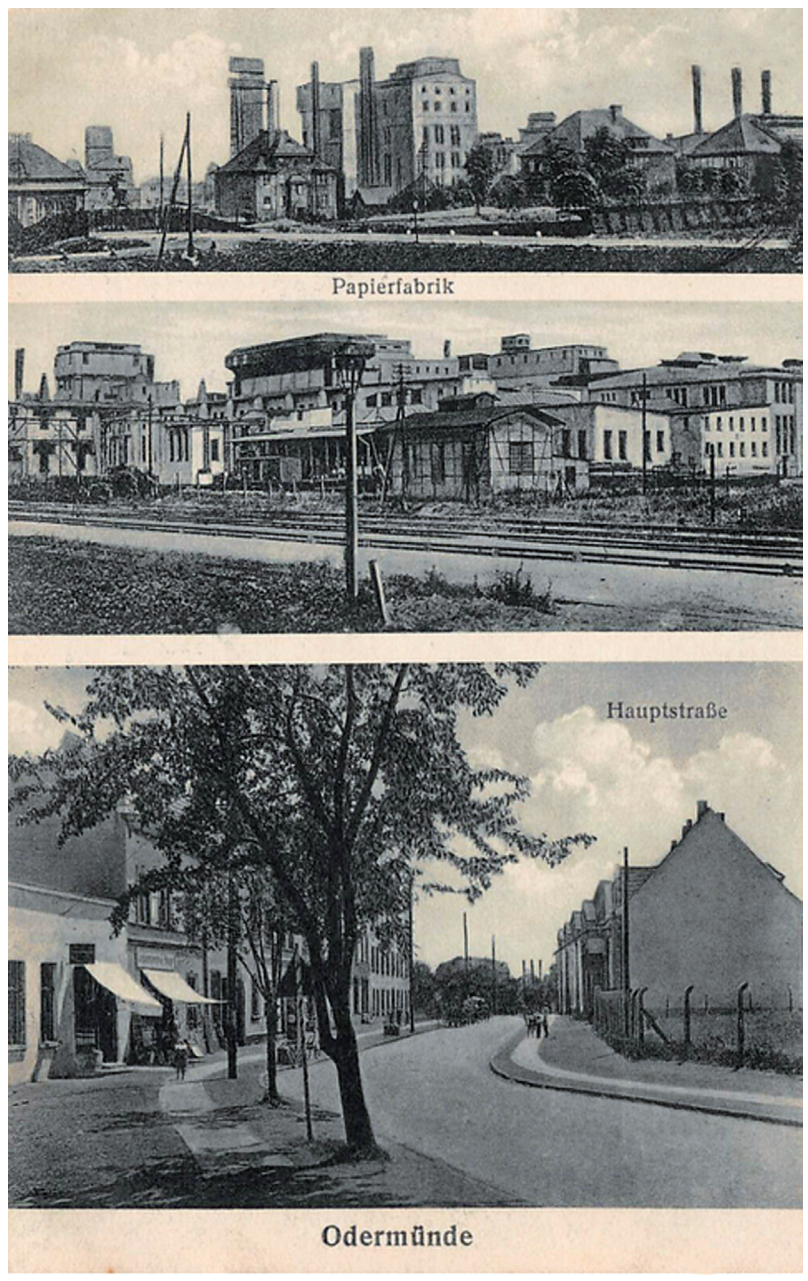
Vor Pölitz liegt nun Odermünde mit der berühmten Feldmühle. Die Verkehrsverbindung durch Eisenbahn von Stettin nach Pölitz 1898, und 1910 weiter bis nach Ziegenort, war eine zusätzliche Güterverfrachtungsmöglichkeit zur Oder. Sie sollte sich aber erst rentieren, nachdem die Feldmühle 1912 in Odermünde produzierte.

Odermünde hieß bis 1929 Scholwin und lag im Kreis Randow. Der Ort liegt vor dem Damasch, dort, wo Westoder und Reglitz wieder zusammenfinden. Er wurde 1939 zu Stettin eingemeindet. Die Kirche stammt aus der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts. Seit 1489 stand sie unter der Schirmherrschaft des Augustiner Chorherrenstifts in Jasenitz. 1534 wurde sie protestantisch. Von 1886 – 1914 erhielt der Ort Aufschwung durch eine Zellulose-Fabrik. Seit 1946 heißt der Ort wieder Szczecin-Scolwin.

Zurück zur Feldmühle Odermünde, seit 1885 fertigte Dr. Gottstein in einer schlesischen Feldmühle Papier „ohne Hadern“ aus Sulfit-Zellstoff. Abwassersorgen und die Suche nach einem verkehrsgünstigen Standort führten nach Scholwin. Die Grundsteinlegung war 1910, aber erst 1912 konnte der Betrieb eröffnet werden. Seit 1916 hatte die Hauptverwaltung ihren Sitz in Stettin. Die Feldmühle präsentierte sich an der Oder liegend, mit einem gewaltigen Holzlager und ausgedehnten Werkanlagen. In den Jahren 1924/1925 begann in der größten deutschen Papierfabrik die größte Zeitungspapiermaschine in Europa mit einer Papierbreite von 6 Metern zu arbeiten. Täglich wurden etwa 1100 cbm Holz verbraucht. Die Feldmühle lieferte auch Pack-, Seiden-, Tüten- und Zellstoffpapier. Vor dem 2. Weltkrieg hatte das Werk etwa 2000 Arbeiter. Zu ihr gehörten 1935 weitere 13 Werke in Deutschland. 1926 war die Papiermühle Hohenkrug übernommen worden. Seit 1928 gab es die Hausmarke „Feldmühle Spezial Bankpost“, hergestellt auf der größten Schreibpapiermaschine der Welt. Generaldirektor der Feldmühle wurde 1922 Dr. Hans Gottstein, der Sohn des Gründers der Feldmühle. Seit 1942 war Paul Benziger mit der Oberleitung der Werke Odermünde-Hohenkrug betraut.

Wegen des Herannahens der Roten Armee mussten die Werke im Februar 1945 stillgelegt werden. Nach dem Russeneinmarsch wurden sie völlig demontiert.

Deutsche Soldaten waren als russische Kriegsgefangene in den eisfreien Häfen des Baltikums tätig. Sie entluden Reparationsgüter aus Stettin von der Feldmühle, den Stoewer-Werken, der Zuckerfabrik Scheune, der Chamottefabrik und der chemischen Fabrik Stolzenhagen-Kratzwiek.



Aus dem Tagebuch des Bataillonsarztes Dr. Hermann Manzke:

Unser Bataillon geht am 5. April 1945 nach Odermünde und soll dort eine Stellung an der Oder und auf den Oderinseln beziehen. Meine Unterkunft ist in der Feldmühle. Das Lazarettrevier soll im Luftschutzkeller des Werkes eingerichtet werden. Es sind dort fabelhafte Räume vorhanden wie Behandlungsraum, Operationsraum, 2 Räume mit 8 Betten, Baderaum, Arztzimmer mit Einrichtung von Instrumenten und Medikamenten. Alles ist im Übermaß vorhanden. Diese Räume werden dem Bataillon zur Mitbenutzung zugewiesen. Im Werk sind noch 4 Sanitäter vom Luftschutz tätig. Sie werden uns unterstellt. Wir werden aber von der Werksleitung als Eindringlinge betrachtet. Die Werksanitäter und Krankenschwestern dagegen sind freundlich. Ich bin erstaunt, als ich das gesamte Werk abschreite, wie viel hier von der Werkleitung für die Gefolgschaft getan wurde; die Wohnungen und alle sanitären Einrichtungen sind äußerst modern.

11. April 1945

Heute habe ich den Bismarckturm bestiegen und einen Rundblick gehabt. Schmerzlich ist es, die Heimat so nahe zu haben, und nicht mehr über die Oder nach Altdamm und Hökendorf zu können.

13. April 1945

Der Brückenkopf Langenberg musste aufgegeben werden. Östlich der Oder lodern überall Feuer auf. Die Oder ist die Hauptkampflinie geworden. Wir müssen damit rechnen, dass Stettin eingeschlossen wird. Ich habe, wie auch die anderen Offiziere, meine Koffer beim Tross abgegeben. Wir führen seit dem 23. April Schutzimpfungen im Revier der Feldmühle gegen Pocken und Typhus durch. Alle Soldaten sind ohne sich drücken zu wollen dabei. Man weiß nicht, was uns noch bevorsteht.

24. April 1945

Heute bin ich mit einem Feldwebel über die Oder mit dem Kahn gefahren, um eine Kompanie dort zu impfen. Auch am 25. April sollte eine weitere Kompanie geimpft werden. Doch auf dieser Insel kam der Bescheid per Telefon, die Insel bis 18:00 Uhr zu verlassen.

Ein Werk nach dem anderen wird von unseren Soldaten am linken Oderufer in die Luft gesprengt. Großfeuer reiht sich an Großfeuer.

In den nördlichen Vororten war der Pfarrer Schwerin in Odermünde bis zum 6. Juni 1946 tätig, in Pölitz wirkte der 82jährige Pastor Reimann, in Zedlitzfelde Edith Siegmund. Diakon Virgils betreute die Orte Züllchow, Frauendorf und Gotzlow. Präsens Karl von Scheven versprach im April 1946 dem Pfarrer Schwerin, ihm eine neue Pfarrei in Vorpommern zu verschaffen, damit er mit seiner großen Familie den Ort Odermünde, dessen Gemeinde sich allmählich aufgelöst hatte, verlassen konnte.

Die Gemeinde Szczecin-Scolwin ist jetzt katholisch geworden und die Kirche besitzt auch keine Kanzel mehr. Die barocke Laterne auf der Kirchturmspitze wurde im Jahr 2008 entfernt.

Brigitte Klesczewski

Ansichtskarte aus den 1930-er Jahren *(Privat)*

So sieht die Einfahrt zur Feldmühle heute aus *(Foto Klesczewski*

Israel hat gar keine andere Wahl

Zu: USA suchen den Krieg mit dem Iran (Nr. 21)

Der Autor schreibt: „Israel glaubt, ums Überleben zu kämpfen.“ Nein, Israel muss ums Überleben kämpfen. Seit Jahrzehnten droht der Iran mit der Vernichtung Israels. Dies sogar vor der UNO. Der Iran umzingelt Israel mit einem gewaltigen Waffenarsenal. Im Libanon hat er die Hisbollah mit mindestens 150 000 Raketen ausgerüstet, die auf Israel zielen. Die iranischen Raketenstützpunkte in Syrien gegen Israel konnte Israel zurückdrängen.

Am Raketenbeschuss auf Israel aus dem Gaza-Streifen ist ebenfalls der Iran beteiligt. Terror-Tunnel, die vom Gaza-Streifen und vom Libanon nach Israel hineinreichen, bedrohen die Existenz Israels. Der Iran arbeitet an der Entwicklung der Atombombe. Möglicherweise hat er sie schon. Dies stellt in erster Linie für Israel eine existentielle Bedrohung dar. Auch sunnitische Staaten fühlen sich vom schiitischen Iran gefährdet.

Da Israel die permanenten Auslöschungs-Androhungen des iranischen Mullah-Regimes ernst nehmen muss, hat Israel meines Erachtens gar keine andere Wahl, als einen Erstschlag auszuführen. Wenn die militärische Strategie der USA auf die Zerstörung des iranischen Atompotenzials abzielte, hätte Israel eine Überlebenschance. **Peter Tolkien, Porta Westfalica**

Zu dick aufgetragene Israel-Kritik

Zu: USA suchen den Krieg mit dem Iran (Nr. 21)

Nach Ansicht des Autors hoffen die USA, „um die Weltherrschafft zu kämpfen“, und „Israel glaubt, ums Überleben zu kämpfen“. Solche Sätze hätten mich in der „Mainstream“-Presse nicht überrascht, bei Ihnen dagegen schon. Woher nimmt der Autor die Gewissheit, dass es den USA um die Weltherrschaft geht? Ist das nicht ein wenig arg dick aufgetragen?

Was soll die seltsame Formulierung, Israel glaube, ums Überleben zu kämpfen? Ist das ernst gemeint oder schlechte Satire? Wie viele existenzielle Drohungen gegen Israel muss das Mullah-Regime des Iran noch aussprechen, bis man in Europa endlich anfängt, dies ernst zu nehmen, und zu begreifen, dass der Iran (wie sehr viele islamische Länder) Israel das Existenzrecht abspricht?

Und was soll die Behauptung, Israel bediene sich gerne der Taktik der falschen Flagge? Wenn der Autor nicht lediglich (wie etliche Internetseiten) Spekulationen ausspricht, sondern Beweise für seine schwerwiegenden Anschuldigungen hat, dann soll er diese Beweise auch vorlegen. Wenn er keine Beweise hat, soll er schweigen oder wenigstens Spekulationen ehrlich als solche bezeichnen und nicht den Eindruck erwekken, es handle sich um gesicherte Erkenntnisse. **Dr. Knut Sommer, Krefeld**

Krank therapiert

Zu: Abgründe des deutschen Gesundheitssystems unter die Lupe genommen (Nr. 22)

Ohne das Buch „Rette sich, wer kann! Das Krankensystem meiden und gesund bleiben“ des Autors Sven Böttcher gelesen zu haben, möchte ich eindringlich davor warnen, die Lebensgeschichte eines Einzelnen als Musterbeispiel für ein nach Gewinn strebendes, skrupelloses, von der Pharmaindustrie vereinnahmtes, kapitalistisches System zu nehmen.

Um im konkreten Fall zu bleiben, kann ich Ihnen zwei andere Fälle benennen, die genau den empfohlenen Weg des Autors gegangen sind. Die Patienten verzichteten bei Erkrankung an Multipler Sklerose auf medizinische und pharmakologische Therapie. Es haben sich katastrophale Verläufe ergeben. Im einen Fall haben Scharlatane wie Wünschelrutengänger, Geistheiler und neurologische Laien, wie Heilpraktiker die Patientin von wissenschaftlich fundierter Therapie ferngehalten, und zwar aus handfestem Eigeninteresse heraus, da die Patientin recht wohlhabend ist.

Als klar wurde, dass alle Komplementärtherapie ein teurer und unnötiger Spuk war, hat sie trotzdem daran festgehalten. Ihre Familie hat sie angefleht, sich neurologisch behandeln zu lassen. Sie lehnte ab und ist frühzeitig ein Pflegefall geworden, bereits in jungen Jahren. Auch sie könnte ein Buch schreiben. Aber es wäre wohl nicht so „sensationell“.

Mein Fazit: Erst mal schauen, wo hier mit einer reißerischen Geschichte Geld verdient werden soll und Patienten wirklich für dumm verkauft werden. Ich wünsche mir künftig etwas kritischere Buchrezensionen. **Dr. Peter Schimmelpfennig, Weinsberg**

Bild: Imago photothek

Die nächste, die den SPD-Schleudersitz verlässt: Nach nur einem Jahr als Vorsitzende gab Andrea Nahles ihr Amt auf

Und was hat die SPD genommen, dass sie als Verlierer dasteht?

Zu: Der Bruch hat begonnen (Nr. 23)

Der *PAZ*-Redakteur und Autor des Seite-1-Leitartikels hat recht: Die SPD steckt in einem Existenzkampf. Aber wo ein politischer Kampf ist, da wird eben endlich wieder gerungen.

Der ehemalige SPD-Pateichef Sigmar Gabriel hat recht, wenn er endlich konstatiert, dass der Migrationskurs den dänischen Sozialdemokraten Erfolg brachte. Die SPD in Deutschland wird sich diesem Kurswechsel langfristig nicht verschließen können. Erste Signale kommen aus dem SPD-Landesverband Bayern.

Schon gibt es dort nämlich einige Genossen, die fordern, dass der frühere Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin neuer bayerischer SPD-Landeschef werden möge. Ich vertraue dem innerparteilichen Erfolg der neuen politischen Ausrichtung noch nicht, zumal das Migrationsgesetzespaket gerade erst den Bundestag durchlaufen hat.

Auch die bayerische SPD-Landesvorsitzende Natascha Kohnen wurde SPD-intern erst kürzlich bestätigt, aber immerhin hat die bayerische SPD-Fraktion im Landtag mit dem Fraktionsgeschäftsführer Volkmar Halbleib aus Ochsenfurt noch einen Sprecher für Heimatvertriebene und Aussiedler.

Mir war bereits im September 2015 klar, dass die SPD in der Migrationspolitik diesen Kurswechsel vollziehen muss. Ich twitterte dieses Anliegen folglich dem Johannes Kahrs, SPD, bis heute gilt er als „rechter“ Seeheimer in der SPD-Bundestagsfraktion. Dieser Johannes Kahrs antworte mir kurz und ebenso unfreundlich: „Was hast Du genommen?“

Diese Antwort hat mich damals so geärgert, dass ich im Oktober 2015 aus der SPD austrat, nachdem mir Sigmar Gabriel auch erst nicht geantwortet hatte. Aber es scheint mir vielmehr so, dass, seit ich austrat, die SPD kaum mehr eine bedeutsame Wahl in Deutschland wirklich gewonnen hat.

Warum müssen aber dänische Sozialdemokraten erst erfolgreich sein, bis Gabriel mal öffentlich den Mund aufmacht. Gabriel wird ja sonst seine Standpunkte auch nicht an Mette Fredrikssen aus Dänemark orientieren.

Wenn die programmatische Neuaufstellung der SPD erfolgreich wäre, kann die Bundesrepublik Deutschland und können auch die ostpreußischen Heimatvertriebenen nur davon profitieren. **Dr. Frank Wolfram Wagner, Lemgo**

Breslauer Wichtel

Zu: Schlüssel zum Verständnis einer Metropole (Nr. 18)

Unter der Rubrik „Östlich von Oder und Neisse“ befindet sich ein wunderschöner Artikel über den polnischen Krimiautoren Marek Krajewski: „Seine Krimis versöhnten die Breslauer mit der deutschen Vorkriegsgeschichte.“ Zitiert wird die Germanistin und Polonistin Urlich-Kornacka, die als Reiseführerin durch die schlesische Metropole immer wieder Touristen darauf hinweist, dass überall in Breslau kleine, 30 Zentimeter große Bronze-Zwerge stehen. Anschaulich wird darüber berichtet, wo und warum diese Wichtel hier oder da postiert sind.

„Die ersten zwölf Zwerge zierten 2004 erst die Altstadt, später die ganze Stadt. 2018 waren es bereits 600.“ Der ganze Artikel ist wirklich sehr nett geschrieben. Seltsam allerdings finde ich, dass im ganzen Artikel (und wohl auch bei den Stadtführungen der polnischen Germanistin) nirgendwo erwähnt wird, was Breslau denn sonst noch mit den Wichtelmännlein/Zwergen oder Heinzelmännchen zu tun hat. Das berühmte Gedicht „Die Heinzelmännchen von Köln“ stammt von August Kopisch, der 1799 in Breslau geboren ist. **Adelheid von Puttkamer, Glienicke**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Anzeige

Jetzt erstmals als preiswerte Sonderausgabe!

Das Kultbuch des renommierten Nationalökonomen und intellektuellen Gegenspielers von John Maynard Keynes

»Selten schafft es einmal ein Ökonom, mit einem Buch das breite Publikum aufzurütteln. Eine große Ausnahme bildet *Der Weg zur Knechtschaft,* jenes legendäre Buch des späteren Nobelpreisträgers Friedrich A. v. Hayek«, schreibt die *Süddeutsche Zeitung.*

»Ein Jahr vor Kriegsende popularisierte Hayek damit im Londoner Exil seine in den zwanziger und dreißiger Jahren gewonnenen Überzeugungen, vor allem die These, dass jeder Planwirtschaft eine Tendenz zum Totalitarismus innewohnt und dass es keinen Mittelweg zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft geben kann. (...) **Einprägsam besonders Hayeks Begründung, warum Planwirtschaft und Demokratie nicht zusammenpassen.«**

Kommen Sozialisten wieder an die Macht?

Sozialistische Utopien werden im Westen immer populärer. Die Debatte, Immobilienbesitzer zu enteignen, ist bereits im Bundestag angekommen. Der SPD-Politiker und Bundesvorsitzende der Jusos, Kevin Kühnert, sowie Robert Habeck, Bundesvorsitzender der Grünen, sehen staatliche Enteignungen von privatem Immobilienbesitz als legitim an.

Umfragen bestätigen, dass sozialistische Utopien auch in der Bevölkerung immer beliebter werden. Die Zahlen sind teilweise erschreckend.

Nie war Hayeks Sozialismuskritik wichtiger als heute!

Laut *Deutschlandfunk* legt Hayek dar, »dass Sozialismus und Faschismus im Kern gleichermaßen den Weg in die Knechtschaft ebnen: Beide zielen auf die Zerstörung von Markt, Privateigentum, Demokratie und persönlicher Freiheit. Beide laufen auf ähnlich totalitäre Beherrschung der Gesellschaft durch eine politische Elite hinaus.«

»Heute ist Hayeks *Der Weg zur Knechtschaft* längst ein Klassiker unter den frühen Warnungen vor einem schleichenden Totalitarismus.« *Deutschlandfunk*

Bezeichnend ist auch, dass Hayeks Buch nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem internationalen Bestseller wurde – nur im besetzten Deutschland durfte das Buch nicht verkauft werden. Die Besatzungsmächte verboten die Lektüre!

Unterschätzen Sie die Gefahr des Sozialismus nicht!

Friedrich A. Hayek: Der Weg zur Knechtschaft • gebunden • 323 Seiten • Best.-Nr. 976 700

Sonderausgabe nur 14.99 €* statt 39.90 €

* Sonderausgabe in anderer Ausstattung

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Der Turm in »Gottes Garten«

Zimmerau und seine Aussichtsplattform aus dem Kalten Krieg – Ein Besuch in Orten an der früheren innerdeutschen Grenze

30 Jahre nach der Grenzöffnung – was ist aus den Orten geworden, an denen einst der Westen wie der Osten endete? Sind die Gemeinden im Zonenrandgebiet aufgeblüht oder wurden sie nun erst recht vergessen? Unsere Spurensuche an der ehemaligen innerdeutschen Grenze beginnt mit einem monströsen Turm, der einsam zwischen Bayern und Thüringen in „Gottes Garten“ steht.

Schon aus der Ferne, von Heldburg kommend, sieht man den Turm die lieblichen Hügel der fränkischen Toskana überragen. Es ist ein Turm mit einer ausladenden achteckigen Plattform, gebaut für den Massenandrang. Wofür dieser Aufwand? Was können die Menschen hier, in einer der einsamsten Ecken Frankens entdecken? Wiesen und Wälder, die sich zu allen Himmelsrichtungen erstrecken?

Schilder führen den Autofahrer zum Turm, der wie ein riesiger Nagel mit flachem Kopf in die Landschaft geschlagen wurde. Das Bauwerk ist eine Sehenswürdigkeit, in dem kleinen Ort Zimmerau vermutlich die einzige. Auf dem riesigen Schotterparkplatz, auf dem 20 Busse Platz hätten, stehen heute keine Autos, auf der Terrasse des nahen Gasthofes sitzen zwei Männer im Unterhemd. Wir sind an diesem Juniabend die einzigen, die den Landstrich am Ostrand Bayerns, auf den Karten Grabfeld genannt, von den Einheimischen auch „Gottes Garten“ tituliert, besuchen.

Auf der östlichen Seite der Grenze gehören die verlassenen und verkommenen Wachtürme zum gewohnten Bild. Da Beobachtungstürme gut den Unrechtsstaat DDR repräsentieren, hat sich niemand die Mühe gemacht, die Türme zu entsorgen. Meist befinden sie sich in einem verwahrlosten Zustand – mit eingeschlagenen Fensterscheiben und besprühten Wänden.

In Zimmerau, nur etwa einen Kilometer von der alten Zonengrenze entfernt, steht der „Grenzturm“ allerdings auf westlicher Seite. Mit 38 Metern ist er deutlich höher als die östlichen Bauten. Auch verfügt er über eine auffallend große Kanzel, die nicht nur Platz für wenige Soldaten, sondern für eine vollzählige Busgruppe bietet. Die Fenster sind intakt, auch Graffiti gibt es keine.

Am 17. Juni 1966, dem Tag der Deutschen Einheit, war der Turm mit seinen 180 Stufen eingeweiht worden – und hatte den bedeutenden Namen „Bayernturm“ erhalten. Er war das touristische Gegenüber zu den militärischen Türmen des Ostens. Reisende aus ganz Deutschland kamen nach Zimmerau, um von hier aus einen Fernblick in die DDR zu erlangen – und dann ein wenig zu erschaudern. Sofern die Besucher etwas Glück hatten, konnten sie einen echten DDR-Genossen bei der Feldarbeit oder einen Grenzer bei seinem Patrouillengang beobachten. In der Ferne sahen sie bei klarer Sicht die Veste Heldburg bei Bad Colberg, auffällig gelegen auf einem 405 Meter aufragenden Vulkankegel. Die Veste war zu DDR-Zeiten erst russische Kommandantur und anschließend ein Kinderheim. Ein Großbrand verwüstete 1982 das Heim und ließ die ganze Burg unbewohnbar werden. Erst nach der Wende begann die Rekonstruktion, heute ist die Veste ein Museum.

Der Turm an der Grenze – er ist in auf beiden Seiten wesentliches Element der Ost-West-Beobachtung. Deutsche beider Staaten beäugten sich von Türmen misstrauisch. Doch während die Grenzsoldaten der DDR das Schnellfeuergewehr im Anschlag hielten, feuerten die Touristen von der anderen Seite mit ihren Spiegelreflexkameras und empfanden ein leichtes Gruseln, wenn sie an den Alltag da „drüben“ dachten. Neben dem Turm in Zimmerau gab es auch in Berlin und anderen Orten Aussichtsplattformen, von denen aus Westdeutsche und Touristen den Arbeiter- und Bauernstaat DDR aus sicherer Distanz beobachten, von denen sie den Kalten Krieg hautnah erleben konnten.

Für die vielen Neugierigen, die vor 50 Jahren mit Bussen nach Zimmerau kamen, wurde unterhalb des Turms ein Restaurant mit angeschlossener Pension errichtet, ausgelegt für den täglichen Massenandrang. Heute freut sich der Wirt über jeden Besucher, der noch in den Ort findet. Die beiden Monteure sitzen auf der Terrasse und trinken Bier. Da es sowieso keine anderen Gäste gibt, hat einer von ihnen sein plärrendes Kofferradio direkt auf den Terrassentisch gestellt.

Am Turm – nur weil er so groß und so hässlich ist, wurde er nicht vergessen – weist ein verrosteter Automat darauf hin, dass sich nach Einwurf eines Ein-Euro-Stückes das Drehtor öffnet und man die Treppe bis zur Aussichtsplattform nehmen kann. Wer mutig ist, der zückt nun sein Geld und ist bereit, alleine einen Turm zu besteigen, der nun Jahr für Jahr mehr verfällt.

Schon beim Gang durch den Eingangsbereich kommen Gedanken an den Kalten Krieg auf. Ein Drehkreuz aus massiven Metallstreben, das ein unberechtigtes Betreten des Turms verhindert, erinnert an die Übergänge an der Zonengrenze, das verwitterte Wellblech des Turms an die Dienstbauten der DDR-Grenzer, in denen einst die übel gelaunten Beamten saßen. In seiner Monstrosität wirkt der Bayernturm in Zimmerau noch heute wie eine eigenartige Reminiszenz an den kalten Krieg – er ist ganz authentisch. *Nils Aschenbeck*

Früher ein Blick nach „drüben“, heute ein Blick ins Nichts: Der monströse Aussichtsturm von Zimmerau Bild: Aschenbeck

Die laute Blonde

Wie der Vater, so die Tochter: Laura Karasek startet TV-Karriere

Hochhackige Damenschuhe, also High Heels, gehören zu ihrem Geschäftsmodell genauso wie die aufgetürmten blonden Haare und eine Stimme, von der man ehemals geraunt hätte: „Die hat wohl mit Whisky gegurgelt.“ Laura Karasek ist der Prototyp jener Moderatorin, wie sie das Fernsehen neuerdings liebt: Ein optischer Hingucker. Selbstbewusst und frech. Mit Sprüchen, bei denen Zartbesaitete zusammenzucken.

„Laura Karasek liebt den Adrenalin-Kick, Gedichte, Männer mit Brusthaaren, Prosecco und Abgründe unterschiedlicher Art“, heißt es betont munter in ihrer Vita. Sie selbst setzt noch einen drauf: „Wie sexy darf man sein, um noch seriös zu sein?“

Seit den Triumphzügen frecher Frauen von Ina Müller bis Barbara Schöneberger gehört wohl auch die große Klappe zum Rüstzeug für eine Fernsehkarriere, die für Karasek mit einer Talkshow beim Spartensender ZDF NEO startet („Zart am Limit“, ab 4. Juli donnerstags um 22.15 Uhr).

Was die gebürtige Hamburgerin anderen Fernseh-Blondinen voraus hat: Sie konterkariert ihr Image mit einem gediegenen akademischen Hintergrund. Die 36-jährige ist Anwältin, arbeitete bis vor Kurzem in einer renommierten Frankfurter Kanzlei. Außerdem schrieb sie zwei Bücher, das dritte ist in Arbeit. Zudem ist sie Kolumnistin im Internetportal der Zeitschrift „Stern“ und Mutter der dreijährigen Zwillinge Josephine und Constantin. Fehlt noch der Vater: Hellmuth Karasek, bunter Hund und Tausendsassa, der im „Literarischen Quartett“ genauso quasselte wie in diversen Talkshows, der Bücher schrieb und unter dem Pseudonym Daniel Doppler auch Theaterstücke.

Auf den 2015 Verstorbenen angesprochen, wird die laute Blonde überraschend leise. Vom Vater habe sie die Tollpatschigkeit geerbt, bekennt sie. Außerdem diese spezielle Mischung aus Selbstzweifeln und Größenwahn.

Laura Karasek ist im ZDF „Zart am Limit“ Bild: ZDF/Klaus Weddig

Und die Selbstironie. „Genau wie er bin ich kein Freund von Perfektion.“ Von Zweifeln allerdings merkt man wenig, wenn Laura Karasek freimütig erzählt, wie sie sich mit Bewerbungsbriefen für den neuen Job empfahl. „Nehmen Sie mich, sie werden es nicht bereuen!“

Warum auch nicht? Das Motto „Blüh’ wie das Veilchen im Moose, sittsam, bescheiden und rein“ ist sowas von 60er, und außerdem „komme ich aus einem Elternhaus mit drei Brüdern, auch meine Eltern waren laut.“

Ihre Talkshow wird in einem schicken Club in Frankfurt aufgezeichnet, für die Pilotsendung ließ sie sich von der Moderatorin Ulla Kock am Brink beraten. Sie will mit ganz normalen Menschen reden, den einen oder anderen Prominenten in die Runde würfeln, und ihre angeblichen Selbstzweifel werden sie kaum daran hindern, bei Erfolg einen Platz im Hauptprogramm des ZDF anzupeilen. „Für die Formatentwicklung ist es immer wichtig, eine Heimat zu haben. Wenn die Sendung funktioniert, ergibt sich der nächste Schritt“, meint der Redakteur. An Karasek soll’s nicht liegen. „Zum rosa Bock“ war auch mal als Titel im Gespräch, mit einem Augenzwinkern auf Heinz Schenk und dessen Sendung „Zum Blauen Bock“ verweisend. Der Titel wurde verworfen. Bloß keine Nostalgie. *Anne Martin*

Gut durchlüftet

Durch das sanierte Neue Palais in Potsdam weht ein neuer Wind

Auf einer sumpfigen Wiese ließ Friedrich der Große nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges zwischen 1763 und 1769 das Neue Palais im Garten von Sanssouci in Potsdam errichten, damit es von der neuen Größe Preußens kündete. Die kulturhistorisch zu den wertvollsten Schlossanlagen der Welt zählende Sommerresidenz des Königs wurde wegen der Feuchtigkeit auf ein riesiges Gewölbe von 11 000 Quadratmetern Fläche gesetzt und aus der Landschaft durch ein Podest herausgehoben. Das sogenannte „Opfergeschoss“ mit offenen Fensterlöchern sollte ausschließlich der Durchlüftung dienen, da man bereits die Gefahr der aufsteigenden Nässe erkannte und zu verhindern suchte.

Das Musikzimmer Friedrichs des Großen Bild: SPSG/Wolfgang Pfauder

„Doch leere Räume wecken Begehrlichkeiten“, sagte die Projektleiterin der Abteilung Architektur der Stiftung preußische Schlösser und Gärten (SPSG), Heike Zeymer. So wurden schon bald Wände eingezogen, Fenster eingesetzt, Dienerzimmer und Wirtschaftsräume eingerichtet. Zur Kaiserzeit nutzte man es auch für Haustechnik und Heizung. Mit der Durchlüftung war es somit schnell vorbei – mit fatalen Folgen für das 250 Jahre alte Gebäude. Feuchte Wände und über den Umlaufsockel eintretendes Regenwasser nagten an der Bausubstanz.

Aber nicht nur daran. So befinden sich etwa 500 Fassaden-Skulpturen bis zu einer Größe von 3,50 Metern an und auf dem Gebäude-Ensemble des Neuen Palais, der Kolonnaden und Communs. Ein Volk von Göttern, Halbgöttern, Helden und Nymphen, die laut der Direktorin der Restaurierungsabteilung, Kathrin Lange, aber auch vom Zahn der Zeit angenagt wurden.

Seit 2014 wurde das „Opfergeschoss“ inklusive der darauf gestellten 172 Figuren für knapp 16 Millionen Euro restauriert. Insgesamt bewegte man unvorstellbare 3000 Quadratmeter Sandsteinplatten und über 3000 Treppenstufen, die mit einer Abdichtung versehen wurden. Hinzu kam die Ausbesserung der Ziegelgewölbe, das Zurückbauen eingezogener Wände und die Installation eines Belüftungssystems mit sich automatisch öffnenden Lamellenfenstern und Lüftern.

„Das Palais steht das erste Mal trocken“, freute sich der erst seit Februar amtierende neue Generaldirektor der SPSG, Christoph Martin Vogtherr. Jetzt kann die Luft wieder strömen, und durch Einfluglöcher ist auch das Winterquartier für dort lebende Fledermäuse gesichert. Bei Spezialführungen können die Keller besichtigt werden. Unvermittelt weiter gingen die Bauarbeiten an der „Dauerbaustelle Neues Palais“, wie Vogtherr wissen ließ.

Finanziert wurde das Projekt durch ein Sonderinvestitionsprogramm des Bundes und der Länder Berlin und Brandenburg, das seit 2008 insgesamt 155 Millionen Euro zur Restaurierung der Schlösser in Potsdam und Berlin zur Verfügung stellt. Mit der Fertigstellung des Sockels am Neuen Palais ist dieser erste Masterplan abgeschlossen. Im Jahr 2018 startete bereits der zweite Masterplan, der 400 Millionen Euro zur Rettung nationaler Kulturgüter bereitstellt. Silvia *Friedrich*

Beeindruckende Dokumentation des Memeler Theaters

Das schillernde Theaterleben im alten Memel hat Christian Roedig akribisch erforscht und damit der Geschichte von Memel [Klaipeda], der heute drittgrößten Stadt der Republik Litauen, ein faszinierendes Kapitel hinzugefügt. Seine beeindruckende, mit zahlreichen Abbildungen ausgestattete Dokumentation trägt den Titel „Theater im fernen Norden. Memels Schauspielhaus zwischen Preußen, Deutschem Reich und litauischer Republik“. Erschienen ist der Band als Werk 52 in der PRUSSIA-Schriftenreihe. Der 1951 geborene Autor hat bereits mehrere Werke zur Theatergeschichte veröffentlicht. Beruflich war er als Gymnasiallehrer sowie Herausgeber und Autor von Schulbüchern und Geschichtswerken tätig.

Wie in anderen Hafen- und Handelsstädten auch, verdankte das Theater in Memel seine Entstehung zu Beginn des 19. Jahrhunderts dem Engagement seiner Kaufmannschaft. Mit der Eröffnung des Schauspielhauses am 14. Oktober 1860 begann ein neuer Abschnitt im kulturellen Leben der Hafen- und Seestadt im nordöstlichsten Winkel Preußens und später des Deutschen Reiches. Hier, in der ostpreußischen Grenzregion zu Litauen, sorgten musikalische Darbietungen, Komödien und Dramen in den eisigen Wintermonaten bis Mitte April für Unterhaltung und Bildung der überwiegend deutschen beziehungsweise deutschsprachigen Bürger. Memel war seit jeher auch eine Schnittstelle unterschiedlicher Kulturen. Litauische und jüdische Bühnen gastierten dort mit großem Erfolg.

Bei den Luftangriffen auf die Stadt im Zweiten Weltkrieg wurden sämtliche Akten vernichtet. Dennoch ist es dem Autor gelungen, die Geschichte des Hauses vor dem Hintergrund der besonderen historischen Situation des Memelgebietes bis in kleinste Verästelungen aufzurollen. Dazu hat er eine Fülle von Literatur gesichtet und aufwendige Recherchen in staatlichen und privaten Archiven durchgeführt.

Seine „Funde“ hat Roedig in lebendigen Schilderungen zusammengeführt, die teilweise weit über den engeren Inhalt ausgreifen. Unter Verwendung von authentischen Schriftzeugnissen wie zeitgenössischen Erinnerungen, Zeitungs- und Reiseberichten dokumentiert die Theaterchronik lokale Verhältnisse, Spielpläne, Inszenierungen und den Inhalt von Bühnenstücken aller Couleur. Biografien bekannter, überwiegend jedoch in Vergessenheit geratener Akteure wurden eingefügt: von Schauspielern, Intendanten, Bühnenautoren und lokalen Größen des Literaturschaffens. Nicht wenige der ausgesuchten Beispiele zeugen von dem oftmals prekären Dasein der umjubelten Schauspieler.

Schnittstelle unterschiedlicher Kulturen

„Die Nachricht vom Rücktritt Wilhelms II. und der Ausrufung der Republik (9. November 1918) traf die königstreuen Memeler wie ein Keulenschlag.“ Nach dem Ende der französischen Besatzungszeit und der litauischen Besetzung Memels und des Memelgebietes im Januar 1923 erwies sich die Furcht des Theaterpersonals vor dem litauischen Chauvinismus jedoch als unbegründet. Litauische Gastspiele – darunter Bühnenstücke in jiddischer Sprache – fanden nun einmal wöchentlich statt. In den 1920er und 30er Jahren traten viele später zu Berühmtheit gelangte Schauspieler wie Ernst Deutsch, Paula Wessely oder Elisabeth Flickenschildt im Memeler Schauspielhaus auf. Das Theater wurde experimenteller, politischer. Indessen, obwohl am Rückgrat des Betriebes – den Schwänken und Komödien – nicht gespart wurde, halbierten sich die Besucherzahlen dauerhaft.

Viel Raum widmet Roedig der sich zuspitzenden politischen Entwicklung im Hinblick auf den deutsch-litauischen Nationalitäten-Konflikt, der von den Nationalsozialisten zum Kulturkampf stilisiert wurde und nicht ohne Auswirkung auf die Intendanz blieb. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde das städtische Schauspielhaus in „Deutsches Theater“ umbenannt. Damit endete die Epoche des liberalen Kulturlebens der Weimarer Republik. Unliebsame Theaterleute wurden verjagt, entweder aus „rassischen Gründen“ oder weil sie als politische Gegner galten. Der Zeitabschnitt bis zur Rückgabe des Memelgebiets an das Deutsche Reich am 23. März 1939 wird hier nur kursorisch behandelt. Hervorzuheben bleibt die dem Buch zugrundeliegende außerordentliche wissenschaftliche Leistung. *D.J.*

***Christian Roedig: „Theater im fernen Norden. Memels Schauspielhaus zwischen Preußen, Deutschem Reich und litauischer Republik“,** Herausgegeben als Werk 52 der PRUSSIA-Schriftenreihe, Husum Verlag, Husum 2018, broschiert, 268 Seiten, 34,95 Euro*

Eine magische Reise

Die in der Nähe von Weimar geborene Autorin und ehemalige Studiendirektorin an einem Berliner Gymnasium Franziska Trauth legt mit ihrer Novelle „Der Kranichring“ aus dem Tra-foberlin Verlag eine mitreißende Erzählung vor, in der der Leser mitgenommen wird auf eine Flussreise die Donau entlang.

Man wird sofort hineingezogen. Schon auf der ersten Seite im „etwas anderen Vorwort“ bleibt der Leser hängen, um dem dort Geschriebenen zu folgen.

Was hat es mit den drei Nonnen auf dem Fahrrad auf sich, die verfolgt werden von einem jungen Mann mit Kreuztätowierung auf dem Rücken?

Die Protagonistin Alma glaubt unterwegs einem Menschen ihrer Vergangenheit wieder zu begegnen, ist sich jedoch nicht sicher. Diese denkwürdige Begegnung führt zu einer Reise durch die Zeit und durch die Jugend, ja das gesamte Leben Almas.

Nach und nach fächern sich die Lebensabschnitte Almas auf. Welche Rolle der geheimnisvolle Kranichring dabei spielt, muss der Leser selbst herausfinden. Verfügt er tatsächlich über magische Kräfte?

Dass die Autorin in der deutschen Literaturgeschichte zuhause ist, spürt man auf jeder Seite. So ist es auch eine Exkursion durch Szenen der bedeutendsten Werke der deutschen Literatur, die geschickt mit der Handlung verwoben wurden. Die Tochter der Autorin, Teresa Trauth, illustrierte das Werk mit symbolträchtigen Aquarellbildern.

Vielleicht ergeht es den Lesern wie der Hauptfigur Alma, denn diese wird durch die Reise verändert. Eine poetische Exkursion in die Vergangenheit, zu Jugendträumen und magischen Situationen im Leben, die jeder bei sich selbst erinnern wird.

Silvia Friedrich

***Franziska Trauth: „Der Kranichring“,** Trafoberlin Verlag, Berlin 2019, borschiert, 12,80 Euro*

Präzise und faktenreich

Die Deutsche Bank war früher eines der seriösesten Aushängeschilder der Bundesrepublik. Bis dann ab 1996 Manager in Führungspositionen gelangten, welche dem Geldinstitut irreparablen Schaden zufügten – so wie beispielsweise der Schweizer Josef Ackermann und der Brite indischer Herkunft Anshu Jain. Über deren Machenschaften und den daraus resultierenden Niedergang berichtet nun das aufwändig recherchierte Buch „Bad Bank“ von Dirk Laabs.

Der Autor und Filmemacher beschreibt sehr präzise und faktenreich, wie das System Deutsche Bank in den letzten Jahrzehnten funktionierte: Seine zunächst recht beeindruckenden Erfolge resultierten vielfach nur aus Lügen, Betrug und Diebstahl sowie anderen halb oder vollkommen illegalen Machenschaften, die schließlich Ende 2016 zu einem kompletten Kontroll- und Ansehensverlust führten. Dabei tun sich durchaus Parallelen zur Entwicklung in der Bundesrepublik insgesamt auf. Für mehr Profit und immer größere Boni zu Händen der Banker wurde mit unser aller Geld gezockt, genau wie die Politik seit geraumer Zeit die Zukunft und den mühsam erarbeiteten Wohlstand der Deutschen verspielt. *W. Kaufmann*

***Dirk Laabs: „Bad Bank. Aufstieg und Fall der Deutschen Bank“,** Deutsche Verlags-Anstalt, München 2018, gebunden, 560 Seiten, 28 Euro*

Vom elenden Alltag NS-verfolgter Kinder

Es ist schier die Hölle, in der die NS-verfolgten Kinder, meist Juden, in den Kriegsjahren vegetieren und meist krepieren mussten. Johannes-Dieter Steiner schildert diese massenhaften Tragödien sehr ausführlich unter geradezu jedwedem Aspekt. Er gliedert den Stoff in die Kapitel: „Politik und Besatzung“, „Ghettos und Lager“, „Erfahrungen und Erinnerungen“, „Kriegsende und Befreiung“.

Als Ziel der Arbeit gibt Steinert an, „die Geschichte jüdischer Kinderzwangsarbeit als Teil von Besatzungspolitik und Holocaust so zu analysieren und darzustellen, wie sie sich in den Erinnerungen der Betroffenen widerspiegeln.“ Als Materialgrundlage dienten neben zeitgenössischen Dokumenten aus deutschen und ausländischen Archiven insbesondere Interviews, deren Zahl mit mehr als 100 000 beziffert wird. In einer statistischen Betrachtung spricht Steinert von 600 000 Zwangsarbeitern, die den Jahrgängen 1923 bis 1932 angehörten und in mehr als 1000 Ghettos ihr Dasein fristeten. Ihr elender Alltag bildet den Kern der Darstellung.

Das Buch bietet auch Überraschungen und Kuriositäten, so wenn zitiert wird: „Der einzige, der immer sehr freundlich war, war Eichmann selber.“ Ein Kapitel trägt die Überschrift „Schindler“, der Hunderte von Menschenleben rettete. Sein Steckbrief: „Geschäftsmann, Kriegsgewinnler, Schwarzhändler, Genussmensch, Spieler, Frauenheld und Gerechter unter den Völkern“. Warum hat der Autor nicht erwähnt, dass Schindler seit frühen Tagen Mitglied der Partei Hitlers gewesen ist? Wäre andernfalls seine Hilfe möglich gewesen? Paradox.

Einem Juden gelang es, sich in die SS einzuschleichen, andere durften als Häftlinge in Auschwitz Fußball- und Theater spielen, wieder andere eine Maurerschule besuchen in der Absicht, sie effektiver in den Arbeitsprozess einzuspannen.

Die nüchterne Darstellung widerlegt Daniel Goldhagens Thesen, nach denen die Deutschen Hitlers willige Vollstrecker gewesen seien. In der Not „funktionieren“ die meisten ohne Rücksicht, wie Elie Wiesel verdeutlicht: „Hier gibt es weder Vater noch Bruder noch Freund. Hier lebt und stirbt jeder für sich.“ Doch es gibt die heroischen Ausnahmen, so jenen Judenrat, der einen Kindertransport vorbereiten sollte und der sich deshalb das Leben nahm: „Ich kann doch nicht wehrlose Kinder dem Tod ausliefern. Ich habe beschlossen abzutreten.“ *Konrad Löw*

Mehr als 100 000 Archiv-Dokumente ausgewertet

***Johannes-Dieter Steinert: „Holocaust und Zwangsarbeit. Erinnerungen jüdischer Kinder 1938–1945“,** Klartext Verlagsgesellschaft, Essen 2018, broschiert, 428 Seiten, 34.95 Euro*

Widerstand an der Berliner Charité

Anlässlich des 30. Jahrestags des Hitlerattentats trifft sich Lily in Bern mit dem amerikanischen Journalisten Eddie Bauer, um ihm über ihre Rolle beim „Donnerstagsclub“, einer Widerstandsgruppe gegen das Regime der Nationalsozialisten an der Berliner Charité unter der Führung des Chirurgen Ferdinand Sauerbruch, zu berichten.

Lilys Geschichte ist kurzweilig und spannend erzählt. Die aus Danzig stammende junge Frau wird als Sekretärin beim großen Professor Sauerbruch angestellt. Noch begeistert von ihrem großen Glück, erfährt sie durch die Diktate ihres Chefs bald von dessen oppositionellen Aktivitäten. Sie selbst wird Mitglied des „Donnerstagsclubs“, der es sich zur Aufgabe macht, geheime Informationen an die Briten weiterzugeben, damit diese Hitler aufhalten können. Lily wird auf Fritz Kolbe angesetzt, der als Mitarbeiter des Botschafters zur besonderen Verwendung, Karl Ritter, Zugang zu geheimen Dokumenten hat. Beide verlieben sich und werden ein Paar. Als Spione leben sie ständig in Gefahr. Das wird Lily noch einmal schmerzlich bewusst, als sich Bauer als falscher Journalist entpuppt, der den Auftrag hat, sie zu töten.

Mit seinem Roman verknüpft Hardinghaus reale Personen und Ereignisse mit fiktiven Interpretationen. Der Autor, der zeitgleich zur ARD-Serie „Charité“ eine Biografie über Sauerbruch herausgegeben hat, will auf diese Weise historische Lücken schließen. Er widmet dieses Buch den Männern und Frauen, die während des Zweiten Weltkriegs unter Einsatz ihres Lebens Widerstand geleistet und Tausenden Menschen das Leben gerettet haben. *Manuela Rosenthal-Kappi*

***Christian Hardinghaus: „Die Spionin der Charité“,** Europaverlag, Berlin 2019, gebunden, 230 Seiten, 20 Euro*

Tipps zur Pflege

Es kann jede Familie treffen: Plötzlich gelingen Vater, Mutter oder dem Partner ganz alltägliche Dinge nicht mehr. Wichtige Entscheidungen stehen an. Kann die Pflege zuhause im gewohnten Umfeld erfolgen, wer soll sie leisten, oder ist es doch besser, sich professionelle Hilfe zu holen?

Die Autorinnen Sigita Urdze und Stefanie Drozdzynski, selbst Betroffene, geben mit ihrem Buch „Pflegefall in der Familie“ wertvolle Tipps zur Orientierung. Leider ist die Strukturierung der Kapitel etwas unglücklich, sodass es im Bedarfsfall mühsam ist, sich zurecht zu finden. *MRK*

***Sigita Urdze/Stefanie Drozdzynski: „Pflegefall in der Familie für dummies“,** Wiley-VCH Verlag, Weinheim 2019, broschiert, 229 Seiten, 14,99 Euro*

Gerhard Greß/Jörg Petzold

Ostpreußen und seine Verkehrswege

Teil 1 bis 1945

Mit Ostpreußen verbinden sich besondere Vorstellungen: herrliche, von Moränenhügeln, Flussniederungen und Moorgebieten durchzogene Landschaften mit Elchen und Störchen, tiefdunkle Wälder und zahllose Seen, die Bernsteinküste, berühmte Seebäder, auf dem Kurischen Haff kreuzende Fischerkähne mit geschnitzten Wimpeln und wandernde Sanddünen auf der Nehrung, das Frische Haff mit dem hoch aufragenden Dom in Frauenburg, Trakehnen und seine berühmten Pferde, mächtige Ordensburgen und wehrhafte Städte, schattenspendende Baumalleen entlang der Chausseen, Kornfelder soweit das Auge reicht, Industrien und Unternehmen von Weltruf und natürlich die legendäre Ostbahn Berlin – Königsberg – Eydtkuhnen. Sie spielt in unseren beiden Standardwerken zum Verkehrswesen in Ostpreußen eine ebenso wichtige Rolle wie die vielen anderen großen und kleinen Bahnen. Wie in dieser beliebten VGB-Buchserie üblich, widmen sich die Autoren auch den anderen öffentlichen Transportmitteln, wie den vielfältigen Straßenbahnbetrieben, dem wichtigen Omnibusverkehr und der Schifffahrt. Band 1 beschreibt die rasante Verkehrsentwicklung dieser ostdeutschen Provinz bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, als das alte Ostpreußen in kürzester Zeit von der Bildfläche verschwunden ist. ca. 800 seltene Aufnahmen. 372 Seiten

Nr. P A1345 **Gebunden** **59,95 €**

NDL-Dampfer „Steuben"

Schiffe, Menschen, Schicksale

Der wechselhafte Weg des NDL-Dampfers „Steuben" und sein furchtbares Ende durch Torpedos eines russischen U-Bootes werden hier erzählt. 46 Seiten/Kartoniert.

Nr. P A1384 **Kart.** **4,90 €**

Bark „Schulschiff Pommern"

Schiffe, Menschen, Schicksale

Vom „Schulschiff Pommern" insbesondere über sein Ende 1928 erzählt diese Ausgabe der Heftreihe SMS in vielen interessanten Einzelheiten. 46 Seiten/Kartoniert.

Nr. P A1385 **Kart.** **4,90 €**

Frachtschiff „Goya"

Schiffe, Menschen, Schicksale

Die dramatische Geschichte der „Goya", die nach 2 russischen Torpedotreffern im April 1945 vor der Insel Hela versank und tausende Menschen mit in die Tiefe riß. 46 S.

Nr. P A1386 **Kart.** **4,90 €**

„Wilhelm Gustloff"

Schiffe, Menschen, Schicksale

Die dramatische Geschichte der „Wilhelm Gustloff", die im Mai 1937 in Dienst gestellt wurde und im Januar 1945 mit über 6.000 Menschen versank. 46 S.

Nr. P A1387 **Kart.** **4,90 €**

Gerhard Greß/Jörg Petzold

Ostpreußen und seine Verkehrswege

Teil 2 ab 1945

In den Jahren 1989/90, als die Menschen den „Eisernen Vorhang" überwanden und die 1949 entstandenen Teilstaaten Bundesrepublik und DDR wieder zu einem Deutschland zusammenfanden, kam uns gedanklich auch jenes Land wieder näher, das Stalin 1945 zur einen Hälfte Polen und zur anderen seiner Sowjetunion zugeordnet hatte. Die Westmächte billigten dieses Vorgehen nur widerstrebend, weil sich dadurch eine weitere menschliche Katastrophe abzeichnete: die Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat, die zu den folgenschwersten Ereignissen der Geschichte zählt. Viele Vorstellungen verbinden sich noch heute mit dieser einst östlichsten deutschen Provinz. Durch seine wunderschönen Landschaften, tiefdunklen Wälder, unzähligen Seen und schattigen Baumalleen an den Chausseen wurde es zum Begriff für verlorene Heimat und Sehnsucht. Wie in dieser beliebten VGB-Buchserie üblich, spielen in diesem Standardwerk die großen und kleinen Bahnen sowie die sonstigen Verkehrswege wie Straßenbahnen und die Schifffahrt eine wichtige Rolle. Auch dieser Teil 2 führt Sie mit seltenen Fotografien durch ein Gebiet, das bis heute nichts von seiner landschaftlichen Schönheit und seinem magischen Reiz verloren hat.. ca. 350 seltene Aufnahmen. 216 Seiten

Nr. P A1383 **Gebunden** **49,95 €**

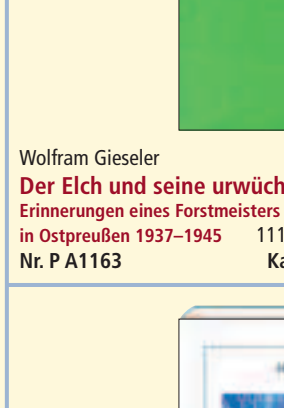
Siegfried von Vegesack

Die baltische Tragödie

520 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag

Nr. P 9627 **19,90 €**

Siegfried von Vegesack hat in seiner großartigen Romantrilogie vom Schicksal der Baltendeutschen ein faszinierendes Panorama einer versunkenen Kultur- und Gesellschaftsschicht gezeichnet. Am Beginn entfaltet sich in berührenden Bildern das Leben auf einem großen Gutshof, poetisch, unverkitscht und mit wachem Auge für die soziale Wirklichkeit geschildert. Später treten die politischen und sozialen Spannungen zwischen Deutschen und Russen einerseits, der Herrenschicht und den weitgehend rechtlosen Esten und Letten andererseits immer stärker ins Blickfeld, bis Vegesack schließlich den Untergang der deutschen Kultur im Baltikum in den Wirren des Ersten Weltkriegs, der bolschewistischen Aufstände und der Freikorpskämpfe schildert.



Hermann Sudermann

Die Reise nach Tilsit

und andere litauische Geschichten

292 Seiten/Gebunden

Nr. P 533154 **14,95 €**

Hermann Sudermann beschreibt in seinen vier „Litauischen Geschichten" das Leben einfacher Menschen in der Memelniederung an der deutsch-litauischen Grenze. Selbst aus dem Memelland stammend, schildert er die ostpreußischen Schicksale auf spannende und zugleich ergreifende Weise: In „Miks Bumbullis" das Schicksal eines Wilddiebes, der einen Förster erschossen hat, in „Die Magd" die Versuche einer Frau, einen Mann und ein wenig Glück zu finden, in „Jons und Erdme" den durch nichts zu brechenden Willen eines Ehepaars, sich im Moor eine Existenz aufzubauen. Die größte Berühmtheit erlangte die Erzählung „Die Reise nach Tilsit", die bereits zweimal verfilmt wurde.

Ruth Geede

Der Wiesenblumenstrauß

Heitere ostpreußische Geschichten

Ein Strauß voller humorvoller Kurzgeschichten und Gedichte, der den Duft der unvergessenen Heimat verbreitet, ist in diesem Band versammelt. Liebevoll schildert Ruth Geede in „Der Wiesenblumenstrauß" die Eigenarten ihrer Landsleute – liebenswürdig und unverwechselbar, teilweise in ostpreußischer Mundart. Da gibt es zum Beispiel den kleinen Instjungen Nante, der die Gutstochter Annemarie vor einer ungewollten Heirat bewahrt und auf diese Weise seine Vorliebe für Igel entdeckt oder das Kindermädchen Nusch, das von der großen weiten Welt träumt und eine folgenreiche Zugreise unternimmt. In jeder Erzählung schildert die „Grande Dame der Ostpreußen" eine lustige Begebenheit und lässt in den Gedichten die alte Heimat Ostpreußen mit ihren Bewohnern, die das Land so liebenswert machen, wiederauferstehen. Mit 101 Jahren war Ruth Geede bis zu Ihrem Tod die älteste aktive Journalistin der Welt. Sie lebte und arbeitete in Hamburg. 176 Seiten.

Nr. P 533191 **Gebunden mit Schutzumschlag** **12,95 €**

Ruth Geede

Wo der Sprosser sang

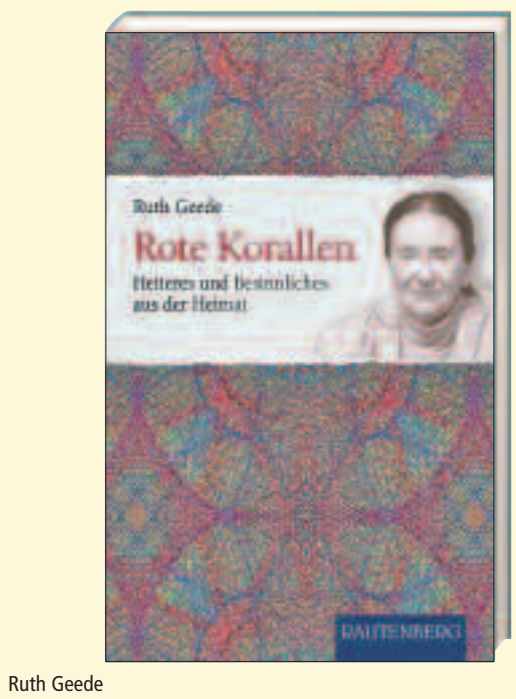
Eine bunte Sammlung von berührenden Erzählungen, Erinnerungen und Gedichten der Ostpreußischen Familie, gesammelt und zusammengestellt von Ruth Geede, laden zum Träumen und Schmunzeln ein. Enthaltene Erzählungen: „Nidden", „Im Schulhaus von Kiaulkehmen", „Die Roggenmuhme", „Trakehner Blut", „Die Hochzeit auf dem Lande", „Zu Martini wird gezogen", „Mien Derpke" und viele mehr. 128 Seiten

Nr. P 1850 **Kartoniert** **10,50 €**

Modischer Silberanhänger mit funkelnden Zirkonias an einer 50 cm Silberkette

Ein dekoratives Schmuckstück für Jung und Alt und zu vielen Gelegenheiten.

Nr. P A1375
59,90 €



Ruth Geede

Rote Korallen

Heiteres und Besinnliches aus der Heimat

In Kurzgeschichten und Gedichten, teilweise in ostpreußischer Mundart verfasst, erzählt Ruth Geede, die gebürtige Königsbergerin, mit Liebe und Humor von ihrer Heimat. Das bäuerliche Leben auf dem Land ist die Kulisse für die heiteren Begebenheiten, die den Helden widerfahren. Einer dieser Helden ist der Ohm Sodeikat, der seiner Frau einen überaus teuren Hut kauft, welcher verloren geht und als verdrecktes Katzenbettchen wieder auftaucht. Aber auch dramatische Geschehnisse werden warmherzig beschrieben. Da gibt es zum Beispiel Maria, die nach dem Tod ihres Ehemannes den Verstand verliert. In ihren Geschichten und Gedichten gelingt es Ruth Geede meisterhaft, ihre geliebte und unvergessene Heimat Ostpreußen neu erstehen zu lassen. Mit ihrer ausdrucksvollen Sprache malt sie ein bezauberndes Bild der ostpreußischen Landschaft mit ihren goldenen Weizenfeldern und den kristallschimmernden Seen. 176 Seiten.

Nr. P 533193 **Gebunden mit Schutzumschlag** **12,95 €**

Wolfram Gieseler

Der Elch und seine urwüchsige Landschaft

Erinnerungen eines Forstmeisters an die Elchniederung in Ostpreußen 1937–1945 111 Seiten

Nr. P A1163 **Kartoniert** **7,95 €**

Horst Naujoks

Vom Efeu der Erinnerung umrankt

Erinnerungen an die Elchniederungen

Mit zum Teil farbigen Fotos. 144 Seiten

Nr. P A1181 **Kartoniert** **7,95 €**

Historische Karte: Provinz Ostpreussen 1910 (Gefaltet)

Reprint Karte Provinz Ostpreussen. Grenz-und flächenkolorierte Karte. Carl Flemmings Generalkarten No. 3. Carl Flemming Verlag Glogau, Buch- u. Kunstdruckerei, ohne Jahr (ca. 1910). Maßstab 1:475 000. Außenformat (Breite x Höhe) 65 cm x 95 cm – Darstellungsgröße (Breite x Höhe) 63,7 x 87,7 cm. Farbenprächtiger Nachdruck der Originalkarte. Mit statistischer Übersicht aller Regierungsbezirke der Provinz Ostpreussen im oberen, linken Bereich und einer Extra-Karte von Königsberg und seiner Umgebung im oberen, rechten Bereich, im Maßstab 1:150 000.

Nr. P A1105 **Gebunden** **19,80 €**

Ortsnamenverzeichnis der Ortschaften jenseits von Oder und Neiße

Format 17 x 24 cm. Gebunden mit farbigem Überzug. 232 S.

Nr. P 5008 **16,95 €**

Alle Namen der Ortschaften jenseits der Flüsse Oder und Neiße sind sowohl in deutscher, polnischer und russischer Sprache aufgeführt.
Das Buch besteht aus zwei Abteilungen – deutsch-fremdsprachig/fremdsprachig-deutsch – was das Auffinden der einzelnen Namen erleichtert. Bearbeitet wurde die ursprüngliche Sammlung noch einmal von Mag. Jur. M. Kaemmerer, staatlich geprüfte Dolmetscherin der polnischen Sprache. Vorangestellt sind Übersichtskarten der einzelnen Provinzen mit ihren Kreisen. Das wichtige Nachschlagewerk wird bereits zum vierten Mal aufgelegt.

Gerhard Bahr

Spurensuche in Ostpreußen

Kartoniert
396 Seiten

Nr. P A1121 **19,80 €**

Auf den Spuren der Bewohner Ostpreußens führt uns der Autor durch die vielgestaltige Geschichte dieser fast vergessenen Landschaft. In frühen Zeiten durch Kriege und Pest von seinen Ureinwohnern stark entvölkert, haben Einwanderer aus ganz Europa im Laufe der Jahrhunderte Orte und Kultur geprägt. Wo Regierungen mannigfaltig wechselten, blieben für alle Zeiten die Errungenschaften der Menschen dieser Provinz, ihrer Literaten, Künstler, Wissenschaftler, geistlichen und adligen Persönlichkeiten. Anekdotenhaft erzählt ein profunder Kenner des Landes Heiteres und Nachdenkliches, lässt uns alten Sagengestalten begegnen, auf Pferdemärkten schlendern, Könige besuchen, mit Fischersfrauen plaudern und den Wegen der Nachkommen Ostpreußens folgen. Der Autor Gerhard Bahr wurde 1928 in Ostpreußen geboren.

Haff und Schilf

Das Buch von den Menschen und der Landschaft der Memelmündung

Mit zahlreichen S/W-Fotos von Dr. Erich Krause.
(Reprintausgabe) 76 Seiten

Nr. P A1180 **Kartoniert** **7,95 €**

Gerd Hardenberg

Reiseführer Polen

Ostpreußen, Westpreußen und Danzig – Durch das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen

288 Seiten/Kartoniert

Nr. P 533176 **14,95 €**

Dieser Reiseführer ist ein wertvoller Begleiter durch den südlichen Teil Ostpreußens mit Westpreußen und Danzig. Von Danzig über die Frische Nehrung, durch das Oberland, das Ermland und Masuren sind hier die Städte und Ortschaften mit ihren Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten vorgestellt. Er führt auch durch die wunderbare Natur, auf Wegen, die den meisten Besuchern verschlossen bleiben. Ausführliche Informationen zur Reiseplanung und ein zweisprachiges Ortsregister machen das Buch bei einer Reise unentbehrlich. Der Autor, vielen Ostpreußen unter seinem wahren Namen, Gerhard Prengel, bekannt, will dem Benutzer dieses Reiseführers – sei er Autofahrer, Radler, Wanderer oder Bootsfahrer – auch außerhalb der üblichen Touristenrouten Wege zeigen, die ihm die Schönheiten der Natur dieses Landes und seiner historischen Stätten erschließen.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

MELDUNGEN

Abiturienten schlechter

Berlin – Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Peter-Andre Alt, kritisiert „gravierende Mängel, was die Studierfähigkeit zahlreicher Abiturienten angeht“. Studienanfänger erfüllten die Voraussetzungen deutlich schlechter als früher. Das betreffe vor allem Fächer mit Mathematik als Grundlage wie etwa Natur- oder Wirtschaftswissenschaften. Aber auch Literaturwissenschaftler klagten zunehmend über ihre Neustudenten, so Alt. *H.H.*

Gegen Kölner Schleier-Schau

Köln – Auf heftigen Protest von knapp 60 Frauen ist eine Kölner Ausstellung getroffen, welche nach Meinung der Kritiker für die islamische Vollverschleierung wirbt. Ärger verursacht, dass die Schau mit 11 000 Euro aus Mitteln der Stadt Köln und des Landes NRW gefördert wird. „Was wir definitiv nicht möchten, ist die Förderung fundamentalistischer Lebensarten ... mit öffentlichen Mitteln“, so die Frauen. *H.H.*

ZUR PERSON

Ein rotes Tuch für die Linken

Politiker vom „alten Schlag“ sind äußerst rar geworden. Zu einer solchen Spezies, die sich nicht nach dem Wind dreht und deren politische Überzeugung nicht dehnfähig wie Knetmasse ist, sondern sich nicht scheut, klare und kontroverse Standpunkte zu vertreten, gehörte **Heinrich Lummer**. Der frühere Berliner Innensenator verstarb am 15. Juni im Alter von 86 Jahren.

In den 1980er Jahren galt Lummer in der linken Szene von Berlin als Feindbild Nummer 1. Als Innensenator von 1981 bis 1986 unter den Regierenden Bürgermeistern Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen fuhr er einen harten Kurs gegen die damalige Hausbesetzerszene. Zum Politikum wurde eine Pressekonferenz, die Lummer in einem von der Polizei geräumten Haus gab, während draußen einer der protestierenden Hausbesetzer unter einen Bus der Berliner Verkehrsbetriebe geriet und starb.

Nach einem Bauskandal trat der aus Essen stammende CDU-Politiker, der nach dem Abitur an einem

Bild: Imago/Dieter Bauer

Abendgymnasium an der Berliner Freien Universität Politik studiert hatte und dort für den RCDS AStA-Vorsitzender war, als Sensator zurück. Der frühere Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses wechselte in den Deutschen Bundestag, wo er von 1987 bis 1998 als Abgeordneter mit kernigen Reden die Politik von Kanzler Helmut Kohl verteidigte.

Dass der gelernte Elektromechaniker aus seiner erzkonservativen und antikommunistischen Haltung nie einen Hehl machte, bewies er auch mit Gastbeiträgen in dieser Zeitung. Vor seiner Berufung zum Innensenator schlug er sogar die Bildung einer „vierten Partei“, eine Art Berliner CSU, vor. Mit der AfD hätte Lummer, der sich 2003 nach einem schweren Schlaganfall aus der Politik zurückzog und der bis zuletzt Ehrenpräsident des Vereins „Die Deutschen Konservativen“ war, wohl keine Berührungsängste gehabt. *H. Tews*

Freudig willkommen

Was Habeck mit »gravierend« meint, wie sogar das Waldsterben grün wurde, und was Schwesig von der SED gelernt hat / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Da hat Grünen-Chef Robert Habeck gar keinen Zweifel: „Wer uns wählt, weiß und will, dass sich damit Gravierendes ändert.“ Ist das wahr? Da sind wir uns gar nicht mal so sicher. Das wohl Gravierendste, was uns die Grünen auf den Tisch legen, ist die Forderung nach einem „Klimafonds“ aus Bundesmitteln, der stolze 100 Milliarden Euro verschlucken soll.

Nur mal so zur Größenordnung: Der gesamte Bundeshaushalt für 2019 umfasst 356 Milliarden Euro, von denen 321 Milliarden aus unseren Steuern stammen. Letztere müssten also um mehr als 30 Prozent ansteigen, um den Megafonds der Grünen zu füllen.

Ein ganz schöner Brocken, was? Doch damit sind unsere grünen Freunde noch nicht am Ende mit ihren Plänen. Hinzu kommt eine weitaus großzügigere Arbeitslosenunterstützung, die mit jährlich 30 Milliarden zu Buche schlagen darf. Zudem eine frühere und höhere Rente. Was die kosten soll, wissen Habecks Leute noch nicht. Nur, woraus sie finanziert werden soll: „Steuermittel“.

Deutschland ist knapp nach Belgien das Land mit der höchsten Steuerbelastung der Welt. Mit den Grünen lassen wir den Rest des Planeten in dieser Hinsicht lässig und uneinholbar weit hinter uns. Wer noch drastisch steigende Energiepreise draufsattelt, ist schnell bei einer Steigerung von Steuern und Lebenshaltungskosten um 50 Prozent.

Wie sagte Habeck: „Wer uns wählt, weiß und will ...“? Vielleicht kriegen wir das bald heraus. Aber halt: Katrin Göring-Eckardt lässt noch offen, ob der Klimafonds nur über Steuern finanziert wird. Denkbar seien auch eine höhere Staatsverschuldung oder Abgaben der Industrie.

Die Industrie muss ja eh weg. Vor Arbeitslosigkeit muss sich keiner fürchten, denn erstens lohnt sich arbeiten ohnehin kaum noch, wenn die Steuern derart steigen, und zweitens verspricht uns Habeck ein bedingungsloses Mindesteinkommen für jeden Bürger im arbeitsfähigen Alter, selbst, wenn er die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter ablehnt.

Die Grünen möchten aber nicht nur über Geld reden, wenn's um die Klimarettung geht. Göring-Eckardt nennt auch die Umforstung der Wälder als Maßnahme.

Da sind wir ja schon recht weit gekommen. Der Reinhardswald in Nordhessen beispielsweise soll gründlich umgeforstet werden. Er ist mehr als 1000 Jahre alt und gilt als größtes zusammenhängendes Waldgebiet Deutschlands.

Nach der grünen Umforstung muss es allerdings heißen, er „galt“ als das größte zusammenhängende ... Denn hier sollen für die grüne Energiewende Großwindanlagen, 241 Meter hoch mit 150 Meter langen Rotorblättern, aufgestellt werden. 20 davon sind konkret geplant, insgesamt könnten es mehr als 50 auf sieben Flächen werden.

> Wann ziehen deutsche Jungs und Mädels los, um Wälder zu roden für mehr Windräder?

Dafür werden Schneisen für Hochspannungsleitungen in den Wald geschlagen und breite, befestigte Straßen für Bau und Wartung der Anlagen gebaut. Die grüne Lobby hält treulich die Schnauze. Der Widerstand von Anwohnern wird plattgewalzt wie der Wald in den Schneisen.

Hier können Habeck und Co. stolz betrachten, wie weit ihre Bewegung gekommen ist. Einst waren die Grünen eine kleine, verlachte Spinnertruppe. Damals, in den 80ern, fürchteten sie sich besonders vor dem Tod des deutschen Waldes. Heute haben die Grünen das Land dermaßen im Griff, dass nicht nur SPD und Union ihnen nacheifern, sondern so sehr, dass sogar das „Waldsterben“ ein grünes Projekt geworden ist, weshalb wir es auch nicht mehr fürchten, sondern freudig willkommen heißen.

Es geht schließlich um die Rettung des Weltklimas durch Deutschland. Wenn derart titanenhafte Herausforderungen ins Haus stehen, waren die Deutschen schon früher bereit, alle Bedenken beiseite zu schieben und alles, was steht und liegt oder läuft, an die Front zu werfen.

Die totale Mobilmachung erfasst mehr und mehr auch die Schulen. Bislang wurde den Freitagsschwänzern vereinzelt mit Sanktionen wegen Verstoßes gegen die Schulpflicht gedroht. Nun dreht die Bewegung den Spieß um: In einer Dortmunder Gesamtschule ist die Teilnahme an den „Fridays for Future“-Aufmärschen jetzt Teil des Unterrichts – und damit Pflicht. Wer stattdessen lieber lernen will, muss also mit Strafe rechnen.

Wie rasch und unverstellt das alles wiederkommt! Bislang wurde deutschen Schülern nur unter der braunen und danach der roten Diktatur die Zustimmung zu einem bestimmten politischen Programm abgepresst. Nun sehen wir, dass das auch unter grüner Herrschaft geht. Das ist ausbaufähig: Wann ziehen deutsche Jungs und Mädels wieder freudig singend in die Natur, wo sie Sümpfe trockenlegen und Wälder roden, um Platz zu schaffen für mehr Windräder und Solarzellen-Wüsten?

Nun ja, jetzt vielleicht noch nicht. Bei solchen Aktivitäten könnte die „Generation Schneeflocke“ jene Partystimmung vermissen, welche die Freitags-Demos so unwiderstehlich macht. Auf jeden Fall muss man, solange der Sieg noch nicht total ist, den antifaschistischen Schutzwall dichthalten.

Der miese Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke hat da einem ganzen Schwall an Pauschalisierungen und Generalverdächtigungen die Schleusen geöffnet. Irgendwie alles auf die AfD gezielt oder sonst wen, der nicht auf Regierungslinie schwimmt.

Der mutmaßliche Neonazi-Täter hat allem Anschein zufolge nach der Anweisung gehandelt, die einst Ulrike Meinhof für den Umgang mit Vertretern der „anderen Seite“ ausgegeben hat: „Natürlich darf geschossen werden!“ Schließlich handele es sich um „Schweine“.

Wir wissen also in etwa, wo die Entmenschlichung des politischen Gegners enden kann. Daraus könnte man seine Lehren ziehen. Oder auch nicht. Wäre das Opfer ein AfD-Politiker gewesen (und einige Attentate auf solche Leute hätten bereits tödlich ausgehen können), müssten wir jetzt vermutlich den elenden Hinweis ertragen, dass das Opfer ja auch „provoziert“, die „Gesellschaft gespalten“ und damit zu einer gewissen „Atmosphäre“ beigetragen habe. Nach dem Lübcke-Mord fallen derlei glitschige Hinweise zum Glück aus, wenn man von den üblichen Internet-Ekeln absieht, die sich auch dieser Tage wieder in der eigenen Suhle wälzen.

Altbundespräsident Joachim Gauck ist die Atmosphäre, die er selbst mit geschaffen hat, inzwischen unheimlich geworden (siehe Seite 1). Er plädiert für mehr Toleranz gegen rechts und für eine „weite Bandbreite des politischen Diskurses“.

Die Reaktion war ein Aufschrei. Die kommissarische SPD-Chefin Manuela Schwesig weiß: „Ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger denkt und wählt anders als die Anhänger der AfD.“ Potztausend! „Diesen Menschen ist wichtig, dass die Werte, die dieses Land ausmacht (sic!), gegen diejenigen verteidigt werden, die sie in Frage stellen.“

Soll heißen: Wer Schwesigs Positionen nicht teilt, wer was anderes will, der kann nur sittlich verwerflich sein und damit kein Adressat von Diskussionen. Schon wieder kommen wir uns vor, als hätte man uns ein paar Jahrzehnte zurück in die deutsche Geschichte geschleudert.

Damals sagte man nicht „unsere Werte“ sondern „Frieden“. Wer sich in der DDR gegen den Sozialismus und die SED stellte, der war automatisch „gegen den Frieden“. Wer gegen den Frieden war, war für den Krieg. Krieg wiederum bedeutete angesichts der atomaren Bedrohung den Tod von Milliarden Menschen. Und wer so etwas will, der kann nur ein Unhold sein. Mit Unholden redet man nicht. So wurde jeder SED-Kritiker zum Monster gemacht.

Bei den „Werten“ funktioniert's genauso. Selbst wer bloß Grenzkontrollen wünscht, wird als „Menschenfeind“ gebranntmarkt und damit als „Feind unserer Werte“, als Unhold eben. Der frühere Rostocker Pastor Gauck scheint den alten Lügen-Mechanismus endlich wiedererkannt zu haben. Ziemlich spät, aber immerhin.

MEINUNGEN

*Der Vizechef der „Welt“, **Robin Alexander**, warnt die CDU nach der **Görlitzer Oberbürgermeisterwahl** im TV-Kanal seiner Zeitung (17. Juni) vor Überheblichkeit:*

„Man hat nicht als CDU die AfD geschlagen, sondern als CDU plus Grüne plus Linke plus SPD plus alle Medien bis hin zu Hollywood-Schauspielern. Alle zusammen haben gegen die AfD getrommelt und trotzdem ist nur ein kleiner, knapper Sieg für die CDU herausgekommen.“

***Sabine Drewes** bedauert auf der „Achse des Guten“ (17. Juni), dass der **Volksaufstand von 1953** fast **vergessen** ist und sieht in dieser Vergesslichkeit das Zeichen für ein viel größeres Verhängnis für Gegenwart und Zukunft:*

„Je länger wir uns einreden, wir Deutschen ‚können‘ keine Freiheit, desto größer ist die Gefahr einer sich selbsterfüllenden Prophezeiung. Zugleich nehmen wir Etlichen den Mut, sich offen für die Freiheit einzusetzen, und sei es ‚nur‘ für die Meinungsfreiheit.“

***Klaus Schroeder**, Professor an der Freien Universität Berlin, wissenschaftlicher Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat, erklärt auf „Heise.de“ (16. Juni) die **Triebfeder der politischen Linken**:*

„Die Linke, nicht nur die aktuell gewaltbereite, mobilisiert, indem sie versucht, potenzielle Sympathisanten gegen Besitzende aufzuhetzen, ungeachtet der individuellen Leistung. Da vielen Linken das Denken in Kategorien von Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft fehlt, gehört der Sozialneid quasi zu ihrem relevanten Handgepäck.“

***Klaus-Rüdiger Mai** stellt in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (12. Juni) die jugendlichen **Klima-Demonstranten** in eine aufschlussreiche **historische Ahnenreihe**:*

„Deutsche Medien erheben gegenwärtig die Jugend zu einer Art generationgewordenem Willen, der sich die Zukunft nicht von den Alten zerstören lassen möchte. Nun ist die Radikalisierung der Jugend zur Durchsetzung bestimmter politischer Interessen in der Geschichte nicht neu. Vom sogenannten Kinderkreuzzug des Mittelalters über Savonarolas Kinder-Garden in der Renaissance über die Langemarck-Generation im Ersten Weltkrieg bis in die Zeiten von Hitlerjugend oder dem kommunistischen Jugendverband FDJ in der DDR wurde Jugend in ihrer Begeisterungsfähigkeit missbraucht.“

*In der Schweizer „Weltwoche“ (5. Juni) nimmt **Roger Köppel** die **Klima-Alarmisten** kritisch unter die Lupe:*

„Was uns ... misstrauisch machen sollte: Die lautesten und berühmtesten Klima-Alarmisten in der Forschung benehmen sich längst nicht mehr wie Wissenschaftler, die die Wahrheit suchen, sondern sie benehmen sich wie Propheten oder Sektenführer, die die absolute Wahrheit gefunden haben ... Wissenschaft ist ein Verfahren des organisierten Zweifels, der organisierten Skepsis. In der Klimadebatte allerdings gilt Skepsis als Verbrechen ... Die Klimakatastrophenbewegung will eben nicht argumentieren. Sie will nicht überzeugen. Sie will einschüchtern.“